

12 juin 2023 (israelnationalnews)

[The strange suicide of the West | ערוץ 7 \(israelnationalnews.com\)](#)

The strange suicide of the West

The West is deconstructing itself, soon to become dhimmi. Op-ed.

Giulio Meotti

Jun 7, 2023, 12:54 PM (GMT+3)

In Austria, a school had the brilliant idea of changing a song's words from "Gottes Liebe ist so Wunderbar" to "Allah's Liebe ist so Wunderbar".

Isn't everything wonderful?

A few days ago, I wrote about Bordeaux. **Now it's the turn of Grenoble, the city made famous by Stendhal.** Because by discovering how a city goes insane, you can better understand the collective madness that has enraptured the West, where there are now two factions facing each other in the open field (non-populist / pro-European): those who defend civilization and those who deconstruct it.

Éric Piolle, ecological mayor of Grenoble, the capital of the Alps of Roman foundation before being the "European green capital", has just pulled a brilliant idea out of his woke hat: "We delete references to religious holidays in our calendar and declare public holidays the secular holidays that mark our attachment to revolutions, the Commune, the abolition of slavery, the rights of women and LGBT people".

Of all the Christian holidays: it's time to celebrate the Rainbow flag. Ramadan tomorrow?

The idea is not new. The French revolution introduced new days of the week and new months of the year by replacing Christian holidays with the cult of reason and virtue. In Germany, the Nazis added the Führer's birthday. And the Soviets on the Day of the Red Army and the Day of the October Revolution.

But where did the mayor get the idea from? After seeing absenteeism with skyrocketing numbers of Muslim students from school during Islamic holidays.

Piolle - the first green mayor of a large European city - has been described as "the deconstructed man who becomes dhimmi". He wears the mask of this strange Western suicide.

The mayor had already organized and financed the "decolonial month" in his city, in which the "white man" was tried. The concept is simple: Western white men, after stripping former colonies and ruining biodiversity, are racist, sexist and colonialist against migrants who have come to settle in Europe.

Piolle has also authorized the use of the burkini, the Islamic swimsuit, in the municipal swimming pools. "Social progress", explained the mayor who had already defended the "Hijabeuses", a women's collective for the full veil in football matches. It is not true that Western elites side with Iranian women. At best, it's just fluff. At worst, connivance.

The city of Grenoble also campaigns for the Islamic veil in its posters posted on the streets, but finds nothing schizophrenic about creating "genderless schools". What will the Grenoble teacher think, the one on whose computer the police found 1,000 jihadist propaganda photos and videos?

Grenoble is becoming Islamized and *L'Incorrect* magazine calls it "Al Grenobla".

So why not build a new 2,200 square meter mega mosque as well?

So it goes without saying that half of the Jews from Grenoble have already left, as denounced by the chief rabbi, Nissim Sultan. Michel Houellebecq on Israeli TV said that environmentalists "collaborate" with Islamism. But Macron's ministers also accuse them of "flirting with Islamists". For example, the ecological mayor of Poitiers chose to post a veiled woman on the pediment of the town hall on the occasion of 8 March. The city of Strasbourg, governed by an ecological mayor, financed the Great Turkish Mosque "Eyyub Sultan".

Meanwhile, at the Institute of Political Studies in Grenoble, Professor Klaus Kinzler ended up under guard after seeing his name and her face posted on the walls of the university, under the words "Islamophobic fascist".

Jean Messiha, the Coptic president of the intellectual circle "Vivre français", is right when reacted to the mayor's proposal to cancel the Christian calendar as follows: "Let's transform our country into a virgin exoplanet ready to be colonized by all identities. Let's erase all that we are and our origins and start all over from year zero".

Is the future of the West this stupid woke Kampuchea, heir to the Khmer Rouge who, on the day of the fall of Phnom Penh in 1975, proclaimed, "Year Zero begins and the past no longer exists"?

12 juin 2023 (NZZ)

[Ich will: Franzosen sind neidischer als Japaner oder Polen \(nzz.ch\)](https://www.nzz.ch)

Neidisch sind immer nur die anderen: In Frankreich und Deutschland ist Neid viel verbreiteter als in Polen oder Japan

Etwas haben wollen, was andere haben, ist eine der stärksten Triebfedern für menschliches Handeln. Auch wenn es niemand zugibt: Neid gibt es überall. Aber nicht überall ist er gleich stark.

Rainer Zitelmann

12.06.2023, 05.30 Uhr



Wer neidisch ist, gibt zu, dass der andere etwas hat, was man selbst gerne hätte. Aufnahme aus dem Jahr 1959.

Harold M. Lambert / Archive Photos / Getty

Machen Sie mal ein kleines Experiment und sprechen mit anderen Menschen über Neid. Die Wahrscheinlichkeit ist hoch, dass Sie mit einer von zwei Reaktionen konfrontiert werden: Im ersten Fall wird Neid geleugnet, im zweiten Fall wird er umgedeutet. «Ich kenne keinen Neid», werden Sie oft hören. Neidisch sind immer die anderen. Oder es wird betont, Neid müsse keineswegs etwas Negatives sein, weil Neid als Ansporn diene, seine eigene Situation zu verbessern und sich anzustrengen.

Woher kommt das Bedürfnis, die destruktive Emotion des Neides zu leugnen und den Neid zu etwas Positivem umzudeuten? Wer neidisch ist, gibt zu, dass der andere etwas hat, was man selbst gerne hätte. Das führt zu der Frage, warum der andere das hat, was ich selbst gerne hätte – und warum ich selbst es nicht habe. Die Antwort könnte unbequem sein: Ist der andere vielleicht intelligenter, fleissiger, kreativer? Sich das einzugestehen, fällt schwer. Deshalb hat die Erklärung, der andere sei zum Beispiel reicher, weil er geerbt habe, oder sein Reichtum sei einfach das Ergebnis von Zufall oder Glück oder gar von moralisch fragwürdigem Verhalten, eine entlastende Funktion.

Neid muss sich nicht unbedingt auf Materielles beziehen. Vielleicht hat der oder die andere eine attraktivere Figur oder ein schöneres Gesicht. Aber ist es da mit rechten Dingen zugegangen? Hat der gut trainierte Mann vielleicht Anabolika genommen, so dass die Muskeln Ergebnis von Doping und nicht von hartem Training sind? Ist das attraktive Gesicht der Frau vielleicht das Ergebnis plastischer Chirurgie?

Warum sind Reiche reich?

Eine weitere Strategie besteht darin, die Vorzüge des oder der anderen zu relativieren, indem man ihm und ihr noch grössere Defizite in anderen Bereichen andichtet: Der oder die andere sehe

vielleicht gut aus, sei aber wohl nicht besonders intelligent. Und der Reiche sei nur reich, weil er egoistisch und gierig sei. Es geht immer um die Bewahrung des eigenen Selbstwertgefühls, das der Neider durch den Erfolg des Beneideten bedroht sieht.

Eine ebenso erprobte Strategie ist die Umdeutung des Neids zu etwas Positivem: Neid sei nicht unbedingt etwas Schlechtes, sondern eine dynamische, positive Kraft, die die Menschen ansporne, sich zu verbessern. Zwar wird im Alltagssprachgebrauch der Begriff Neid tatsächlich manchmal im Sinne von Bewunderung gebraucht («Ich beneide dich um dein neues Haus»), aber Bewunderung und Neid sind zwei gänzlich verschiedene Emotionen. Wer andere bewundert, wird dazu neigen, den Abstand zwischen sich und dem Bewunderten durch eigene Anstrengung zu verkleinern. Der Bewunderte dient vielleicht sogar als Vorbild oder Inspiration.

Der Neider dagegen möchte den Abstand zwischen sich und dem Beneideten verringern, indem er den Beneideten herunterzieht. Nicht die Verbesserung der eigenen Situation ist das primäre Anliegen des Neiders, sondern die Verschlechterung der Situation des Beneideten. Zudem sind Schadenfreude und Neid, wie wir aus der psychologischen Forschung wissen, eng miteinander verknüpft – das Missgeschick des Erfolgreicheren ist die Freude des Neiders.

Wo die Schadenfreude blüht

Neid gibt es in allen Gesellschaften, aber er ist unterschiedlich stark ausgeprägt. Durch das Meinungsforschungsinstitut Ipsos MORI habe ich eine Befragung über den Sozialneid in 13 Ländern durchführen lassen. Da Menschen Neid in der Regel leugnen, kann man nur herausfinden, wie neidisch Menschen sind, indem man ihnen Fragen vorlegt, die Indikator für Neid sein können, ohne diesen Begriff direkt zu verwenden.

Zum Beispiel fragten wir die Menschen, ob sie dafür wären, die Steuern für Reiche sehr stark zu erhöhen, auch wenn sie selbst keinen Vorteil davon hätten. In Polen bejahen das 44 Prozent, in Deutschland 65 Prozent. Eine andere Frage diente dazu, «Schadenfreude» zu ermitteln, wenn ein Reicher durch ein riskantes Geschäft viel Geld verliert. «Das geschieht dem recht», sagen 15 Prozent der Polen, aber 40 Prozent der Deutschen. Und nur 23 Prozent der Polen optieren dafür, Spitzengehälter von Top-Managern drastisch zu reduzieren und den Überschuss gleichmässig an die Angestellten zu verteilen, auch wenn jeder dadurch nur ein paar Zloty mehr bekäme. In Deutschland fanden sich für diesen Vorschlag doppelt so viele Befürworter (46 Prozent).

Aus den Antworten auf diese Fragen haben wir einen Sozialneidkoeffizienten berechnet, der das Verhältnis von Neidern und Nicht-Neidern angibt. In Polen beispielsweise stehen 13 Prozent Sozialneider 61 Prozent Nicht-Neidern gegenüber, was einen Koeffizienten von 0,21 ergibt. In Deutschland stehen 33 Prozent Neider 34 Prozent Nicht-Neidern gegenüber, der Sozialneidkoeffizient beträgt damit 0,97. Je höher der Sozialneidkoeffizient ist, desto neidischer sind die Menschen in einem Land. Am stärksten ist der Sozialneid in Frankreich ausgeprägt (Sozialneidkoeffizient 1,26), dann folgt Deutschland, und am geringsten ausgeprägt ist er in Südkorea, Japan und Polen.

Kapitalismus? Aber ja!

Interessanterweise ist in Ländern, in denen die Menschen besonders neidisch sind, auch der Antikapitalismus besonders verbreitet. In einer weiteren Befragung, die in 34 Ländern stattfand, wurden den Menschen von Ipsos MORI Fragen zu Marktwirtschaft und Kapitalismus vorgelegt.

Länder mit geringem Sozialneid und einer positiven Einstellung zu Reichtum und Reichen – wie etwa Polen, Japan, Südkorea oder die USA – waren zugleich auch die Länder mit einer positiven Einstellung zum Kapitalismus. In Ländern, in denen die Menschen besonders neidisch sind und Reiche sehr negativ gesehen werden, allen voran Frankreich, ist auch der Antikapitalismus besonders stark ausgeprägt. Es gab nur wenige Ausnahmen von dieser Regel.

In Vietnam, das sich offiziell sozialistisch nennt, ist die Einstellung zu Reichen besonders positiv und der Neid nur gering ausgeprägt. Im September vergangenen Jahres lud mich die renommierte Foreign Trade University in Hanoi zu einem Workshop ein. Das Motto lautete: «Reiche Menschen, reiches Land». Diskutiert wurde, was man tun könne, um das Image der Reichen zu verbessern – obwohl es in Vietnam bereits heute so positiv ist wie in keinem anderen Land, in dem wir die Befragung durchführten. An der sozialwissenschaftlichen Fakultät einer Universität in Europa oder den USA wäre diese Fragestellung nur schwer vorstellbar.

Interessant ist, dass das Wort «Kapitalismus» in Vietnam – anders als in den meisten Ländern – einen guten Klang hat. In Vietnam verbinden die Menschen mit dem Begriff Kapitalismus überwiegend positive Dinge wie «Fortschritt» (81 Prozent), «Innovation» (80 Prozent), «grosses Warenangebot» (77 Prozent), «Wohlstand» (74 Prozent) und «Freiheit» (71 Prozent).

Manches deutet also darauf hin, dass Antikapitalismus und Neid zusammenhängen. Antikapitalisten erklären finanziellen Erfolg meist mit negativen Dingen (Ausbeutung, Korruption, Übervorteilung Schwächerer) oder mit Zufall (Erbschaft, Glück), während Arme ausschliesslich als Opfer gesehen werden, die keinerlei Verantwortung für ihre eigene Situation tragen.

Rainer Zitelmann ist Historiker und Soziologe.

12 juin 2023 (NZZ)

[Sind Zusatzstoffe im Essen unbedenklich? \(nzz.ch\)](https://www.nzz.ch)

INTERVIEW

«Auch mit wenig verarbeiteten Lebensmitteln kann man sich ein ungesundes Essen kochen – und sich fabelhaft vergiften»

Zusatzstoffe in Lebensmitteln verunsichern viele Menschen. Doch schaden uns Verdickungsmittel und Emulgatoren wirklich? Der Lebensmittelchemiker Daniel Wefers räumt mit Vorurteilen auf – denn manche Zusatzstoffe sind sogar von Vorteil für den Körper.

Judith Blage

11.06.2023, 12.00 Uhr



Birnen sind zwar natürlich und unverarbeitet, bestehen aber trotzdem aus einem ganzen Cocktail von Chemikalien. Annick Ramp / NZZ

Herr Wefers, wir essen sie täglich und andauernd: Zusatzstoffe. In meinem Müesli heute Morgen war zum Beispiel der Emulgator E322. Wozu brauchen wir so etwas überhaupt?

Zusatzstoffe haben viele verschiedene Funktionen für Lebensmittel. Es gibt zum Beispiel Verdickungsmittel, Farbstoffe, Süßungsmittel und Emulgatoren, die etwa dafür sorgen, dass sich Bestandteile besser mischen. Zusatzstoffe helfen, Lebensmittel leichter zu verarbeiten, einen besseren Geschmack oder ein besseres Aussehen zu erzielen und sie länger haltbar zu machen. **Es geht immer darum, einen technischen Vorteil oder einen Nutzen für den Verbraucher herzustellen, das ist sogar gesetzlich so vorgeschrieben.**

Sie sprechen von Vorteilen für den Konsumenten – geht es nicht einfach dem Hersteller darum, mit billigen Zutaten möglichst viel verkaufbare Masse herzustellen?

Oft geht es tatsächlich auch darum, den Preis zu senken. Durch die Verwendung mancher Zusatzstoffe wird die Produktion billiger, der Energieeinsatz ist geringer. Das ist für den Verbraucher und insgesamt aber nicht unbedingt so negativ, wie häufig angenommen wird, und viele wünschen sich ja auch niedrige Preise. **So kann zum Beispiel durch den niedrigeren Energieverbrauch ein Lebensmittel durch Zusatzstoffe nachhaltiger werden. Und durch die längere Haltbarkeit muss nicht so viel weggeworfen werden, es entsteht weniger Müll.**

Sorgen nicht zum Beispiel Verdickungsmittel wie Guarkernmehl einfach dafür, dass im Lebensmittel mehr Wasser gebunden wird und die Hersteller einfach mehr Profit mit weniger Wareneinsatz machen können?

Natürlich kann man sagen, Wasser ist einfach billig. Aber auch das ist nicht unbedingt schlecht, sondern hat auch Vorteile für den Esser: **Man kann zum Beispiel mit nichts besser Kalorien einsparen als mit Wasser. Viele Lebensmittel bekommen durch solche Verfahren nicht nur eine bessere Textur, sie werden auch einfach weniger kaloriendicht. Mehr Wasser schadet prinzipiell ja niemandem.**

Trotzdem verunsichern lange Zutatenlisten viele Menschen. All diese E-Nummern und chemischen Mittelchen im Essen – eigentlich kann das ja gar nicht gut sein. Oder doch?

Ich kann schon verstehen, dass einen diese Zutaten eher abschrecken, gerade wenn man nicht weiss, was das überhaupt ist. Aber das ist häufig nicht gerechtfertigt. **Und leider ist es auch der Zeitgeist, dass gefühlt alles, was irgendwie mit Chemie zu tun hat, mit dem Bösen assoziiert wird. Da ist Chemie im Essen! Da ist Chemie in der Kosmetik! Oh, Gott! Das geht mir zugegebenermassen auf die Nerven.**

Das haben Sie schon öfter auf Ihrem Twitter-Account kundgetan. Mit was assoziieren Sie denn Chemie?

Natürlich mit dem Leben schlechthin. Alles ist Chemie und basiert auf ihren grundlegenden Prozessen. **Alle Moleküle in unverarbeiteten Lebensmitteln sind Chemie, wir sind Chemie.** Zusatzstoffe fügen der vorhandenen Chemie nur etwas hinzu. Häufig sind die Zusatzstoffe ja ausserdem nur isolierte Bestandteile von anderen Lebensmitteln, die wiederum einem Lebensmittel hinzugefügt werden. Grundsätzlich ist Chemie etwas wahnsinnig Faszinierendes, das sagen auch alle, die etwas damit zu tun haben. (Lacht.) **Und die Menschen vergessen häufig, dass viele Zutaten nicht unbedingt etwas über die Qualität eines Lebensmittels aussagen und auch nichts Modernes sind. Es gibt viele traditionelle Rezepte, da ist die Länge der Zutatenliste jenseits von Gut und Böse.**

Haben Sie ein Beispiel?

Ich war kürzlich in einem Restaurant, das mit einer traditionellen Sauce warb, in der 46 Zutaten drin waren. Da habe ich mir gedacht, wenn die eine Zutatenliste hätte, sähe sie sicherlich für viele Leute nicht gut und womöglich unnatürlich aus.

Die Fachgesellschaften für Ernährung empfehlen tatsächlich, möglichst unverarbeitete und natürliche Lebensmittel zu essen.

Prinzipiell ist das ja richtig, aber was heisst das? **Natürliche Lebensmittel mischt uns die Natur einfach hin. Aber das bedeutet ja nicht, dass da wenige Stoffe drin sind. Sondern jedes Lebensmittel ist ein wildes Gemisch aus Chemikalien und Molekülen.** Ein australischer Chemiker hat sich einmal die Mühe gemacht, Zutatenlisten für Gemüse oder Obst zusammenzustellen, mit denen es deklariert würde, wenn es dafür Zutatenlisten geben müsste. Da sieht es dann plötzlich auch gar nicht mehr so natürlich aus. Überhaupt, wie ich schon sagte: Diesen vermeintlichen Gegensatz von Natur und Chemie gibt es nicht.

AN ALL-NATURAL STRAWBERRY



INGREDIENTS: AQUA (90.9%), **SUGARS** (4.9%) (FRUCTOSE (50%), GLUCOSE (41%), SUCROSE (9%)), FIBRE E460 (2.0%), ASH, **FATTY ACIDS** (<1%) (OMEGA-6 FATTY ACID: OCTADECADIENOIC ACID (42%), OMEGA-3 FATTY ACID: OCTADECATRIENOIC ACID (31%), OCTADECANOIC ACID (20%), HEXADECANOIC ACID (6%), OCTADECANOIC ACID (1%), HEXADECANOIC ACID (<1%)), **AMINO ACIDS** (<1%) (ASPARTIC ACID (26%), GLUTAMIC ACID (17%), LEUCINE (6%), ALANINE (6%), LYSINE (5%), GLYCINE (5%), ARGININE (5%), PROLINE (4%), SERINE (4%), TYROSINE (4%), THREONINE (4%), ISOLEUCINE (3%), PHENYLALANINE (3%), VALINE (3%), HISTIDINE (2%), TRYPTOPHAN (1%), CYSTINE (1%), METHIONINE (<1%)), **PRESERVATIVES** (E236, E296) **COLOURS** (E160a, E161b, E161c, E140, E161d, E161e, E161f, E161h) E300, E307, FOLATE, CHOLINE, BETAINE, PHYTOSTEROLS, **FLAVOURS** (2,5-DIMETHYL-4-HYDROXY-2H-FURAN-3-ONE, 2,5-DIMETHYL-4-METHOXY-2H-FURAN-3-ONE, GAMMA-DECALACTONE, GAMMA-DODECALACTONE, 2-FURFURAL, 5-HYDROXY-METHYL-FURFURAL, LIMONENE, LINALOOL, (E)-NEROLIDOL, E1510, HEXANOL, OCTANOL, METHYL BUTANOATE, ETHYL BUTANOATE, METHYL HEXANOATE, ETHYL HEXANOATE, HEXYL ETHANOATE, (E)-2-HEXEN-1-YL ETHANOATE, BUTYL ETHANOATE, METHYL OCTANOATE, ETHYL OCTANOATE, OCTYL-2-METHYL BUTANOATE, OCTYL HEXANOATE, DECYL BUTANOATE, DECYL ETHANOATE, METHANETHIOL, ETHYL 3-METHYL BUTANOATE, GERANIOL, E210, FARNESYL ACETATE, MESIFURANE, METHYL ANTHRANILATE, GAMMA-DECALACTONE, METHIONAL, DIMETHOXYMETHANE, 1-BUTOXY-1-ETHOXYETHANE), 2-(4-HYDROXYPHENYL)-ETHYL BETA-D-GLUCOPYRANOSIDE.

Der australische Chemielehrer James Kennedy hat sich die Mühe gemacht, Zutatenlisten für Obst zu erstellen – so wie sie aussehen müssten, gäbe es von Gesetzes wegen eine Deklarationspflicht. Man sieht: Auch sogenannte natürliche Lebensmittel bestehen aus einem Gemisch an chemischen Stoffen.

Also machen Ernährungsmediziner aus Ihrer Sicht einen Fehler, wenn sie von verarbeiteten Lebensmitteln abraten?

Man sollte solche Lebensmittel nicht per se verteufeln. Es kommt eben darauf an – auch manche hochverarbeitete Lebensmittel können eine sehr gute Nährstoffzusammensetzung haben, müssen sie aber nicht. Natürlich sollte man Wert legen auf Obst und Gemüse. **Aber es ist nichts falsch daran, wenn man zum Beispiel ein Vollkornbrot isst, das – wie heute viele Backwaren – industriell hergestellt wurde. Nur durch die Art der Herstellung wandelt sich das Brot nicht plötzlich von empfehlenswert zu ungesund.** Würde man absolut alle verarbeiteten Produkte meiden, striche man damit Lebensmittel von der Liste, die sinnvoll sind – für die Ernährung und die nachhaltige Verarbeitung von Lebensmitteln.

Was denn zum Beispiel?

Eingemachtes Obst und Gemüse, Vollkornbrot, Aufstriche oder auch kalorienreduzierte Produkte, die ja in manchen Fällen und für manche Menschen durchaus von Nutzen sein können. Um Kalorien in Produkten zu reduzieren, setzen einige Hersteller heutzutage Ballaststoffe wie zum Beispiel Pektine oder Pflanzenfasern ein. Von Ballaststoffen weiss man, dass die allermeisten Menschen in den westlichen Ländern deutlich zu wenig essen. Was auch viele nicht bedenken: **Auch mit wenig verarbeiteten Lebensmitteln kann man sich zu Hause ganz wunderbar ein ungesundes Essen kochen – und sich ausserdem fabelhaft vergiften.**

Also ist die Länge der Zutatenliste absolut kein Indikator für ein gesundes oder ungesundes Lebensmittel?

Nein. Es kommt auf die Nährstoffzusammensetzung an. Und gerade, wenn man an die Zukunft denkt, ist dieser Ansatz des unter allen Umständen «Natürlichen» nicht wirklich zielführend. Es ist sinnvoll, dass wir die Bandbreite unserer Lebensmittelauswahl vergrössern, eben weil manche Nahrungsmittel nachhaltiger sind als andere. Zum Beispiel kann man aus lokalen Reststoffen der Lebensmittelherstellung sehr wertvolle und gesunde Produkte herstellen. Dadurch werden die vorhandenen Rohstoffe besser genutzt und CO₂ eingespart. Auch manche Fleischersatzprodukte, zum Beispiel aus Soja, können den Speiseplan erweitern – obwohl sie hochverarbeitet sind. **In diesem Sinne ist das Beharren auf traditionellen, naturbelassenen Lebensmitteln nicht sinnvoll.**

Gibt es denn Zusatzstoffe, die der Gesundheit nicht zuträglich sind und die Sie selbst zum Beispiel in Ihrem Essen meiden?

Ich lese ja berufsbedingt sehr gerne die Packungsrückseite, aber nein: Es sind ja alle Zusatzstoffe sehr genau von mehreren Zulassungsbehörden geprüft. Und wenn man sich abwechslungsreich ernährt, ist die Wahrscheinlichkeit ohnehin nicht gegeben, dass man von irgendetwas wirklich zu viel abbekäme. **Viele Stoffe werden übrigens auch immer weniger eingesetzt, einfach, weil sie einen schlechten Leumund haben. Synthetische Farbstoffe** zum Beispiel, die früher in manchen Süssigkeiten beliebt waren. **Aber selbst gegen eine gelegentliche Aufnahme von diesen spricht eigentlich nichts – gerade im Vergleich zu den vielen wirklich schädlichen Stoffen, die zum Beispiel durch unsere Umwelt oder auch durch vermeintlich natürliche Lebensmittel auf uns einwirken.**

Welche natürlichen Lebensmittel können schädlich sein?

Bohnen. Wenn Sie rohe Bohnen ässen, würde das nicht gutgehen. Die Lektine darin würden Sie vergiften. Würden heute Bohnen als neues Lebensmittel eingeführt mit der gültigen Prämisse, dass sie roh giftig sind, aber gekocht geht's – da wäre der Aufschrei gross. Aber wir sind es eben gewohnt. Und solche Substanzen gibt es in ganz vielen Lebensmitteln. **Zum Beispiel enthält Cassia-Zimt giftiges Cumarin.** Daran sieht man eben aber auch ganz gut, **dass man schädliche Stoffe durchaus auch aufnehmen und verarbeiten kann – es kommt eben auf die Menge an. Kaffee ist da auch ein gutes Beispiel.**

Ist Kaffee so ungesund?

In Kaffee sind einige Stoffe enthalten, die als potenziell krebserregend gelten, wie zum Beispiel Acrylamid und Furan. Und trotzdem sehen wir nicht, dass Kaffeetrinker kürzer leben – eher im Gegenteil.

Haben Sie als Chemie-Enthusiast eigentlich einen Lieblingszusatzstoff?

Ja, das habe ich tatsächlich. Dadurch, dass wir an **Verdickungsmitteln** forschen, sind es vor allem diese. Zum Beispiel Xanthan finde ich spannend: Es wird von Bakterien gebildet, die Krankheitserreger für Pflanzen sind, und hat ganz besondere Eigenschaften. Es macht Saucen zähflüssig und sorgt zum Beispiel dafür, dass Kräuter nicht absinken. Es zeigt auch, dass man deutlich sensibler geworden ist: Obwohl es nachweislich nicht schädlich ist, bin ich mir nicht sicher, ob es heute mit dieser Herkunft als Krankheitserreger noch zugelassen werden würde.

12 juin 2023 (FAZ)

[Migration: Der Westen denkt seine Asylpolitik neu \(faz.net\)](#)

KONTROLLIERTE MIGRATION:

Der Westen denkt seine Asylpolitik neu

VON [TIM NIENDORF](#)

-AKTUALISIERT AM 12.06.2023-07:06



Ankunftsort vieler Asylbewerber: Migranten im Jahr 2016 in einem Hafen auf der griechischen Insel Lesbos Bild: AFP

In Deutschland stellt mittlerweile eine Mehrheit in der Bevölkerung das Asylrecht infrage. Und nicht nur die EU verschärft ihre Migrationspolitik. Was verschiebt sich da gerade – und welche Ideen gibt es?

Einhundertdrei Millionen. So viele Menschen haben ihre Heimat verlassen, weil sie gewaltsam vertrieben wurden. So viele wie nie zuvor. Das Flüchtlingswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) schließt in dieser Summe Flüchtlinge, Asylsuchende, Binnenvertriebene und andere schutzbedürftige Menschen ein. Dass die Zahl der Vertriebenen in den vergangenen Jahren in die Höhe geschossen ist, hat spürbare Folgen. **Viele Aufnahmeländer fühlen sich überfordert. Und es wird immer deutlicher, dass der Westen seine Asylpolitik völlig neu denkt.**

Australien setzt auf ein Insel-Modell, Großbritannien auf einen Deal mit Ruanda, Chile auf das Militär, die USA setzen auf Technologie (siehe Textende), und die Mitgliedstaaten der Europäischen Union wollen nun Schnellverfahren an ihrer Außengrenze – inklusive haftähnlicher Bedingungen für manche Migranten. Immer mehr Länder also gehen ungewöhnliche Wege, **um ein Problem zu lösen, das hochkomplex ist.** Was verschiebt sich da gerade?

Das Problem ist ein doppeltes

„Viele langanhaltende Konflikte werden nicht gelöst. Gleichzeitig entstehen zusätzlich neue Konflikte“, sagt der Leiter der Rechtsabteilung vom UNHCR Deutschland, Roland Bank, der F.A.Z. Die von manchen Ländern forcierte Neugestaltung der Asylpolitik sieht er aber skeptisch bis kritisch. Die meisten Vertriebenen suchten ohnehin nicht in der Ferne Schutz, sondern in der Nähe einer Konfliktregion.

Daran knüpft **der niederländische Migrationsforscher Ruud Koopmans** im Gespräch mit der F.A.Z. an: „Wer Asyl beantragen will, muss sich erst nach Europa durchschlagen“, sagt er. „Wer wiederum einmal in Europa ist, bleibt auch. Selbst dann, wenn man nicht als Flüchtling anerkannt wird. Das ist ungerecht. Denn jeder, der es nicht schafft, den langen Weg nach Europa zu gehen, bleibt außen vor. Also Frauen, Alte, Kranke.“ Koopmans spricht daher von einer „Asylotterie“. **So heißt der Titel seines Buchs, das dieses Jahr veröffentlicht wurde.**

Das, was Migrationsforscher Koopmans beschreibt, verändert auch zunehmend die Stimmung in der Gesellschaft: **In Deutschland stellt mittlerweile eine Mehrheit in der Bevölkerung das Asylrecht infrage, wie eine Allensbach-Umfrage für die F.A.Z. im Frühjahr zeigte.** Ein Weckruf für die Politik. **„Das Asylrecht ist moralisch begründet“, sagt Koopmans. „Aber so, wie es ist, funktioniert es nicht – und es hat tödliche Folgen. Das merken die Menschen, und so sind solche Umfragen zu erklären.“** Mit den tödlichen Folgen meint Koopmans den gefährlichen Weg, den viele Asylsuchende auf sich nehmen müssen. Allein **seit 2014 sind laut der Internationalen Organisation für Migration 26.913 Menschen bei der Überfahrt über das Mittelmeer gestorben oder verschollen.**

Das Problem ist also ein doppeltes: Auf der einen Seite bleiben zu viele Migranten, die kein Recht auf Asyl haben – auf der anderen Seite schaffen es viele Flüchtlinge nicht nach Europa, weil sie zu wenig Geld haben oder auf dem gefährlichen Weg dahin sterben. **Koopmans macht zwei Vorschläge, wie man beides lösen könnte.** UNHCR-Fachmann Bank kann seiner ersten Idee etwas abgewinnen, die zweite sieht er kritisch. Der Reihe nach.

Eine kontroverse Idee

Vorschlag eins: Migranten aus bestimmten Ländern haben sehr niedrige Anerkennungsquoten. Koopmans plädiert dafür, Abkommen mit diesen Ländern zu schließen, damit diese die abgelehnten Migranten zurücknehmen. Im Gegenzug erhalten diese Länder legale Kontingente für Wirtschaftsmigranten. Ein Tauschgeschäft also. Und auch Bank sagt, der UNCHR unterstütze grundsätzlich Versuche, legale Wege zu schaffen, damit niemand die gefährlichen Routen wählt. Bleibt allerdings die Frage, ob sich andere Staaten auf Tauschgeschäfte einlassen. **Warum sollten afrikanische Länder an einem Braindrain, also einer Abwanderung von Talenten, interessiert sein?** Ganz einfach, entgegnet Koopmans: weil viele Länder ihren gut ausgebildeten Bürgern schon jetzt nicht genug Arbeitsplätze bieten können. Und weil jemand, der in Deutschland direkt als Fachkraft arbeiten kann, mehr Geld an die Familien in der Heimat überweist als jemand, der hierzulande nur Sozialleistungen erhält.

Vorschlag zwei – und hier wird es kontrovers: Koopmans schlägt vor, Asylverfahren in Drittstaaten auszulagern. Outsourcing, würde man in der Wirtschaft sagen. Koopmans Idee: Wer unangemeldet einreist, erhält kein Asyl in einem EU-Land, sondern wird direkt in einen Drittstaat weitergebracht. Und nur dort hätte man folglich eine Chance auf Asyl. Dafür müsste man ebenfalls Abkommen mit anderen Ländern schließen – auch diesen könnte man im Gegenzug legale Migrationskontingente zugestehen. **Wenn man weiß, dass sich der Weg über das Mittelmeer nicht lohnt, weil man anschließend weitergereicht wird, würde niemand mehr den gefährlichen Weg auf sich nehmen, sagt Koopmans.** Anders als im Falle Großbritanniens **strebt Koopmans mit seinen Überlegungen aber keine Reduzierung der Flüchtlinge an.** „Der Weg zum Asyl in Europa würde dann über Flüchtlingslager führen in Kooperation mit dem Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen und nach vorheriger Prüfung“, sagt er. Also über sogenannte Resettlement-Programme.

Und was sagt dazu **Fachmann Bank von ebenjenem Flüchtlingshilfswerk, dem UNHCR?** „Sobald jemand um Schutz ersucht, löst das die völkerrechtlichen Pflichten aus. Da kann man nicht sagen: Das ignoriere ich und mache stattdessen etwas anderes freiwillig. Das ist keine Antwort auf eine klare rechtliche Verpflichtung in Bezug auf die Person, die auf dem Territorium oder an der Grenze um Schutz nachsucht. Wenn man versucht, Resettlement an die Stelle der spontanen, selbstorganisierten Reise zum Zwecke des Schutzes zu setzen, kann das ganze globale Schutzsystem nicht mehr funktionieren.“ **Und was sagt Bank zur Auslagerung von Asylverfahren in Drittstaaten?** „Abgesehen von den rechtlichen Fragen: Welches Signal sendet es, wenn man Menschen, die um Schutz suchen, für die man völkerrechtlich verantwortlich ist, in einen weit entfernten Teil in der Welt transportiert und versucht, dort die Verantwortung abzuladen?“, fragt er. **„Was es geben kann, ist die Teilung von Verantwortung, das Abschieben von Verantwortung ist nicht akzeptabel.“**

Das Thema dürfte die Europawahl prägen

Auf eine Auslagerung der Asylverfahren haben sich **die EU-Innenminister** in Brüssel zwar nun nicht geeinigt. Wohl aber auf **Schnellverfahren** an der Außengrenze für Migranten mit geringer Aussicht auf **Anerkennung**. Grundsätzlich hat UNHCR-Fachmann Bank kein Problem mit Schnellverfahren. „Zentral für jedes funktionierende Asylsystem sind generell faire und effiziente Asylverfahren“, sagt er. „Effizient heißt auch, dass es zügig gehen sollte – sowohl im Interesse der Schutzsuchenden als auch im Interesse der Staaten.“ Er schränkt aber ein: „Bei den derzeitigen EU-Plänen, Grenzverfahren zu etablieren, wäre es wichtig, dass Garantien eingehalten werden. Dass es eine faire Möglichkeit gibt zur Widerlegung von Sicherheitsvermutungen. Dass es faire Beratungsmöglichkeiten gibt.“



Das italienische Küstenwachschiff Peluso nähert sich im April mit Migranten dem sizilianischen Hafen von Catania :Bild: dpa

Tatsächlich ist eine offene Frage, wo die Schnellverfahren stattfinden sollen. Wo würde etwa Italien ein Zentrum errichten, in denen Migranten, die kaum Aussicht auf Asyl haben, mehrere Wochen lang untergebracht werden sollen? Wie würde die Lokalbevölkerung reagieren? Und wie hätten Nichtregierungsorganisationen und Anwälte Zugang zu diesen Migranten? Zumal es sich dann um haftähnliche Bedingungen handeln soll.

„Ich kann nicht erkennen, dass es sich nicht um Haft handeln soll“, sagt Bank. „Man darf nie aufgrund seines Asylgesuchs inhaftiert werden. Wenn Menschen neu ankommen und die Identitätsprüfung vorgenommen wird, das wäre so ein typischer Haftgrund für eine kurze Zeit, aber das muss immer verhältnismäßig sein. Es gibt vulnerable Gruppen, die man von Haft ausnehmen sollte, wie etwa Kinder, erkennbar traumatisierte Personen. Haft kann auch nur zulässig sein, wenn Alternativen zur Haft nicht hinreichend sind. Man sollte also prüfen: Welche Möglichkeiten gibt es sonst?“ Die Aussagen traf Bank vor dem Brüsseler Asylkompromiss. **Da hatte sich auch Deutschland in den EU-Verhandlungen noch dafür eingesetzt, dass Familien mit Kindern von den Schnellverfahren ausgenommen werden. Aber Berlin konnte sich mit dieser Position nicht durchsetzen.**

Bleibt noch die Frage, wer die abgelehnten Asylbewerber zurücknehmen soll. Nach dem Kompromiss der EU-Innenminister soll die Möglichkeit bestehen, sie in als sicher eingestufte **Drittstaaten** außerhalb der **EU** abzuschieben. Auch das soll jene abschrecken, die kein Recht auf Asyl haben. **Als möglicher Drittstaat ist etwa Tunesien im Gespräch.** Dessen Präsident Kais Saïed fiel allerdings zuletzt dadurch auf, gegen afrikanische Migranten in seinem Land zu hetzen. Saïed sagte, diese unterwanderten **sein Land und nähmen Tunesien die arabische Identität. Es kam zu Gewalt.**

Migrationsforscher Koopmans sagt dennoch, ein Migrationsabkommen mit Tunesien inklusive rechtlicher Zusicherungen könnte ein „großer Fortschritt“ sein. **„So wird nämlich der Anreiz, sich in den Händen von Schmugglern in wackligen Booten nach Italien zu begeben, weggenommen.“** Um auch Nichtregierungsorganisationen und die Grünen in Deutschland von solchen Plänen zu überzeugen, könne **man anstreben, im Gegenzug mehr Flüchtlinge direkt aus Konfliktregionen aufzunehmen.** **„Dafür würde ich, wenn ich eine Flüchtlingshilfeorganisation wäre, jetzt kämpfen, da das der Weg zu einer wirklich humanitären Flüchtlingspolitik wäre“,** sagt er.

Das EU-Parlament kann jetzt noch Änderungen durchsetzen. Klar ist schon jetzt: Im nächsten Jahr steht wieder eine **Europawahl an, und die Asylpolitik dürfte ein zentrales Wahlkampfthema werden**. Und nicht ausgeschlossen, dass nach der Wahl noch einmal nachgeschärft wird.

Australien – das Insel-Modell

Im August 2001 erhielt der norwegische Frachter Tampa einen Notruf. Die Besatzung rettete mehr als 400 Migranten durfte aber nicht in australische Gewässer fahren. Australien wollte die Asylsuchenden nicht aufnehmen, und so wurden sie nach Nauru gebracht, in einen Inselstaat im Pazifischen Ozean. Das australische Modell war geboren, die sogenannte Pacific Solution. Auch mit Papua-Neuguinea wurde ein Abkommen geschlossen. **Nur wer in den Drittstaaten nach einer Prüfung als Flüchtling anerkannt wurde, durfte nach Australien. Das Modell hatte eine abschreckende Wirkung: In den folgenden Jahren soll niemand mehr auf dem Weg über das Meer gestorben sein, heißt es in einer Auswertung der Monash University.**

Das änderte sich erst nach 2007 wieder, nachdem in Australien die Labor Party gewählt worden war und das Verfahren beendet hatte. Nachdem die Todeszahlen wieder hochschnellten, kehrte die neue Regierung aber zur pazifischen Lösung zurück. 2013 verschärften dann die Konservativen die Regeln abermals. Selbst wer als Flüchtling anerkannt wurde, durfte fortan nicht mehr in Australien einreisen. Stattdessen nimmt Australien jedes Jahr Flüchtlinge aus Lagern des UNHCR auf. Zumindest bis zum Jahr 2020 soll laut der Auswertung der Monash University wieder kein Migrant mehr auf dem Weg über das Meer nach Australien gestorben sein.

Seit 2022 regiert wieder die Labor Party. Sie hält diesmal an dem Abschreckungsmodell fest. Roland Bank vom UNHCR ist kein Freund der australischen Lösung. „Die betroffenen Flüchtlinge leben in einer Limbo-Situation, für die geht es nicht vor, nicht zurück. Die sitzen fest, und das ist keine Lösung“, sagt er. „Da nimmt Australien seine Verantwortung nicht wahr.“ Kritiker verweisen auch darauf, dass die Lagerbedingungen jahrelang schlecht waren, manche Flüchtlinge psychische Probleme bekamen und Suizid begingen. Allerdings wurden mittlerweile fast alle Migranten in Drittstaaten umgesiedelt. Nur wenige sitzen noch auf Nauru fest. Das Lager in Papua-Neuguinea wurde geschlossen.

Großbritannien – der Ruanda-Deal

London hat mit Ruanda einen Deal geschlossen, der von Flüchtlingsorganisationen heftig kritisiert wird. Die Idee: Wer illegal – etwa über den Ärmelkanal – einreist, dem wird das Recht auf Asyl in Großbritannien verwehrt. Stattdessen sollen die betroffenen Migranten nach Ruanda gebracht werden, wo sie ein Asylverfahren durchlaufen. Wird dieses positiv beschieden, bekommen sie aber nur in Ruanda Asyl, nicht in Großbritannien. Im Gegenzug erhält Ruanda Geld.

„Das ist eine Art von Neokolonialismus“, kritisiert sogar Migrationsforscher Koopmans, der ja selbst vorschlägt, Asylverfahren auszulagern. Koopmans bemängelt, dass das britische Modell nicht im Gegenzug legale Migrationswege vorsieht und London auch nicht verspricht, mehr Migranten über Lager des UNHCR aufzunehmen. Auch UNHCR-Mann Bank sagt: „Den Ruanda-Deal halten wir nicht für richtig: Das steht nicht im Einklang mit der Genfer Flüchtlingskonvention, da es alle, die ohne Einreiseerlaubnis ankommen, vom Flüchtlingsschutz im Vereinigten Königreich ausschließt.“ Bislang scheitert die Umsetzung des Ruanda-Deals auch noch an gerichtlichen Urteilen.

USA – das App-Modell

Vor allem aus Zentral-, aber auch aus Südamerika machen sich seit Jahren viele Migranten auf den Weg in Richtung Vereinigte Staaten. Um die Kontrolle zu wahren, setzt **Präsident Joe Biden seit Kurzem auf Technologie**. **Nur wer digital seine Dokumente vom Ausland aus einreicht und einen Termin bei der Einwanderungsbehörde bucht, soll noch eine Chance auf Asyl haben.** Wer ohne dieses Verfahren einreist, soll leer ausgehen. Ein Vorbild für Europa? **Migrationsforscher Koopmans ist skeptisch. „Es wird Millionen Bewerber und sehr lange Wartezeiten geben“, sagt er.** „Hinzu kommt: Es fehlt bisher die

Komponente, dass etwa in Mexiko Abgewiesenen ein Asylverfahren bietet. Ich sehe nicht, wie das im Einklang mit dem internationalen Flüchtlingsrecht steht.“

Die USA wollen das App-Modell mit Migrationszentren in Guatemala und Kolumbien flankieren. Dort sollen Asylanträge geprüft werden, damit die Asylsuchenden nicht den weiten Weg in den Norden auf sich nehmen und illegal einreisen. Bleibt allerdings die Frage, ob Guatemala und Kolumbien mit der zu erwarteten Zahl der Migranten überfordert sein könnten. Konflikte mit der Lokalbevölkerung sind nicht ausgeschlossen. In Chile etwa hat in den vergangenen Monaten die gestiegene Zahl der Migranten zu viel Frust geführt, weil sich die Sicherheitslage verschlechtert hat. Ausgerechnet der als links-progressiv beschriebene Präsident Gabriel Boric setzte daraufhin auf ein uraltes Modell – und schickte das Militär an die Grenze.

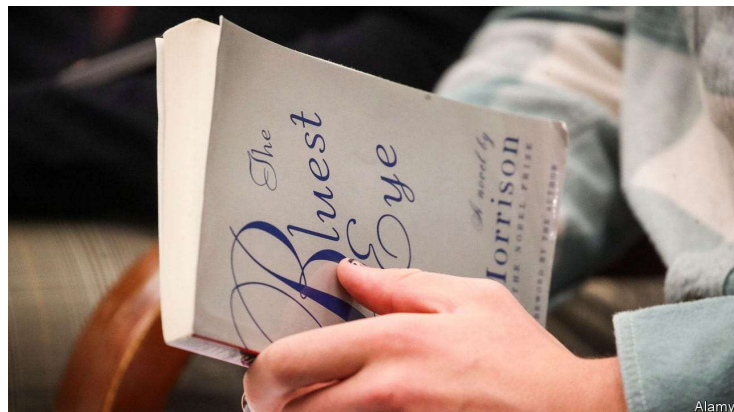
12 juin 2023 (The Economist)

[Eight books you are forbidden from reading \(economist.com\)](https://www.economist.com)

Banned books

Eight books you are forbidden from reading

In some places, at least. A brief world tour of book bans in the 21st century



Feb 24th 2023

Ovid was exiled by Augustus Caesar to a bleak village on the Black Sea. His satirical guide to seduction, “The Art of Love”, was banished from Roman libraries. In 1121 Peter Abelard, known for his writings on logic and his passion for Héloïse, was forced by the Catholic church to burn his own book. And in perhaps the most famous modern example of hostility to literature, Iran called for the murder of Salman Rushdie, author of “The Satanic Verses”, in 1989. For its perceived blasphemy, the novel remains banned in at least a dozen countries from Senegal to Singapore. Book-banning remains a favourite tool of the autocrat and the fundamentalist, who are both genuinely threatened by the wayward ideas that literature can contain. In democracies books can provoke a different sort of panic. Armies, prisons, prim parents and progressive zealots all seek to censor literature they fear could overthrow their values. Bans on books that shock, mock or titillate reveal much about a time and place. They invariably attract legions of curious readers, too. Here are eight books you shouldn’t read.

Lajja. By Taslima Nasrin. Translated by Anchita Ghatak. *Viking-Penguin India*; 337 pages; \$13 and £9.99

Lesser-known than the *fatwa* condemning Sir Salman to death, but probably inspired by it, is that aimed at Taslima Nasrin for “Lajja” (Bengali for “shame”). Her novel depicts the revenge meted out by Muslims to **Bangladesh’s** Hindu minority after a Hindu mob tore down a mosque in Ayodhya in India in 1992. It observes the Dutta family, who still bear the scars of earlier spasms of anti-Hindu violence; each member of the family deals in their own way with the latest. Bangladesh’s government banned the book. Ms Nasrin fled to Sweden and won the European Parliament’s Sakharov prize for freedom of thought in 1994. Photocopies of “Lajja” spread in Bangladesh; in India, Hindu fundamentalists distributed it as propaganda on buses and trains. Yet her novel was less about the conflict between Hindus and Muslims, said Ms Nasrin, than about that “between humanism and barbarism, between those who value freedom and those who do not”. The story still reverberates: a [temple to Ram](#), a Hindu god, will open in 2024 on the site of the destroyed mosque.

Friend. By Paek Nam Nyong. Translated by Immanuel Kim. *Columbia University Press*; 288 pages; \$20 and £14.99

“Friend” is the first novel approved by North Korea’s totalitarian regime to be available in English. Published in 1988, it is a beloved classic there. A compassionate account of characters caught up in marital strife and disappointed by their spouses, it is based on Paek Nam Nyong’s experience of sitting in on North Korean divorce hearings. An illuminating afterword by the book’s translator, who has met Mr

Paek, situates it within North Korea's literary output. It is the government of the country's democratic neighbour, South Korea, that has banned the book for some readers. "Friend" is sold in the South's bookstores. But its defence ministry includes it in a list of 23 "seditious books" banned for reading in the **South Korean army** (among them are two by Noam Chomsky, a linguist with radical politics). This prohibition applies to all male citizens for the 18 months, or more, of their mandatory military service. The ministry's apparent fear is that a sympathetic portrait of South Korea's hostile northern neighbour could undermine soldiers' resolve to defend their country. Readers of "Friend" can expect some socialist-realist moralising. But this novel's power is in its depiction of ordinary lives.

The Devils' Dance. By Hamid Ismailov. Translated by Donald Rayfield. *Tilted Axis Press*; 200 pages; £12

When Hamid Ismailov was forced to flee Uzbekistan in 1992, he stood accused by his government of "unacceptable democratic tendencies". In exile ever since, Mr Ismailov has written more than a dozen novels. All are banned in **Uzbekistan**. Aptly, "The Devils' Dance"—the first of his Uzbek novels to be translated into English—reimagines the lives of real Uzbek dissident intellectuals during their time in prison before their executions in 1938. They include the protagonist, Abdulla Qodiriy, a poet and playwright, and Cho'lpon, who translated Shakespeare into Uzbek. When Qodiriy was locked up by Stalin's secret police a novel he had been writing on 19th-century khans, spies and poet-queens was destroyed. Mr Ismailov imagines that Qodiriy reconstructs in his cell the novel he had been writing. (We [reviewed](#) the book in translation in 2018.)

The Bluest Eye. By Toni Morrison. *Vintage International*; 206 pages; \$16 and £9.99

[Toni Morrison's](#) celebrated novel about beauty and racial self-hatred has long appeared on lists of books banned in some of **America's high schools**. Parents complain about passages that depict sexual violence; teachers counter that such topics are best broached in the classroom. "The Bluest Eye" was the fourth-most-banned book in the school year ending in 2022, says *pen America*, a free-speech body. (Ahead of it were two on LGBT themes and a novel about an interracial teen couple.) The American Library Association (ala) says that its tally of ban requests from school boards and removals from library shelves has never been so high: 1,600 titles in 2021. The political stakes have grown. In 2016 Virginia's legislature passed the "Beloved bill"—named for another of Morrison's controversial novels—to allow parents to exempt their children from reading assignments if they consider the material to be sexually explicit. The state's Democratic governor vetoed the bill; his opposition to it was one reason he lost a bid for re-election to a Republican in 2021. "There is some hysteria associated with the idea of reading that is all out of proportion to what is in fact happening when one reads," Morrison said—more than 40 years ago.

China in Ten Words. By Yu Hua. Translated by Allan H. Barr. *Duckworth*; 240 pages; £8.99

China's government keeps tight control over printed matter: publication codes such as ISBNs are allocated, with rare exceptions, only to state-run publishers; censors scrutinise works before they go to print. But the boundaries for fiction can be more fluid. That let Yu Hua become a best-selling author in his native country of novels that depict China's journey from the brutality of the Cultural Revolution to the dislocations wrought by materialism. But Mr Yu saw commonalities between history and the present, and to expand on these he turned to non-fiction: "China in Ten Words", a collection of essays each built around a Mandarin term, is a mixture of memoir and meditation on past and contemporary China. It could not be published there. The first chapter, "People", refers to the bloodshed at Tiananmen Square in 1989. Mr Yu refused to excise it. In expounding on words from "Revolution" to "Bamboozle" he offers a view of how China got to where it is.

Piccolo Uovo. By Francesca Pardi. Illustrated by Altan. *Lo Stampatello*; 22 pages; €11.90

And Tango Makes Three. By Peter Parnell and Justin Richardson. Illustrated by Henry Cole. *Little Simon*; 36 pages; \$8.99 and £7.99

What harm could one small, anthropomorphic egg do? A lot, if you ask the mayor of Venice. In 2015, within days of being sworn in, Luigi Brugnaro ordered **Venetian nursery schools** to ban 49 children's

books deemed a threat to “traditional” families. Uproar ensued, and Mr Brugnaro agreed to reinstate all but two of the books. One still off-limits is “Piccolo Uovo”, a delightful tale inspired by the real story of a penguin egg adopted by two male penguins in New York’s Central Park Zoo. Piccolo uovo (“Little egg”) is afraid to hatch because it wonders what its family will look like. It goes on a journey to meet families of many compositions and colours, and is satisfied that all are magnificent. Readers old and young who do not speak Italian might instead seek out an American children’s book about the same penguins that makes the same point: “And Tango Makes Three” has appeared on nine occasions in the ala’s annual list of top-ten books banned from **American libraries**.

The Bible. By various authors. Translated by various people. *Various publishers; varying numbers of pages; various prices*

Parts are deemed by some religious traditions to be the word of God. Others bring the good news of Jesus. But the two-volume work has its first murder in its fourth chapter. And there is no mistaking the erotic charge of the Song of Songs. In June 2023 a school district in **Utah** removed the King James version of the Bible from the shelves of elementary and middle-school libraries under a state law that permits the ban of “instructional material that is pornographic or indecent”. But this petition was brought by a parent frustrated with bans of other books, including “The Bluest Eye”. Upset by the stunt, conservatives accused the parent of seeking to undermine Utah’s efforts to protect children from pornography. The Bible banner seems to share the perspective of Leviticus 24: “eye for eye, tooth for tooth”.

12 juin 2023 (The Economist)

[Reproduction without sex is more common than scientists thought \(economist.com\)](https://www.economist.com/science/2023/06/07/reproduction-without-sex-is-more-common-than-scientists-thought)

When it takes one to tango

Reproduction without sex is more common than scientists thought

Several vertebrates, including turkeys, snakes and now crocodiles, **can do it without doing it**



Jun 7th 2023

Sex is a tricky business, evolutionarily speaking. One problem is that sexually reproducing organisms must suffer the considerable faff of securing a mate (for the males of some species, the struggle to do so can be fatal). Another is that the mixing of two genomes into one offspring means that, per child, each parent gets only half its genes into the next generation rather than the full complement.

The fact that it is nonetheless widespread suggests that sex must have big advantages, too. One concerns genetic variety. In asexually reproducing species, the only source of variation is mutation. Sex, by contrast, produces genetically unique individuals every time. That may increase the chance that at least some survive a disease, or a change in environmental conditions, that prematurely kills the others.

Some animals, though, like to have things both ways. **American crocodiles, for example, usually reproduce sexually. But in a paper published in *Biology Letters* on June 7th, a team led by Warren Booth, an entomologist at Virginia Polytechnic Institute and State University, show that this is not always true. It seems that female crocodiles can, under some conditions, reproduce via “parthenogenesis”—the production of fertile eggs without the involvement of a male.**

The female crocodile in Dr Booth’s paper lives in a Costa Rican reptile park. Now 18 years old, she was obtained by the park at the age of two, and has been kept by herself ever since. The park staff were therefore surprised when, in 2018, she laid a clutch of 14 eggs. When workers examined the eggs—by holding them in front of a bright light, giving a murky view of the contents—seven appeared to be fertile.

Intrigued, the park incubated the fertile eggs. None hatched. Six contained embryos that had died early in their development. But one contained a fully developed crocodile fetus that was almost ready to hatch. **The mother, it seemed, had given parthenogenetic reproduction a go, and very nearly succeeded.**

Parthenogenesis is fairly common. Some insects, scorpions and worms, among others, are known to do it. But it was thought to be rare among vertebrates. That assumption, though, is changing. In the 1950s turkey farmers discovered that some of their **hens** had laid viable eggs despite never having had access to males. **Lizards** and **snakes** were added to the list in the 1960s and 1990s respectively. In 2021 researchers monitoring the critically endangered California condor noticed that **some of the birds** lacked genes from the males that were supposed to be their fathers.

Crocodiles are the newest members of the vertebrate-parthenogenesis club. Its growing membership raises questions about just how widespread the ability might turn out to be. Despite their differences crocodiles, lizards, snakes and birds (which are descended from dinosaurs) are all members of the clade Reptilia. The evolutionary distance between those species suggests the ability is an ancient one. Might that mean that other members of Reptilia—turtles, for example, or chameleons—could have it too?

12 juin 2023 (The Economist)

[Sucking a carbon-neutral fuel out of thin air \(economist.com\)](https://www.economist.com)

Green energy

Sucking a carbon-neutral fuel out of thin air

To power future cars and planes



Jun 7th 2023

When in March the European Union approved a law requiring all new cars to have zero carbon emissions from 2035, Germany managed to wangle an exemption for vehicles running on “e-fuels”. Some saw it as a charter for producers to continue flogging internal-combustion engine cars to petrol-heads. While it does, indeed, mean some petrol-powered sports cars are likely to remain in production in the future, the hope is they can be powered without overheating the planet.

E-fuels get their name because they are made synthetically, using electricity. The process involves combining hydrogen with carbon to produce various hydrocarbon fuels, such as diesel, petrol or jet fuel.

The hydrogen can be made by using electrolysis to split water into its constituent elements. The carbon comes from carbon dioxide, perhaps captured from an industrial chimney-stack, or even sucked directly out of the atmosphere via so-called direct-air capture systems. Provided both processes are powered by zero-carbon electricity, **e-fuels are carbon neutral. After all, the carbon released back into the air when the fuels are burned is the same that was used to make them in the first place.**

Although a handful of big plants already make e-fuels for aviation, most obtain their carbon from old cooking oil, animal fat and biomass. **Some aim to use direct-air capture, although the technology is still largely at the prototype stage.** One such plant is in southern Chile. It is run by a group of companies that includes **Porsche**, part of the German Volkswagen group. Chile is a windy place, so the factory is powered by a wind turbine. **Until its direct-air capture system is ready, the plant is getting carbon dioxide from a brewery, where yeast produces it during fermentation.**

For Porsche, cars powered by e-fuels will be a sideline rather than its main business. The firm aims to have more than 80% of its vehicles running on batteries by 2030. **Karl Dums, the firm's head of e-fuels, readily agrees that an electric car will always be inherently more efficient than one that runs with e-fuels.** (This is because of the extra steps involved in turning electricity into synthetic fuel, rather than just charging a battery directly.) **But, he says, there will still be plenty of internal-combustion vehicles on the road after 2030. These could be made greener by filling them with e-fuels.**

Dr Dums reckons economies of scale could make e-fuels competitive with fossil ones, perhaps by the end of the decade. And, he says, they offer a convenient way to store surplus renewable energy, or to make it suitable for export. **Chile has the potential to produce huge amounts of renewable power.** But the wind and the sun are unpredictable, and on some days could produce more electricity than

necessary. Chile lacks the long-range grids to transmit that surplus elsewhere. If it were turned into a liquid, though, it could be shipped abroad using existing infrastructure designed for fossil fuels.

“In the end,” says Dr Dums, Porsche’s business is “fulfilling dreams for our customers.” Although electric cars are both smooth and nippy, some of those customers might miss the growl and thunder of a petrol-powered engine. If you do fancy a petrol-powered 911 in the future, e-fuels might allow Porsche to sell you one.

12 juin 2023 (The Economist)

[German bosses are depressed \(economist.com\)](https://www.economist.com)

Angst

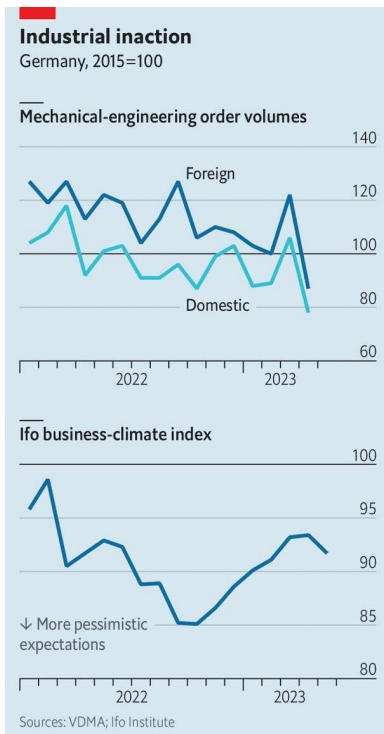
German bosses are depressed

And dissatisfied with the government



Jun 8th 2023 | BERLIN

“We are at a dangerous point,” worries Arndt Kirchhoff, boss of the employers’ association in North Rhine-Westphalia and one of three brothers who run Kirchhoff, a maker of car components. **Germany recently slipped into a technical recession.** Many companies are investing abroad rather than at home. Chinese consumers are importing less after the lifting of pandemic restrictions than German manufacturers had been hoping. And Ukraine’s counter-offensive against Russian invaders is injecting uncertainty into Germany’s backyard.



The Economist

In May an index of business confidence from the Ifo Institute, a think-tank, fell for the first time in seven months (see chart). On June 5th manufacturers’ gloomy mood became darker still when the vdma, the main lobby group for machinery-makers, announced that orders for engineering companies fell by 20% last month, year on year. **A small contraction in gdp (German output fell by 0.3% in the first quarter) can have a big effect on orders for makers of machinery.** Yet the fall in orders also “reflects the recent deterioration of the mood of the economy”, laments Olaf Wortmann of the vdma. **Having promised a new**

“German speed” in business and economic matters, the governing coalition of Social Democrats, Greens and Free Democrats is delivering what to disillusioned German bosses looks increasingly like a crawl.

Employers’ most pressing worries are, according to a recent survey of industrial firms, the prices of raw material and energy (both of which remain high); availability of skilled labour (which is in short supply); and rising wages (which push up costs further). And don’t even get bosses started on red tape. Bureaucratic approvals still take too long. A finicky new law requires companies with more than 3,000 staff in Germany to monitor whether their suppliers around the world meet human-rights and environmental standards. It has taken ten years to build the wind farm that Robert Habeck, the economy minister, inaugurated in Bad Berleburg, North Rhine-Westphalia, on June 6th. “We have to speed up approval processes,” Mr Habeck conceded during the inauguration. He insisted that Germany will manage to double its windpower capacity by 2030. But this would, by his own admission, require tripling the pace of wind-farm development.

German firms are increasingly reluctant to make the effort to invest and expand. Their country ranks a dismal 18th out of 21 industrialised countries as a place for family companies to do business, according to the ZEW Mannheim, an economic-research institute (America, Canada and Sweden are the top three). “We have been on the wrong path for the last 20 years,” laments Natalie Mekelburger, chief executive of Coroplast, a leading maker of adhesive tape. The state’s dirigiste intervention in business is “indirectly destroying entrepreneurial forces”, says Ms Mekelburger, who accuses the Greens in particular of a “planned-economy approach”.

Almost one-third of German medium-sized *Mittelstand* firms are thinking about transferring production and jobs abroad; one in six is already doing it. BioNTech, a pioneering biotechnology company that helped develop a covid-19 vaccine, is building its cancer-research centre in Britain. Viessmann, a manufacturer of heating equipment, is selling its core heat-pump business to America’s Carrier. “We are running the danger of creeping deindustrialisation,” warns Nikolas Stihl, head of the supervisory board of Stihl, a leading maker of chainsaws.

Mr Stihl’s firm is not planning to move production somewhere else. But he hopes that BioNTech’s and Viessmann’s decisions will serve as a wake-up call for the government. Neither move would have happened, he says, if Germany were as business-friendly as it used to be.

12 juin 2023 (The Economist)

[The end of Western naivety about China \(economist.com\)](https://www.economist.com)

The end of Western naivety about China

A new China debate pits optimists against fatalists



Jun 8th 2023

Among western democratic governments, this is a moment of unhappy clarity about China. Their bleak consensus follows years of naivety and wilful self-delusion about the nature of Xi Jinping's regime. A changed mood—one of shared, durable gloom—was on display at the latest Stockholm China Forum. This is a gathering of American and European officials, scholars and business types that Chaguan has attended, on and off, since 2008 (Chinese diplomats and scholars attend some sessions).

The war in Ukraine hung over the latest forum, jointly hosted by Sweden's foreign ministry and the German Marshall Fund, a think-tank. **There was no happy talk about China being an ideal peace-broker, as some European leaders had suggested in the early months of the conflict. Instead, participants talked of Chinese envoys touring European capitals to recommend that Ukraine lay down its arms and sue for peace, while casting Vladimir Putin as a ruler acting in self-defence. One speaker called China's "collusion" with Russia an "electroshock" for Western governments.** China is expected to play a role in the conflict's end-game and in post-war reconstruction, not least because Ukraine's government wants Mr Xi at the table. **But there was shared horror in Stockholm at any notion of China helping to design a future security architecture for Europe.** That distrust is born of hearing Chinese officials blaming the nato defence alliance for war in Ukraine, and promoting a [world order](#) in which individual countries seek security via shifting, values-free calculations of their interests.

There is transatlantic **convergence, too, about the need to de-risk commercial ties with China.** That is an ugly term for an idea with usefully broad appeal. **American, European and other Western governments and businesses want to avoid excessive dependencies on Chinese suppliers of critical commodities and products, and to ensure that exchanges with China are consistent with their "interests, values and security concerns",** to quote Sweden's prime minister, Ulf Kristersson, in on-the-record remarks that opened the forum.

Chinese officials, backed by some foreign business bosses, accuse Western governments of planning wholesale economic decoupling, a ruinously disruptive and costly outcome. In truth, talk of decoupling is a straw man. On each shore of the Atlantic, insiders say, there is agreement that perhaps **two-thirds of trade with China involves no strategic implications, and should be encouraged.** At the same time, governments are aligned on the need to scrutinise a few sectors and deals much more closely. Europeans are warier than Americans about export controls to stop China building advanced weapons or tools of repression with Western technologies. **But most Western capitals are in lockstep on the need for new, defensive tools against Chinese economic coercion.**

Foreign businessmen and officials share notes about Mr Xi's ever-sterner emphasis on security. A new counter-espionage law could make it perilous to collect soil samples to check for toxic residues before building an expensive new factory in China, the forum heard, or dangerous to obtain data about weather patterns in the Taiwan Strait before investing in a coastal wind farm.

Western governments face shared challenges to their domestic politics as China becomes dominant in such sectors as **electric vehicles**. While China has every right to compete in industries of the future, the forum was invited to **contemplate the politics of a world in which millions of car-plant workers blame Chinese imports, backed by vast state subsidies, for taking their jobs**. German car companies, which once made huge profits in China, now face a fight to survive in that country's market, a speaker reported.

Yet if the West is now united in anxiety about China, a different divide could be heard in this gathering of transatlantic officials and scholars. Under **President Joe Biden, America leads a camp of optimists which hopes that with enough political will, economic resources, military might and diplomatic skill, the West can out-compete China. A second camp is much more fatalistic.**

The groupings have fuzzy boundaries. Some European countries, such as **France, share the Biden administration's faith in industrial policies to protect manufacturing jobs**. But France's president, Emmanuel Macron, is called "deeply pessimistic" about geopolitics by those who have briefed him about China. **Though Mr Macron does not dispute dark assessments of Mr Xi's regime, he has little confidence that America can be relied on as a security partner, especially after its presidential election in 2024.** That fatalism helps to explain why Mr Macron delighted his Chinese hosts earlier this year by suggesting, in an interview with *Les Echos* on his plane home, that **Europe should beware of being dragged by America into clashes in Asia, including over Taiwan.**

Other countries fret about rising protectionism, and worry about Mr Biden unleashing subsidy contests that leave all players worse off. But some of the same governments argue that the war in Ukraine has proved, once again, that America is the West's indispensable security partner. In return for American support in Europe, they urge the eu to see security and political interests in the fate of Taiwan and the Indo-Pacific.

Divide and rule

Chinese leaders detect the confidence gap, and try to widen it. A Chinese speaker at this month's Shangri-La Dialogue, an Asian security forum, told Europeans the "best thing" they could offer Asia was to stay away and "do nothing". A similar logic underpins the growing risks taken by Chinese warships and fighter jets, as they intercept American and allied naval vessels and planes in international skies and seas near China. **The aim is not to win friends, but to make America's partners take fright so that they urge Mr Biden to back down. Mr Xi's assertive words and deeds leave ever less room for Western naivety. But if foreign credulity is replaced with despair, China will take that for a win.**

12 juin 2023 (The Economist)

[Why are Latin American workers so strikingly unproductive? \(economist.com\)](https://www.economist.com)

A land of frustrated workers

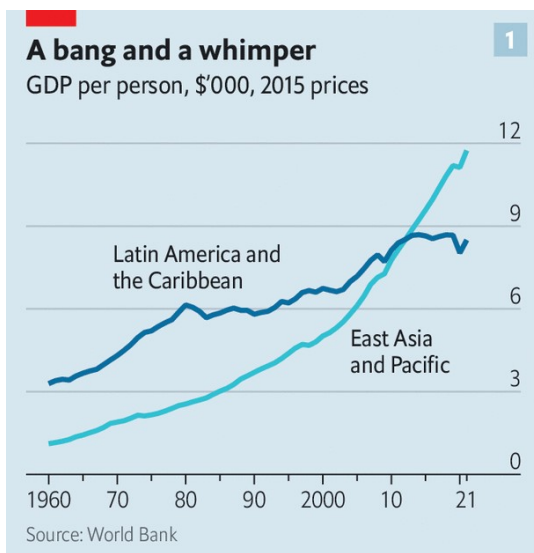
Why are Latin American workers so strikingly unproductive?

Blame education, corruption and a huge shadow economy



Jun 8th 2023

For half a century economies in Latin America have disappointed policymakers. For just as long, wonks have invented slogans to describe the source of the region's abysmal growth. First economists lamented a "lost decade" in the 1980s, during which a chain of fiscal crises sent 16 governments in the region into default. The 1990s were spent in the "middle-income trap", in which, the theory goes, the tricky leap from low- to high-tech industry stops countries from developing fully. Even when, in the late 2000s, commodity prices picked up, muttering began about the "resource curse", which strikes when energy and mining bonanzas discourage investment in manufacturing.



The Economist

In 1962 Latin America's income per person was three times that of East Asia. By 2012 both regions had the same level. By 2022 East Asia's was roughly 40% higher than Latin America's (see chart 1). When the differences in purchasing power are taken into account, Latin Americans' gdp per person has been stuck at little more than a quarter of that of their neighbours in the United States for the last three decades. According to the World Bank, between 2010 and 2020 Latin America was the world's slowest-growing regional economy.

Now things are set to get even worse. Growth is expected to be 1.9% in 2023 and stay below 2% for 2024, compared with over 4% on average in other emerging markets. The World Bank also predicts that

Latin America will remain at the bottom of the pack in terms of economic growth per person until 2030. The pandemic hit Latin America hard: it had the highest number of excess deaths of any region between March 2020 and October 2021. Since then, economic recovery has stalled.

Why are Latin American economies in such bad shape? The region is not short of workers, one reason often given for a sluggish economy. Latin America's population growth has been among the strongest in the world. Some of the places with the slowest-growing economies, such as Brazil and Mexico, have had the biggest population spurts. Over the past 30 years the working age population of the region has more than doubled. The ratio of workers to dependents continues to rise and is not expected to peak until 2030. By contrast China hit its peak in 2011.

Instead, the problem appears to be that those workers are not terribly productive. Economists find productivity fiendishly difficult to measure, but most of their attempts show Latin America lacking. The World Bank's effort places Latin American workers as the second-least productive in the world, behind the Middle East. Mexico is consistently the least productive in the oecd, a club mostly of rich countries. Annual productivity growth in the region has languished between 0.2% and 0.5% since 2000, according to the World Bank. By contrast East Asia's productivity has increased by more than 2% every year.

Weak investment is one possible cause of low productivity. If policymakers and firms do not plough capital into new technology, infrastructure and education, workers lag behind their competitors. Latin America invests the equivalent of just 20% of its regional gdp, compared with 25% of gdp for the average emerging market. Yet even in countries where investment has been high, gdp is still languishing. Mexico's annual domestic investment is worth 22% of its gdp. Between 2017 and 2021 it attracted annual foreign direct investment worth on average another 2.8% of gdp. Even so, at the end of this period its economy was no larger than it was at the start (the pandemic did not help).

In any case the imf thinks that blaming investment for slow growth mixes up cause with effect. According to its analysis, it is Latin America's low growth that has caused its low investment. Domestic investment relies on household savings, which the region's workers have relatively little of due to their low wages. And foreign capital is scarce because investors think putting their money elsewhere will yield a better return.

Instead, several long-term trends contribute to Latin America's productivity problem. One is education. Before covid-19 Latin American 15-year-olds were, on average, three years behind their peers in the oecd on science, maths and English tests. This gap is likely to be worse now: according to unicef, the un's children's fund, schools in Latin America and the Caribbean had some of the longest lockdowns, remaining fully closed for 158 days from March 2020 to February 2021, compared with the global average of 95 days.

Working 9 to when?

Options are limited for those wanting the best education, as the region has few world-class universities. The oecd reckons less than half of Latin Americans have the ability to perform basic tasks with a computer. That is likely to send firms which are looking for cheaper it workers to Asia and Africa instead. American tech companies recruiting from Guatemala and Chile complained at a summit last year that they could not find workers to fill the jobs they were offering.

A second problem is that the region has lots of oligopolies. In Chile the 50 biggest firms account for more than 70% of gdp. In Colombia state-owned conglomerates account for 25% of the revenue of the largest 100 businesses. Latin American firms enjoy bigger markups than those in the rest of the oecd. Governments make the problem worse, often cordoning off industries from potential new entrants or pushing up costs with red tape. In the absence of disruption, which takes away pressure to innovate, old, unproductive firms survive. Over the last three decades Latin American countries have, on average, got far less diverse in terms of what they produce, with exports coming from less-productive industries, according to Shannon O'Neil, of the Council on Foreign Relations, an American think-tank. Competition

laws are scarce, while corruption does not help. In too many parts of the region dodgy deals between businesses and governments are allowed to thrive.

The biggest problem, however, is a huge informal sector. In Brazil and Peru more than half the potential workforce is employed informally. In Bolivia the proportion is 82%, according to the International Labour Organisation. By one estimate Latin America has the fastest-growing shadow economy in the world, in terms of gdp per person. Informal workers are less productive. To fly under the radar, firms stay small. That means they cannot scale up production, which would lower their costs. The financial system also takes a hit when lots of value is tied up with informal firms and workers that do not use conventional banks. Credit creation is stifled, meaning fewer firms get loans.



The Economist

Informality shows that an economy is sick, but “it is not the disease”, says Santiago Levy, a fellow at the Brookings Institute, a think-tank. Much like slow growth, illegal economies do not get big by themselves. In much of the region the high costs of hiring people—in the form of bureaucracy, social-security contributions and minimum wages—put off small- and medium-sized businesses from employing people formally. In some places, such as Argentina, strict labour laws make it nearly impossible to fire employees. According to the World Bank the minimum wage in Colombia is higher than in most oecd countries, relative to median income levels.

Corruption within formal sectors—as when a customs official asks for a bribe, or a police officer turns a blind eye to criminality—also lowers the cost of going into the informal sector. [Women](#), who owing to traditional gender norms often look after the children alongside work, tend to favour the flexibility and quick turnover of these jobs.

Mr Levy, who used to be the chief economist of the Inter-American Development Bank, a regional outfit, also thinks that the structure of some welfare states, such as Brazil’s Bolsa Família, can make operating informally more attractive. These offer health care to informal workers, which may be considered better value than that available to people in full-time employment. They also do not require firms to pay employee health contributions.

Tackling most of these problems is unpalatable for politicians. Around 300m people across the continent have come to rely on social-spending handouts for their income, health care or their children’s education. The risk of losing their votes will prevent any drastic changes being made to these policies anytime soon. Meanwhile clamping down on oligopolies could potentially jeopardise a source of political-campaign finance. Making industries more competitive would also squeeze profits. Progress on education is likely to be slow, not least as the region has several powerful teachers’ unions.

Money for nothing

Latin America needs an economic-policy rethink. As the United States detangles an ever-expanding list of industries and technologies from China, its southern neighbours risk being cut off, too. Most of President Joe Biden's industrial-policy bonanza will go on bringing industry back home. But what few prizes the region, particularly Mexico, stands to gain from "friend-shoring" or from China's re-opening are at risk if Latin America cannot find workers and innovative firms to fill demand.

The green transition holds a similar combination of promise and peril. On the one hand, Latin America's riches of copper, rare-earth minerals and lithium have sparked interest from multinationals. The trick will be getting these big companies to convert their interest from the region's resources to its industries. Latin American governments want to force companies that come for their minerals to refine them in the region, and then build batteries and electric vehicles there.

But doing so will require shrewd policymaking and a better business environment to make companies stay. A smaller informal sector and more competition would go a long way towards achieving that goal. If they do not grasp these opportunities now, policymakers are at risk of ushering in a new decade of sluggish growth—and yet another slogan to describe it.

12 juin 2023 (Le Point)

[À Meymac, les révélations d'un ancien résistant sèment le trouble \(lepoint.fr\)](https://www.lepoint.fr)

À Meymac, les révélations d'un ancien résistant sèment le trouble

REPORTAGE. Dans la commune de Corrèze, la mise au jour de l'exécution de quarante-sept soldats de la Wehrmacht et d'une jeune Française de la Gestapo fait craindre une relecture de l'Histoire.

Par notre envoyée spéciale en Corrèze, [Alice Pairo-Vasseur](#)



Edmond Réveil à son domicile, le samedi 3 juin 2023. © Patrick ALLARD/REA / Patrick ALLARD/REA POUR « LE POINT »

Publié le 11/06/2023 à 16h00

L Le silence aura duré près de 80 ans. Il y a quelques jours, l'ancien résistant Edmond Réveil, 98 ans, levait le voile sur **le plus lourd secret du mouvement de résistance intérieure des FTP (Francs-tireurs et partisans) de Meymac**, en Haute-Corrèze : **l'exécution sommaire, le 12 juin 1944, de quarante-sept soldats de la Wehrmacht et d'une jeune Française de la Gestapo**. Dans la commune de 2 500 habitants, haut lieu de la résistance française, le sujet demeure extrêmement sensible et l'on accueille diversement la mise au jour de cet épisode.

Nous sommes le 8 juin 1944. **Edmond Réveil**, alias « Papillon », a 18 ans. Entré dans le maquis en 1943 comme agent de liaison, **il prend part à l'attaque de l'école normale de filles de Tulle, où sont établis des Allemands. Cinquante-cinq soldats sont arrêtés**. Encadrés d'une trentaine de résistants, quarante-sept d'entre eux (certains, des Tchèques et des Polonais, ayant été confiés à l'unité de la main-d'œuvre immigrée, MOI) sont acheminés sur 70 kilomètres, à travers les bois et de ferme en ferme, jusqu'au lieu-dit « Le Vert », à Meymac. **« Aucun groupe de résistants ne pouvait les garder, nous-mêmes ne savions pas qu'en faire... »** relate au *Point* Edmond Réveil.

Très vite, les contraintes inhérentes à la captivité des soldats, retenus dans une étable du hameau, apparaissent : **« Il fallait les ravitailler, les surveiller, les accompagner pour aller faire pipi. Sans compter que les Allemands contrôlaient encore la zone, ils patrouillaient, faisaient des incursions... »** **Le 12 juin, ordre est donné d'exécuter les prisonniers**. Quand « Hannibal, le chef de la section, a compris qu'il fallait les tuer, il a pleuré comme un gamin, se rappelle l'ancien résistant. Ce n'est pas une mince affaire, une exécution... ».

Le chef de la section, alsacien germanophone, « les prend un à un, pour leur parler » et fait appel à des volontaires pour exécuter la sentence. « Nous avons été plusieurs à refuser, raconte Edmond Réveil. **La jeune Française, personne ne voulait la tuer, il y a eu un tirage au sort... Ils ont creusé leur propre tombe, il faisait très chaud, elle est morte en treizième.** »

L'histoire « des prisonniers allemands »

Commence alors une omerta de plusieurs décennies. « On n'en a plus jamais reparlé », confie le vieil homme, dont les propres enfants ignoraient jusqu'à ce chapitre de la résistance locale. « Cet épisode de l'Histoire a été traité comme un secret de famille », commente Philippe Brugère, maire de Meymac, selon qui seuls « un petit noyau d'anciens et quelques contemporains de ces résistants savaient ».

12 juin 2023 (Le Point)

[Absentéisme au travail : un salarié sur deux est concerné \(lepoint.fr\)](https://www.lepoint.fr)

Absentéisme au travail : un salarié sur deux est concerné

L'absence au poste de travail devient une véritable problématique sociale. En l'espace de 12 ans, elle a connu une hausse de 75 %.

Par Hugo Romani pour Le Point



De plus en plus de Français sont absents au travail. + 75 % en 11 ans. © Kitty BEYONDAS / MAXPPP / PHOTOPQR/JOURNAL SAONE ET LOIRE/

Publié le 12/06/2023 à 08h28

Le phénomène n'est pas nouveau, mais il commence à prendre une toute nouvelle ampleur, selon **BFM**. Chaque enquête sur le sujet confirme la précédente : l'absentéisme augmente à grands pas. Et 2022 n'a fait que confirmer la tendance, selon les chiffres 2023 publiés par le cabinet de performance **Ayming** et le service de protection sociale **AG2R la mondiale**.

Ainsi, en douze ans, le nombre de jours d'absence par salarié et par an a connu une hausse spectaculaire de 75 %. En 2011, un salarié était absent en moyenne quatorze jours par an. Aujourd'hui, les chiffres ont grimpé à 25 jours d'absence par an et par salarié. Même sur six ans, le bond est important avec 36 % d'augmentation.

Près de 7 % d'absentéisme

D'autres données offrent une lecture inquiétante du phénomène. **Le taux d'absentéisme atteint 6,70 % en 2022. Cela signifie 7 salariés absents sur une entreprise de 100 employés.** « Pour la population active française, qui compte environ 22 millions de salariés en CDI, cela représenterait en moyenne **plus de 1,5 million de collaborateurs absents toute l'année** », traduit l'étude.

La hausse est là aussi exponentielle sur une année à peine. En 2021, 37 % des travailleurs se sont déclarés absents au cours de l'année. En 2022, presque la moitié d'entre eux ont fait de même. Il convient toutefois de préciser que **la plupart de ces arrêts sont de courte durée**, selon l'étude. Si l'on observe les secteurs les plus touchés par l'absentéisme, on observe une proportion importante des métiers du tertiaire (7,62 %), de la santé (7,35 %) et des transports (6,46 %). À l'inverse l'industrie et le BTP semblent pour l'heure moins touchés avec un taux fixé à 5,43 %.

La santé au travail comme principal facteur

Cet absentéisme traduit-il un certain refus de travailler chez les Français ? Pas vraiment, selon Sabeiha Bouchakour, directrice Qualité de vie au travail et Prévention chez Diot-Siaci (société de courtage en assurance). « Alors que la question de l'absentéisme est souvent perçue ou traitée

sous le prisme du manque d'engagement des salariés, **les résultats de l'enquête montrent très clairement que c'est bien la santé au travail qui est la cause racine de l'écrasante majorité des absences** », détaille-t-elle.

Est-ce alors dû au Covid ? Le psychologue du travail Christophe N'Guyen n'en est pas convaincu, selon ses propos pour la chaîne BFM Business. « Il y a toujours cet héritage du Covid qui a modifié le rapport au travail mais ce n'est pas cela qui explique la majeure partie des absentéismes. Il y a un sentiment d'intensification de la charge de travail, de nouvelles exigences importantes au niveau des conditions de travail qui se dégradent également », raconte-t-il.

12 juin 2023 (Le Figaro)

[La percée de l'AfD atteint une cote d'alerte et affole la classe politique allemande \(lefigaro.fr\)](https://www.lefigaro.fr)

La percée de l'AfD atteint une cote d'alerte et affole la classe politique allemande

Par [Pierre Avril](#)

Publié hier à 16:56, mis à jour hier à 16:56



Alice Weidel et Tino Chrupalla, les co-dirigeants du parti d'extrême droite AfD, au Bundestag, à Berlin, le 25 mai. ANNEGRET HILSE/REUTERS

Malgré l'ostracisme politique et judiciaire qui le frappe, le parti d'extrême droite prospère sans que ses adversaires ne parviennent à le contrer.

Si les électeurs allemands devaient se rendre aux urnes dimanche prochain, ils seraient 18 % à voter pour le parti d'extrême droite Alternative für Deutschland (AfD), soit autant que pour le parti social-démocrate du chancelier Olaf Scholz.

Les sondages mirobolants recueillis depuis une semaine par cette formation pestiférée de la politique allemande ont désormais atteint la cote d'alerte, plongeant la République fédérale dans un lourd travail d'introspection. Avec une question lancinante: **comment un parti marginalisé dans les médias, dont les dirigeants sont à peine visibles dans l'espace public, et dont les idées sont unanimement rejetées par leurs adversaires, toutes tendances confondues, peut-il séduire autant d'Allemands?**

AfD est un parti xénophobe. Il est antisémite. Nous n'avons rien à faire avec ces gens-là
Friedrich Merz, patron des chrétiens-démocrates

Après un intermède de quelques années, durant lequel l'AfD s'est abîmée dans des querelles internes, se montrant incapable de rompre avec une partie de son héritage néonazi, et alors que son influence restait cantonnée aux Länder défavorisés de l'ex-RDA, cette interrogation refait surface. Elle s'étend jusque vers les régions plus prospères de l'Allemagne de l'Ouest. Lors d'un récent scrutin dans la région de Brême, où l'AfD a été empêchée de participer pour des raisons administratives, c'est un autre parti d'extrême droite baptisé «Citoyens en colère», qui a obtenu près de 10 % des voix.

La progression d'Alternative für Deutschland va de pair avec l'érosion des partis traditionnels, et en particulier des trois membres de la coalition (SPD, Grünen, FDP). Selon un sondage de l'ARD, 20 % seulement des Allemands se disent satisfaits du travail du gouvernement Scholz, soit 36 points de moins qu'en mars 2023. **Libéraux et écologistes se déchirent en permanence sur la question de la transition écologique.** Dans l'opposition, même la CDU profite relativement peu des déboires de leur adversaire. **L'AfD est le «parti de la mauvaise humeur», a résumé Olaf Scholz.** «Les électeurs

n'ont pas envie de rire car le gouvernement s'apparente à une troupe de théâtre amateur livrant chaque jour un triste spectacle de cabaret politique», a répliqué la coprésidente de l'AfD, Alice Weidel.

Dans un pays qui reste ébranlé par l'expérience du nazisme, **la règle du cordon sanitaire à l'égard d'Alternative für Deutschland fait l'objet d'un consensus politique.** *«En Europe, les coalitions droite-centre droit prennent le relais des alliances de la gauche avec l'extrême gauche. Les camps s'opposent aux camps. En Allemagne, les majorités se cherchent et se trouvent toujours au centre, tous camps confondus»,* se félicite l'éditorialiste de *Die Welt*, Robin Alexander. **Une exception allemande dont la longévité est désormais questionnée.**

La CDU reste fidèle au principe de la ligne rouge, même si en ex-RDA, certains de ses leaders sont tentés de faire les yeux doux à l'extrême droite. **«Ce parti est xénophobe. Il est antisémite. Nous n'avons rien à faire avec ces gens-là»,** a rappelé le chef des chrétiens-démocrates Friedrich Merz.

Pour sa part, le Bureau de protection de la Constitution traque systématiquement les dérapages du parti. Placée sous surveillance par les services de renseignements, sa branche radicale, Der Flagelle, peine à survivre loin des radars, même si son ancien chef, Björn Höcke, reste une figure de l'AfD. Le 5 juin, le parquet de Halle a porté plainte contre ce dernier pour avoir lancé lors d'un meeting, il y a deux ans, la formule interdite: **«Alles für Deutschland!»**

Malgré l'ostracisme politique et judiciaire qui le frappe, l'AfD prospère sans que ses adversaires ne parviennent à le contrer. La gauche accuse la CDU d'alimenter son fonds de commerce en surfant sur la crise migratoire et l'inflation, et en dénonçant l'écologie. De fait, les critiques des deux droites se concentrent sur le gouvernement, même si l'AfD prend davantage pour cible le ministre du Climat Robert Habeck. **«Les citoyens voient où mène la politique des Verts basée sur des valeurs. À savoir à la guerre économique, au renchérissement et à la désindustrialisation»,** a déclaré à Funke, son coprésident, Tino Chruppala.

Ce faisant, ce dernier délaisse relativement le sujet traditionnellement porteur de **l'immigration**, sur lequel il fait relativement et volontairement peu campagne. Dans un sondage à publier par l'Institut franco-allemand de Ludwigsburg, **ce dernier thème figure néanmoins parmi les principales préoccupations des Allemands, loin devant celles des Français.** Lors des dernières élections fédérales, les partis classiques avaient ignoré ce débat afin de ne pas réitérer l'épisode de 2015, lorsque la politique volontariste d'ouverture d'Angela Merkel avait provoqué un bond de l'AfD. **Aujourd'hui, le sujet s'impose à nouveau, et le parti se renforce, sans être obligé de pousser à la roue.**

11 juin 2023 (NZZ)

[Fortschritt: Das Versprechen der Moderne ist brüchig geworden \(nzz.ch\)](https://www.nzz.ch)

INTERVIEW

«Wir müssen neu definieren, was Fortschritt heisst», sagt Andreas Reckwitz: Warum das Versprechen der Moderne brüchig geworden ist und was es heisst, wenn Menschen für sich keine Zukunft mehr sehen

Krieg, Rezession, Banken-Crashes: Die Welt ist im Krisenmodus. Der Soziologe Andreas Reckwitz sieht hinter den Katastrophen der Gegenwart einen grossen Verlust: Die Fortschrittserwartung der Moderne ist nicht mehr glaubwürdig.

Thomas Ribl

11.06.2023, 05.30 Uhr



Viele Menschen glauben nicht mehr daran, dass es ihnen in Zukunft bessergehen könnte. Social Distancing in der Innenstadt von Gent im Frühling 2021. Dirk Waem / Imago

Herr Reckwitz, seit Corona scheint die Welt aus den Fugen zu sein. Hat die Pandemie die Welt verändert?

Ich bin da vorsichtig. Während der Pandemie war die Befürchtung verbreitet, nachher werde alles anders sein. In diese Vorstellung wurden aber auch viele Wünsche hineinprojiziert: Das Leben sollte langsamer werden, die Menschen solidarischer. Das war teilweise tatsächlich so, aber eben nur während der Pandemie. Im Rückblick sehen wir, dass die Krise die soziale oder politische Ordnung nicht grundsätzlich unterminiert hat.

Ist wieder alles so, wie es vorher war?

Ein Gefühl der Unsicherheit ist geblieben. Man hat erlebt, wie fragil die global vernetzte Gesellschaft ist, wie wenig es braucht, bis sie nicht mehr funktioniert. Aber man hat auch gemerkt, dass die Strukturen belastbar sind. Es ist nichts dauerhaft zusammengebrochen, man ist noch einmal davongekommen. Aber eine Garantie für Berechenbarkeit gibt es nicht.

Corona war ja nicht die erste Krise. Bevor sie begann, war die Klimakrise auf der Agenda. Dann kam der Krieg in der Ukraine, Naturkatastrophen, Wirtschaftskrisen, Banken-Crashes. Ist die Normalität für immer verschwunden?

Was heisst normal? Man kann diese Krisen und unseren Umgang mit ihnen erst begreifen, wenn man sie in Zusammenhang mit einer zentralen Eigenschaft der modernen westlichen Gesellschaft sieht: Sie beruht auf einer Fortschrittserwartung. Auf dem Versprechen, dass in der Zukunft alles besser wird, wirtschaftlich, politisch, gesellschaftlich. Und dass das, was man erreicht hat, erhalten bleibt. Im Rahmen dieses Fortschrittsglaubens werden Verluste als skandalös erlebt. Wer einen Verlust erfährt, betrauert einen Zustand,

der besser war. Solche Erfahrungen als Kehrseite des Fortschrittsversprechens gab es in der Moderne immer. Aber das Verhältnis von Fortschritt und Verlust variiert sich neu aus, auch unter dem Einfluss der Krisen. Die Fortschrittserwartung wird fragiler, und zugleich werden die Verlusterfahrungen deutlicher und lassen sich nicht mehr so leicht relativieren.

Wo zeigt sich das?

Der Klimawandel ist sicher zentral. In den letzten fünf Jahren hat sich die öffentliche Wahrnehmung völlig verändert. Das ist ein Krisenmoment für das Fortschrittskonzept: Wir gehen nicht mehr davon aus, dass sich die Lebensbedingungen verbessern, sondern davon, dass sie sich verschlechtern, selbst wenn man gegensteuert. Man stellt sich die Zukunft nicht mehr in Begriffen der Steigerung vor, sondern der «tipping points», der Punkte, wo es in die Katastrophe kippt.

Die Fortschrittserzählung hat einen Knick bekommen?

Das Versprechen der Moderne auf eine zwangsläufige Entwicklung zum Besseren verliert an Glaubwürdigkeit. Finanzkrisen, die russische Invasion in die Ukraine, der Brexit – all das zeigt, wie fragil die Ordnung ist.

Früher hat man Krisen als Dellen wahrgenommen, die den Fortschritt verzögern, aber nicht aufhalten: Daran glaubt man heute nicht mehr?

Interessanterweise passiert das nicht zum ersten Mal. In der von Krisen geprägten Zeit nach dem Ersten Weltkrieg hat die Idee des Fortschritts schon einmal stark an Glaubwürdigkeit verloren. Aber nach dem Zweiten Weltkrieg schien die Fortschrittserwartung eingelöst. In Frankreich sprach man von den Jahren von 1945 bis 1975 als von den «trente années glorieuses». Es war in allen westlichen Gesellschaften eine Zeit wachsenden Wohlstands, steigender Lebenserwartung und politischer Stabilität.

Ohne Brüche war diese Zeit auch nicht. Es gab die Kuba-Krise, Vietnam, 1968, die Energiekrise der siebziger Jahre.

Krisen gab es immer. Aber eben auch einen Steuerungs- und Machbarkeitsglauben. Auch in der 68er Generation. 1989, mit dem Fall der Berliner Mauer, dem Zusammenbruch des Kommunismus, hat das Fortschrittsdenken dann sogar einen neuen Schub erhalten. Freiheit, Marktwirtschaft und Demokratie setzten sich durch, Francis Fukuyama sprach vom «Ende der Geschichte». Der globale Modernisierungsprozess in Richtung Verwestlichung schien seinen Zielpunkt erreicht zu haben.

Es folgte ja tatsächlich eine Konsolidierung westlicher Werte.

Ja, und von daher schienen die späten siebziger und die achtziger Jahre mit ihrer Ökologiedebatte und ihrer «No future»-Kultur damals wie eine Unterbrechung. Von heute aus gesehen sind allerdings eher die neunziger Jahre das Intermezzo. Anfang der 2000er wurde das Fortschrittsnarrativ wieder fragil: 2001 mit dem Anschlag auf das World Trade Center und dann mit der Finanzkrise. Allerdings muss man sich klarmachen, dass die spätmodernen Verlustschübe sich schon seit längerem anbahnten: Die Stichworte sind da Deindustrialisierung, Modernisierungsverlierer.

Sie denken an die Verhältnisse in den USA und in Grossbritannien.



«Gleichbleiben ist im modernen Denken nicht vorgesehen»: Der deutsche Soziologe Andreas Reckwitz. PD

Und in Frankreich oder Teilen Deutschlands, vor allem im Osten. Da verschwindet die klassische Industriearbeiterschaft. Stattdessen gibt es eine Klasse von Dienstleistern, die oft im Niedriglohnssektor arbeiten. Diese Menschen machen massive Verlusterfahrungen, Statusverluste, Kontrollverluste. Und das hat

politische Folgen: die Wahl Donald Trumps, die Gilets jaunes in Frankreich. Diese Bewegungen sind stark von «Abgehängten» genährt oder von Personen mit Abstiegsängsten. Das ist keine kleine Minderheit. In Deutschland, das hat eine Studie der Universität Bonn gerade gezeigt, gehen heute 84 Prozent der Menschen davon aus, dass es künftigen Generationen schlechter gehen werde, als es uns heute geht.

Das sagt etwas darüber, wie die Menschen ihre Situation wahrnehmen. Aber ist es wirklich so?

Die Zukunft ist immer ungewiss. Aber Zukunftserwartungen, ob positiv oder negativ, sind gesellschaftlich wirkungsmächtig. Die politischen Bewegungen der Gegenwart sind zu grossen Teilen weniger von Fortschrittshoffnung, sondern mehr von Verlustangst getrieben. Natürlich sind die vergangenen fünfzig Jahre eine Erfolgsgeschichte. Aber das heisst eben auch, dass man viel verlieren kann.

Warum genügt es uns nicht, den Wohlstand zu erhalten?

Gleichbleiben ist im modernen Denken nicht vorgesehen. Das ist Stagnation und mithin negativ. Wir sind es gewohnt, in Steigerungen zu denken.

Auch unser Wirtschaftssystem ist ja auf Wachstum ausgerichtet.

Das ist ein wichtiger Punkt. Der Kapitalismus verlangt, dass wir an die Zukunft glauben. Was geschieht, wenn die Leute keine Zukunftserwartungen haben, sieht man am Beispiel der Credit Suisse: Die Leute ziehen ihre Bankeinlagen ab, und innert kurzer Zeit kommt das ganze System ins Rutschen.

Nicht nur die Menschen schauen ängstlich in die Zukunft, auch die Politik agiert im Krisenmodus.

Die Politik ist seit einigen Jahren in weiten Teilen nicht mehr vom klassischen Fortschrittsversprechen geleitet. Es geht weniger um die Gestaltung in eine offene Zukunft hinein als darum, das Schlimmste zu verhindern. Das war bei der Corona-Krise so, es ist in der Klimafrage und beim Ukraine-Krieg nicht anders. Das Ziel ist nicht, bessere Lebensbedingungen zu schaffen, sondern, die Resilienz zu stärken. In Deutschland auch durch die militärische Aufrüstung.

Gibt es keine Utopien mehr?

In den neuen sozialen Bewegungen im Ökologie- und Klimaumfeld gibt es sie durchaus. Interessanterweise sind es aber Utopien des Rückbaus, Stichwort Degrowth oder Kreislaufwirtschaft.

War es unser Fehler, dass wir Utopien als konkretes Ziel missverstanden haben? Dass wir glaubten, wir könnten den «ewigen Frieden» realisieren?

Es gibt in der Moderne tatsächlich einen geschichtsphilosophischen Glauben, der von einer Art Zwangsläufigkeit der Verbesserung ausgeht. Das kann auch die Vorstellung enthalten, dass man irgendwann eine Art Endpunkt erreicht, hinter den man nicht zurückfallen kann. Aber dieser Glaube unterschätzt die Kontingenz der Geschichte und die Zerbrechlichkeit von sozialen Ordnungen gerade in der hochvernetzten globalen Gegenwartsgesellschaft.

Müssen wir uns von der Idee des Fortschritts verabschieden?

Ich denke, als regulative Idee können wir das gar nicht, solange wir uns im Rahmen einer modernen Gesellschaft bewegen. Dieser Gesellschaftstyp basiert auf der Vorstellung von Gestaltbarkeit und Verbesserung – und sei es eine Verbesserung, die darin besteht, besser mit Risiken umgehen zu können.

Wir müssten den Begriff Fortschritt also neu definieren. Aber wie?

Es geht heute nicht mehr darum, eine Fortschrittsgesellschaft auf dem Reissbrett zu entwerfen, sondern darum, die «Moderne zu reparieren», um einen Begriff von Bruno Latour zu verwenden. Es wäre auf seine Weise ein Fortschritt, wenn man die Verluste der Vergangenheit wie die voraussichtlichen der Zukunft nicht verdrängt, sondern ein reflektiertes Verhältnis zu ihnen gewinnt.

Wie meinen Sie das?

Man kennt dies aus Prozessen persönlicher Trauer: Man kann versuchen, Verlusterfahrungen zu verdrängen, man kann sich auf sie fixieren und sich in ihnen verstricken. Man kann aber auch ein reflektiertes Verhältnis zu ihnen gewinnen. Das gilt auch für die Gesellschaft: Eine zukunftsfähige Gesellschaft würde sich dadurch auszeichnen, bewusst mit Verlusten umzugehen.

Und was soll Fortschritt dann konkret bedeuten?

Was Fortschritt heisst, war immer umstritten: mehr Freiheit, mehr Gleichheit, mehr Wohlstand? Das auszuhandeln, ist Sache der Politik. Und das geschieht ja auch. Zum Beispiel in der Diskussion darüber, dass der Verzicht auf Konsum nicht unbedingt ein Rückschritt ist, sondern ein Gewinn an Lebensqualität sein kann. Das ist sicher bedenkenswert, aber man darf die Dinge nicht schönreden. Konsumverzicht wird von vielen als Verlust wahrgenommen, und das muss man ernst nehmen. Dass ein bewusster Umgang mit Verlusterfahrungen selbst ein Fortschritt wäre, ist für manche ein irritierender Gedanke, aber er scheint mir zentral zu sein.

•

•

•

11 juin 2023 (FAZ)

[Rassismus-Forschung und ihre methodischen Probleme \(faz.net\)](#)

RASSISMUSFORSCHUNG:

Wie rassistisch ist die Gesellschaft?

VON GERALD WAGNER

-AKTUALISIERT AM 09.06.2023-15:08



Die Rassismusforschung steht vor der Aufgabe, gefühlten und faktischen Rassismus auseinanderzuhalten. Hat sie dafür das richtige Instrumentarium?

Sozialwissenschaftliche Forschung ist zunehmend an die Bearbeitung von gesellschaftlichen Problemlagen gekoppelt. Sei es Migration, die Digitalisierung, die Gleichstellung der Geschlechter oder der gesellschaftliche Zusammenhalt: **Um auf dem Markt der Forschungsförderung Erfolg zu haben, muss die Öffentlichkeit zunächst von der akuten Brisanz eines gesellschaftlichen Problems überzeugt werden. In einer Gesellschaft, in der sich die Krisendiagnosen häufen, ist das keine geringe Herausforderung.**

Die Politik muss sodann davon überzeugt werden, dass diese Forschung die probaten Gegenmittel finden wird, vorausgesetzt, ihre Finanzierung wird auf Jahre garantiert und von der Gründung **personalintensiver Organisationen begleitet**. Politisch abgesichert werden dafür speziell zugeschnittene Institute und Zentren als Ressortforschung errichtet und alsbald zu dauerhaften Netzwerken verknüpft, damit sich staatliche Zuwendungen verstetigen.

Noch vorhandener Skepsis gegenüber der tatsächlichen Brisanz des Problems **wird mit dem Argument begegnet, es verberge sich tief in den Institutionen oder Strukturen der Gesellschaft**. Droht schließlich eine Abschwächung der aktuellen Konjunktur, weil die öffentliche Aufmerksamkeit schon wieder von neuen Krisenphänomenen belagert wird, gilt es trotz jahrelanger Forschung zu beteuern, es seien immer noch Leerstellen offengeblieben. Außerdem brauchten die von der Politik beschlossenen Maßnahmen zur Bekämpfung des Problems selbstredend eine Begleitforschung, die den Maßnahmen Wirksamkeit attestiert, aber doch Korrekturen vorschlägt, die wiederum nach neuen Forschungsprojekten rufen.

Aktuell kann man dieses Muster an der Rassismusforschung verfolgen. Allein die Deutsche Forschungsgemeinschaft hat laut eigenen Angaben von 2015 bis 2019 insgesamt 581 Projekte mit Bezügen zur Rassismusforschung mit einem Gesamtvolumen von 238 Millionen Euro gefördert. Der jüngste Schritt zur Etablierung in der deutschen Forschungslandschaft ist das „Wissensnetzwerk Rassismusforschung“, das jetzt mit Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) am vom Bundesfamilienministerium geförderten „Deutschen Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung“ (DeZIM) gestartet ist. Das Netzwerk, zu dem vier Regionalnetzwerke der Universitäten Bielefeld und Mannheim, der Hochschule Magdeburg-Stendal sowie der Bucerus Law School in Hamburg gehören werden, **soll die bisher „verstreute und fragmentierte“ Forschung zu Rassismus in Deutschland stärken, vernetzen und sichtbarer machen, weil die Rassismusforschung in**

Deutschland „schwach institutionalisiert“ sei: Es gebe keine dezidiert rassistischbezogenen Forschungszentren und Lehrinrichtungen, keine Graduiertenkollegs, keine spezifischen Professuren und keine eigenen Rassismus-Studiengänge. **Der Auftrag des Wissensnetzwerkes lautet darum, Rassismus als „zentrale Frage“ in den Disziplinen zu verankern, die schon Rassismus erforschten, darunter Migrationsforschung, Antisemitismusforschung, Erziehungswissenschaften und Ethnologie.**

Ein allgegenwärtiges Phänomen?

Die empirischen Grundlagen dafür hat das DeZIM mit der Einrichtung des „Rassismusmonitors“ sowie des „Forschungsverbundes Diskriminierung und Rassismus“ schon gelegt. Mit der Auftaktstudie „Rassistische Realitäten“ hat das Institut die **mit rund fünftausend Teilnehmern bisher umfangreichste Befragung zum Ausmaß von Rassismus in Deutschland durchgeführt**. Als maßgebliche Quelle dient diese Studie auch dem „Lagebericht Rassismus in Deutschland“, der im Januar von Reem Alabali-Radovan vorgelegt wurde, der Beauftragten der Bundesregierung für Antirassismus.

Allein zur Vorbereitung des Rassismusmonitors, zu dem auch das „Wissensnetzwerk Rassismusforschung“ gehört, ließ das DeZIM 2020 insgesamt 34 Kurzstudien von mehr als 120 Forschern aus den sechs Standorten der DeZIM-Forschungsgemeinschaft durchführen. **Rassistische Realitäten, so das Ergebnis der Befragung, strukturierten den Alltag vieler Menschen in Deutschland.** Rassismus sei für eine große Mehrheit der Menschen hierzulande eine allgegenwärtige Erfahrung. Mehr als ein Fünftel der Gesamtbevölkerung gebe an, selbst schon einmal Rassismus erfahren zu haben. **Rassistische Wissensbestände und Vorstellungen seien in der Gesellschaft zum Teil tief verankert.** Dass Rassismus Realität ist, erkenne beinahe die gesamte Bevölkerung an. Vor allem betreffe er Angehörige potentiell von Rassismus betroffener Gruppen direkt, darüber hinaus aber auch einen Großteil der Bevölkerung indirekt. So gäben nur 35 Prozent an, sie hätten in ihrem Leben noch keinerlei Berührung mit Rassismus gehabt. **Fast jeder zweite betrachte Rassismus als ein Phänomen, das den Alltag und die Institutionen der deutschen Gesellschaft präge, und teile die Auffassung, dass wir in einer „rassistischen Gesellschaft“ lebten.**

Auch wenn sich der Bericht dieses Label selbst nicht zu eigen macht – **an der Evidenz des Phänomens lässt er kaum Einwände zu.** **Allerdings wurde den Befragten ganz am Anfang des Interviews, als der Begriff Rassismus noch gar nicht gefallen war, die Gelegenheit gegeben, ganz frei das ihrer Ansicht nach wichtigste politische Problem Deutschlands zu formulieren.** Rund 25 Prozent der Befragten nannten die Corona-Pandemie oder coronabezogene Probleme. Das war zum Erhebungszeitpunkt im Frühjahr 2021 nicht überraschend. Aber **nur ein knappes Prozent der Befragten erwähnte den Rassismus oder rassismusbezogene Probleme.** Erst später, als sich das Interview schon auf Rassismus konzentrierte, stimmten neunzig Prozent der Aussage zu, dass es in Deutschland Rassismus gebe.

Im Bericht wird also nicht erwähnt, dass die Befragten die Existenz von Rassismus nicht bestreiten, von seiner Brisanz allerdings nicht überzeugt sind. Im Sinne der Intention des Rassismusmonitors ist das aber gerade das eigentliche Problem – und **wird später unter den Stichwörtern „Abwehrverhalten und Bagatellisierung“ von Rassismus ausgeführt.** Dennoch muss man den Autoren zugutehalten, dass sie das zentrale Problem einer befragungsbasierten Erfassung der Realität eines Phänomens selbst nennen: Denn **nachdem sie ausführlich die „subjektiven und affektiven Berührungspunkte“ der Bevölkerung mit Rassismus dargelegt haben, räumen sie überraschenderweise ein, dass diese Ergebnisse „nicht als Aussage über dessen tatsächliches Ausmaß missverstanden werden dürfen“.** Weiß man also immer noch nicht, wie man den gefühlten Rassismus in der Gesellschaft vom tatsächlichen unterscheiden soll?

Verzicht auf Differenzierung

Die Ermittlung der „faktischen Relevanz“ von Rassismus zu ermitteln werde die Aufgabe „vieler zukünftiger“ Module des Monitors sein. Die potentiell betroffenen Gruppen seien dazu stärker in den Stichproben zu repräsentieren. Aber wie will man das machen, ohne dadurch den Anspruch auf

Repräsentativität in Bezug auf die Gesamtbevölkerung aufgeben zu müssen? **Dass es in der Rassismusforschung bisher keine verbindliche Definition und Abgrenzung von „institutionellem“ und „strukturellem“ Rassismus gibt, fällt weniger ins Gewicht als die Zusammenfassung aller Formen von Diskriminierung unter dem Oberbegriff Rassismus. Islamfeindlichkeit** etwa sei eine Form des kulturell begründeten Rassismus, der wiederum eine Religionszugehörigkeit ethnisiere. Kultur, Mentalität und Religion, heißt es im Rassismusmonitor, nähmen im „Neorassismus“ darum die gleiche Funktion ein wie der Begriff Rasse in den älteren Erscheinungsformen des Rassismus.

Der Gewinn dieser Subsumierung aller gesellschaftlichen Ausprägungen von Diskriminierung unter Rassismus ist evident: Die maximale moralische Verurteilung – oder gäbe es eine noch steigerbare Ächtung als ebenjene des Rassismusvorwurfs? Als Mittel zur Generierung öffentlicher Aufmerksamkeit und zur Mobilisierung von Gegenmaßnahmen mag das legitim sein, aber wissenschaftlich gesehen ist es ein Verzicht auf Differenzierung. Solche und andere ungeklärte Fragen zeigen, dass der Preis des Booms der Rassismusforschung **zahlreiche ungeklärte methodische Probleme** sind. Das neue Wissensnetzwerk sollte sich ihrer dringend annehmen.

11 juin 2023 (FAZ)

[17. Juni 1953: Der vergessene Aufstand \(faz.net\)](#)

17. JUNI 1953:

Der vergessene Aufstand

VON HUBERTUS KNABE

-AKTUALISIERT AM 11.06.2023-10:08



Volksaufstand in Sömmerda (Thüringen): Zahlreiche Passanten haben sich den Arbeitern des VEB Rheinmetall angeschlossen. Bild: Bundesarchiv/MfS-BV-Eft+AU+160-53-Bd-2

Am 17. Juni 1953 erhob sich ein Großteil der Ostdeutschen gegen die Diktatur der SED. Doch die Erinnerung an den Volksaufstand vor siebzig Jahren gerät zunehmend in Vergessenheit. Ein Gastbeitrag.

Sein Foto wurde weltbekannt. Als der Westberliner Sportfotograf Wolfgang Albrecht am 17. Juni 1953 den Auftrag erhielt, zum Potsdamer Platz zu fahren, da es dort Unruhen gebe, fand er den Platz wie leer gefegt vor sich. Nur zwei sowjetische Panzer fuhren mit heulendem Motor hin und her und wühlten mit ihren Ketten den Bürgersteig auf. Plötzlich rannten zwei junge Männer nach vorne, griffen nach den losen Pflastersteinen und schleuderten sie gegen das vordere Fahrzeug, das drohend sein Geschützrohr auf sie richtete. In diesem Moment drückte Albrecht auf den Auslöser.

Das Foto des ungleichen Kampfes steht wie kein anderes für den Volksaufstand 1953 in der **DDR**. Es wurde zur Bildikone der Zeitgeschichte. Dabei gibt es die damalige Erhebung im Osten Deutschlands bestenfalls unvollkommen wieder. Albrecht stand nämlich auf der westlichen Seite der Sektorengrenze, von wo aus auch die beiden Steinewerfer losgelaufen waren. Und statt Kolonnen selbstbewusster Arbeiter, die den Rücktritt der Regierung fordern, zeigt es einen Akt verzweifelter Aufbegehrens. In der Szene ist die Niederlage des Aufstands bereits angelegt.

Dabei war diese durchaus nicht von Anfang an ausgemacht. Die **SED** war von den Ereignissen völlig überrumpelt worden, ihr Sicherheitsapparat hatte auf ganzer Linie versagt. Auch die Funktionäre waren verunsichert, nachdem die SED-Spitze wenige Tage vorher einen „Neuen Kurs“ verkündet hatte, der die Politik des „planmäßigen Aufbaus des Sozialismus“ abrupt beendete. Selbst im Politbüro regte sich Kritik an der dogmatischen Politik von Parteichef Walter Ulbricht. Die sowjetische Führung hingegen war mit dem Kampf um die Nachfolge des im März verstorbenen Diktators Josef Stalin beschäftigt und debattierte über ein neues Angebot an die Westmächte zur Wiedervereinigung Deutschlands.

Protest gegen Willkürmaßnahme

In dieser Situation brachen in der DDR am 17. Juni 1953 Massenproteste aus. Anlass war eine Erhöhung der Arbeitsnormen um zehn Prozent. In Ostberlin waren tags zuvor Bauarbeiter zum Sitz von Ministerpräsident Otto Grotewohl marschiert, um gegen die Willkürmaßnahme zu protestieren. Tausende hatten sich ihnen unterwegs angeschlossen. Weil **Ulbricht** und Grotewohl sich weigerten, mit den Bauarbeitern zu sprechen, hatte ein Maurer spontan zum Generalstreik aufgerufen – mit unerwarteten Folgen: In Hunderten Ortschaften kam es gleichzeitig zu Streiks und Demonstrationen.

Mehr als eine Million Menschen gingen spontan auf die Straße, mindestens 600 Betriebe wurden bestreikt. In zahlreichen Städten, besonders im Süden und Osten der DDR, stürmten Demonstranten zudem die lokalen Machtzentralen. Innerhalb weniger Stunden wurden insgesamt 140 Partei- oder Verwaltungsobjekte besetzt und aus einem Dutzend Gefängnissen fast 1400 Häftlinge befreit. Hätte die sowjetische Führung nicht den Ausnahmezustand verhängt und den Aufstand mit 16 Divisionen ihrer in Deutschland stationierten Truppen niederschlagen lassen, die Herrschaft der SED wäre schon 1953 zu Ende gewesen.

In der Rückschau steht der 17. Juni für den wohl mutigsten Versuch in der deutschen Geschichte, unter den Bedingungen einer Diktatur freie Wahlen zu erzwingen. Denn anders als bei der Novemberrevolution 1918 oder der friedlichen Revolution im Herbst 1989 hatten die Herrschenden in den Monaten zuvor ausreichend deutlich gemacht, dass sie zu gnadenlosem Terror bereit waren. Ganz offiziell hatte die SED im Juli 1952 verkündet: „Es ist zu beachten, dass die Verschärfung des Klassenkampfes unvermeidlich ist und die Werktätigen den Widerstand der feindlichen Kräfte brechen müssen.“ Zehntausende waren seitdem wegen Nichtigkeiten zu langen Zuchthausstrafen verurteilt worden, rund 20.000 warteten noch auf ihren Prozess. Dass sich die Proteste trotzdem in diesem Umfang Bahn brachen, zeigt, dass die Bevölkerung reale Hoffnungen auf einen Regimewechsel hatte.



Dr. Hubertus Knabe war Direktor der Gedenkstätte Hohenschönhausen und arbeitet im Projekt „Nach der Diktatur“ der Universität Würzburg. Im April erschien sein Buch „17. Juni 1953. Ein deutscher Aufstand“. :Bild: dpa

Dass diese Ereignisse in der kollektiven Erinnerung kaum mehr präsent sind, hat vor allem damit zu tun, dass Geschichte in der Regel von ihrem Ende her betrachtet wird. Dabei verkürzen sich historische Prozesse auf ihr Ergebnis. Im Fall des 17. Juni geht dadurch die ungewöhnliche Kraft verloren, mit der ein Großteil der Ostdeutschen gegen das sozialistische Regime aufbegehrte.

Zudem standen bei der Betrachtung lange Zeit die Ereignisse in Berlin im Vordergrund, wo die Rote Armee schon am Vormittag aufgezogen war. Wie Zaungäste konnten westliche Journalisten und Fotografen dabei zusehen, wie Panzer und Infanterie die Menschen rund um den DDR-Regierungssitz verjagten. Doch in vielen anderen Orten griffen die Sowjets erst später ein, weil die Einheiten erst herangeschafft werden mussten. Der Aufstand entwickelte sich deshalb dort oftmals erheblich weiter als in Berlin.

Szenen der Befreiung

Verkürzt ist das Bild auch noch in anderer Beziehung. In fast allen Darstellungen sind die Ereignisse ein Aufstand ohne Gesicht. Wie auf dem Foto vom Potsdamer Platz waren es scheinbar namenlose

Menschen, die gegen das Regime der SED aufbegehrten. Obwohl die Archive der DDR seit mehr als drei Jahrzehnten offen stehen, hat sich an diesem Bild bis heute nur wenig geändert. Selbst Geschichtslehrer können meist keinen einzigen Aufständischen mit Namen nennen.

Fotos der Erhebung – oft vom Staatssicherheitsdienst beschlagnahmt, um Teilnehmer zu identifizieren – vermitteln dagegen einen deutlich anderen Eindruck als der Schnappschuss aus Berlin. Auf einem Bild aus Halle, das die Stasi aus Filmaufnahmen des Kameramanns Albert Ammer herauschnitt, sieht man einen Zug fröhlicher Menschen, die lachend in die Kamera winken, vorneweg der spätere Sprecher des Zentralen Streikkomitees, Herbert Gohlke, ein Blumenhändler und ehemaliger Landrat der Liberal-Demokratischen Partei. Auf einem anderen blockiert eine Menschenmenge einen Polizeilastwagen, während ein Demonstrant unter der Motorhaube gerade den Antrieb lahmlegt. Auf weiteren ist eine kahl geschorene Frau in Häftlingskleidung zu sehen, die soeben aus dem Gefängnis befreit wurde und ersichtlich ihr Glück kaum zu fassen weiß. Es sind Szenen der Befreiung – nicht der Unterdrückung.

Ähnliche Bilder gibt es auch aus anderen Orten. Auf Fotos aus [Bitterfeld](#) sieht man, wie sich eine Menschenmasse auf einem ausgedehnten Platz um einen Lastwagen drängt, auf dem der Streikführer Paul Othma gerade eine Rede hält. Aufnahmen aus Görlitz, Leipzig und Jena zeigen, wie Menschen in Arbeitskleidung mit freudigen Gesichtern durch die Innenstadt ziehen oder sich fordernd vor den Machtzentralen des SED-Staates versammeln. Auch Frauen sind zu sehen, manche in Arbeitskitteln, andere mit Einkaufstaschen und einige in modischen Sommerkleidern. Transparente sind auf keinem der Fotos erkennbar, denn niemand hatte geplant, an diesem Tag auf die Straße zu gehen.

Eine Bilderserie aus Magdeburg zeigt eine große Schar Demonstranten, die in den Hof des Polizeipräsidiums vorgedrungen ist. Während sich einige an den Fenstern des benachbarten Gefängnisses zu schaffen machen, schauen die anderen erwartungsvoll zu. Auf dem Balkon des Gebäudes steht eine Gruppe Aufständischer und spricht zu einer wartenden Menge, vielleicht über die erfolglosen Verhandlungen mit dem Chefinspektor der Polizei über die Freilassung der politischen Gefangenen. Keine 24 Stunden später wird der Initiator des Gesprächs, der 36 Jahre alte Herbert Stauch, Inhaber einer kleinen Teigwarenfabrik und CDU-Mitglied, von einem sowjetischen Militärtribunal zum Tode verurteilt und anschließend erschossen.

Wo waren die DDR-Einsatzkräfte?

DDR-Polizisten oder andere Einsatzkräfte sind auf nahezu keinem Foto zu sehen. Tatsächlich stand der Sicherheitsapparat der SED den Protesten am 17. Juni weitgehend hilflos gegenüber und zeigte massive Auflösungserscheinungen. Selbst als im Laufe des Tages sowjetische Truppen einrückten, führte dies den Bildern zufolge zunächst nicht zu einem Ende der Demonstrationen. Die Panzer, deren Luken offen stehen, werden eher erstaunt als erschrocken betrachtet, oft sind sie von Menschen umringt. Auf einem Bild aus Halle sieht man, wie ein Rotarmist gerade Anweisungen erteilt, was auf die Umstehenden jedoch wenig Eindruck zu machen scheint. In Rathenow lächeln zwei Frauen weiter in die Kamera, obwohl direkt neben ihnen sowjetische Militärfahrzeuge und Soldaten aufgezogen sind.

Der Eindruck, den die Bilder vermitteln, wird durch Zeitzeugenberichte und Dokumente bestätigt. In vielen Orten der DDR hatte die SED am 17. Juni die Macht für Stunden verloren. Die Ereignisse folgten dabei fast immer demselben Muster: In der ganzen DDR bildeten sich am Morgen in den Betrieben kleine Diskussionsgruppen, die über die Ereignisse debattierten, die sie zumeist aus den westlichen Radiosendern erfahren hatten. Oft führte dies zu einer Versammlung, auf der beschlossen wurde, ebenfalls in den Streik zu treten. Vielerorts zogen die Arbeiter danach in die Innenstadt, wo sich Passanten und andere Beschäftigte dem Protestzug anschlossen. Ob am Ende eine Kundgebung stattfand, hing meist davon ab, ob ein Lautsprecher beschafft werden konnte.

Zu Protesten kam es auch vor den Zentralen von SED, FDJ oder dem DDR-Gewerkschaftsbund. Meist rissen die Demonstranten die Propagandaparolen an den Fassaden ab und stürmten die Gebäude. Andere zogen vor Haftanstalten oder Stasi-Dienststellen, um die dort vermuteten politischen Gefangenen zu befreien. In mehreren Orten bildeten sich zudem Räte, die faktisch die Macht übernahmen.

Schon in der ersten Phase herrschte vielerorts eine revolutionäre Stimmung. Als sich etwa die 12.000 Beschäftigten der Farbenfabrik Wolfen auf dem Hof des Werksgeländes versammelten, versuchte der Bitterfelder Kreissekretär der SED, sie von einem Lautsprecherwagen aus zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen. Ein Streikender nahm ihm jedoch das Mikrofon weg, forderte den Rücktritt der Regierung und rief zu einer Demonstration auf. Als der Kreissekretär den Werksleiter aufforderte, das Wort zu ergreifen, lehnte der mit der Begründung ab, „er ließe sich nicht von der Masse schlagen“. In anderen Betrieben spielten sich ähnliche Szenen ab.

Nach kurzer Zeit setzte sich vielfach ein Protestzug von – je nach Größe des Betriebes – mehreren Hundert oder auch Tausend Menschen in Bewegung. In breiten Kolonnen marschierten die Arbeiter in die Innenstadt und machten dabei lautstark ihrem Unmut Luft. So berichtete ein SED-Genosse aus Leipzig, dass die Eutritzscher Straße schwarz vor Menschen sei, die „Nieder mit der Regierung“ und „Freie Wahlen“ forderten. „Die Bilder des Genossen Stalin und alle Losungen werden heruntergerissen.“ Berichte dieser Art sind auch aus vielen anderen Städten überliefert. Ein Zeitzeuge, damals ein Junge von neun Jahren, erinnerte sich an das Ende des überdimensionierten Stalin-Porträts am Stadtpark in Halle: „Unter tosendem Beifall krachte das Bildnis mitten auf den Platz, und Tausende Füße stampften darüber. Meine Mutter drückte mich fest an sich und Freudentränen rannen wie ein Wasserfall über ihre Wangen.“

Die Tyrannei hat ein Ende

Während sich die Demonstrationzüge in Berlin unkoordiniert durch das Zentrum bewegten, strömten die Arbeiter in den Mittel- und Kleinstädten meist zielstrebig auf den zentralen Platz des Ortes. Dort kam es oft zu emotionalen Szenen. „Ein ungeheuerlicher Jubel setzte ein“, erinnerte sich etwa Friedrich Schorn an den Moment, wie er mit rund 20.000 Kollegen aus den Leuna-Werken auf dem Nulandtplatz in Merseburg eintraf. „Fremde Menschen, jung und alt, fielen einander in die Arme, und viele weinten.“ Ein anderer Augenzeuge beschrieb die Atmosphäre so: „Eine euphorische Stimmung hatte alle ergriffen. [...] Es war wie ein Rausch, der die Menge erfasst hatte, in der sich Wildfremde umarmten, Frauen weinten und Parteigenossen sich verstohlen ihrer Abzeichen entledigten.“ Schorn, ein 39 Jahre alter Rechnungsprüfer, wurde von der Menge zum Vorsitzenden eines überbetrieblichen Streikkomitees bestimmt, das rund 120.000 Menschen repräsentierte.

Dort, wo es mithilfe gekapertter Lautsprecherwagen oder des beschlagnahmten Stadtfunks zu Kundgebungen kam, waren auch die Reden von großer Euphorie bestimmt. „Liebe Freunde“, begann Paul Othma seine Ansprache auf dem Marktplatz in Bitterfeld, „wenn ich heute eure strahlenden Gesichter sehe, dann möchte ich euch am liebsten umarmen und an mein Herz drücken. Der Tag der Befreiung ist da, die Regierung ist weg, die Tyrannei hat ein Ende.“ Auf dem Görlitzer Obermarkt, wo sich am Vormittag 30.000 bis 40.000 Menschen versammelt hatten, erklärte ein Redner unter stürmischem Beifall: „Wir wollen hier keine großen Debatten schwingen oder uns gegenseitig reizen, es hat ja keinen Zweck. [...] Und was geschehen ist, daran können wir nichts mehr ändern. Wir können nur noch heute weiter sehen, dass bei uns mal wieder ein Licht aufblüht, dass wir freie deutsche Bürger sind.“ Die Übertragung und den Mitschnitt der Reden hatte der Radiohändler Arthur Hellwig bewerkstelligt; er wurde dafür zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt.

Als Akt der Befreiung kann man auch die Besetzung Dutzender Partei- und Regierungsgebäude deuten. Hier fällt vor allem die Hilflosigkeit der Funktionäre ins Auge, nachdem die davor postierten Polizisten entwaffnet worden waren oder kapituliert hatten. Über die Lage in der Leipziger FDJ-Bezirksleitung berichtete zum Beispiel ein Genosse am Nachmittag: „Die FDJ'ler sind alle heraus. [...] Das Haus ist voller Menschen im Alter von 22 Jahren ab 16 Jahren. [...] Die Bilder von Stalin, Pieck, Ulbricht und Grotewohl wurden heruntergerissen. Ernst Thälmann ließ man hängen, da ‚er bleiben könne‘“. Auch anderswo wurden Propagandabilder und Büsten, Schreibmaschinen und Akten zerstört. Zuweilen kam es auch zu tätlichen Auseinandersetzungen. In Halle flüchtete sich die SED-Bezirksleitung in die obere Etage, der Vorsitzende des Rates des Bezirkes versteckte sich in einer Besenkammer.

Etwas anders war die Lage bei den Dienststellen der Polizei und der Stasi. Hier waren die Beschäftigten in der Regel bewaffnet, durften allerdings auf Geheiß der Sowjets anfangs nur Warnschüsse abgeben. Im Innern machte sich deshalb oft Panik breit, wenn Hunderte Demonstranten Einlass begehrten und irgendwann die Scheiben einschlugen oder die Türen aufbrachen. In Bitterfeld ließ der Leiter der Stasi-Kreisdienststelle vorsorglich geheime Dokumente verbrennen und setzte sich dann ab; in der Stadt wurden unterdessen die Namen von Spitzeln über Lautsprecher bekannt gegeben. In Jena warfen die Besetzer Akten und Karteikarten in die Saale, während ein Stasi-Mitarbeiter auf dem Marktplatz Fragen zu seiner Arbeit beantworten musste. Im sächsischen Niesky wurden der Leiter der Kreisdienststelle und drei seiner Mitarbeiter nach stundenlanger Belagerung in den Hundezwinger gesperrt.

In die Mistgrube gestoßen

Eine Befreiung im wahrsten Sinne des Wortes war schließlich die Erstürmung der Haftanstalten. Die großen Gefängnistore wurden dabei oftmals mit Baumstämmen eingedrückt. Leisteten die Wärter wie in Jena keinen Widerstand, verliefen die Ereignisse unblutig. In Bitterfeld und [Görlitz](#) sichtete man sogar gemeinsam die Akten, um zu entscheiden, wer aus politischen Gründen in Haft war und deshalb auf freien Fuß gesetzt werden sollte. In Halle und Magdeburg-Neustadt wurden bei der Eroberung gleich sämtliche Zellen geöffnet. Dagegen kamen in Leipzig und Magdeburg-Sudenburg bei Kämpfen sechs Menschen durch Schüsse ums Leben.

Nicht nur in vielen Städten, sondern auch in einer Reihe von Dörfern brach die Diktatur der SED am 17. Juni zusammen. So zogen erboste Bauern in Schafstädt im Kreis Merseburg zur Kolchose „Friedrich Engels“, rissen dort Schilder und Fahnen ab und verprügelten den Parteisekretär. In Milzau stießen sie den SED-Chef kurzerhand vom Fahrrad, als er ihnen die Verhängung des Ausnahmezustands mitteilen wollte. Der Bürgermeister, der unterschreiben musste, dass ein vertriebener Bauer seinen Hof zurückerhält, wurde in die Mistgrube gestoßen. In Zodel bei Görlitz wurden die örtlichen Funktionäre mit einer Flaggenschnur zusammengebunden und an der Spitze eines Demonstrationszuges durchs Dorf geführt. Im thüringischen Eckolstädt hatte der Aufruhr solche Ausmaße angenommen, dass die Sowjets das Dorf wochenlang mit Panzern umstellten.

In mehreren Orten übernahmen die Aufständischen am 17. Juni bereits die Macht. In Bitterfeld bezog das überbetriebliche Streikkomitee gegen Mittag den Sitzungsraum im Rathaus, einen früheren Stadtschulrat ernannte es zum neuen Stadtoberhaupt. Abordnungen nahmen die Kreisdienststelle der Stasi und das Volkspolizeikreisamt unter Kontrolle, um die dort lagernden Waffen vor unbefugtem Zugriff zu schützen. Sein politisches Programm legte das Komitee in ausführlichen Forderungskatalogen nieder, die der Grundschullehrer Wilhelm Fiebelkorn formuliert hatte.

Auch in Görlitz wurde das Rathaus besetzt. Der Oberbürgermeister – der auf der Kundgebung zuvor für abgesetzt erklärt worden war – musste das Stadtkomitee bevollmächtigen, die politischen Gefangenen freizulassen. Um Plünderungen zu verhindern, wurde eine unbewaffnete Bürgerwehr gebildet. In Halle schickte das Streikkomitee Abgesandte in den Rundfunksender und in eine Zeitungsdruckerei, um seine Forderungen zu verbreiten. In Merseburg ließ das Streikkomitee die Stadt- und Kreisverwaltung besetzen. „Merseburg“, so erinnerte sich dessen Vorsitzender später, „war um 14 Uhr in unserer Hand.“ Alle Dienststellen der Partei und der Polizei seien besetzt gewesen – bis auch dort sowjetisches Militär den Aufstand niederschlug.

Im Gegensatz zu der Entspannungspolitik

Das alles ist jetzt 70 Jahre her, von den hier erwähnten Anführern des Volksaufstands in der DDR ist niemand mehr am Leben. Auch im kollektiven Gedächtnis der Deutschen spielen die Ereignisse des 17. Juni nur noch eine geringe Rolle. Besonders Jüngere und Zugezogene wissen mit dem Datum in der Regel nichts mehr anzufangen. Das Jubiläum in diesem Jahr könnte das letzte sein, an dem der Erhebung umfassender gedacht wird.

Die Gründe für diese Entwicklung liegen auf verschiedenen Ebenen. In Ostdeutschland wurde der Aufstand als „faschistischer Putschversuch“ stigmatisiert, eine Lesart, die sich auch die meisten DDR-Intellektuellen zu eigen machten. Selbst der Dissident Robert Havemann vertrat in den 1970er-Jahren die Ansicht, dass die Unruhen „objektiv“ konterrevolutionäre Formen angenommen hätten. Auch die Bürgerrechtler der späten 1980er- Jahre wagten es nicht, die Aufständischen zu würdigen, nicht einmal privat suchten sie den Kontakt.

In Westdeutschland wurde zwar bereits 1953 beschlossen, den 17. Juni als „Tag der deutschen Einheit“ zum einzigen bundesgesetzlichen Feiertag zu erklären – übrigens auf Vorschlag der SPD. Doch für viele Bundesbürger hatte sich das Geschehen weit weg in einem anderen Staat abgespielt. Zudem stand die Erinnerung daran seit den 1970er-Jahren in wachsendem Gegensatz zu der Entspannungspolitik, die auf ein gutes Verhältnis zu den Machthabern in der DDR setzte. Die Grünen hielten die Erinnerung an den Aufstand gar für ein Relikt des Kalten Krieges und lehnten es nach ihrem Einzug in den Bundestag im Jahr 1983 ab, an den Gedenkstunden des Parlaments teilzunehmen.

Gravierende Auswirkungen hatte jedoch vor allem der Einigungsvertrag. Dort wurde 1990 festgelegt, den 17. Juni als Nationalfeiertag abzuschaffen und den 3. Oktober an dessen Stelle zu setzen. Eine ganze Generation ist seitdem herangewachsen, die sich niemals die Frage stellen musste, warum an diesem Tag Schulen und Geschäfte geschlossen sind. Mindestens ebenso relevant sind freilich auch die Versäumnisse von Politik, Schulen und Medien bei der Aufgabe, das historische Erbe zu pflegen. Das Beispiel der Geschwister Scholl zeigt, dass es sehr wohl möglich ist, ein weit zurückliegendes Ereignis auch ohne Feiertag im kollektiven Gedächtnis zu verankern.

Bestätigt wird dieser Befund von Umfragen im Jahr 2003: Als der Aufstand zu seinem 50. Jahrestag gewürdigt wurde, stieg der Anteil derer, die wussten, was am 17. Juni geschah, innerhalb weniger Wochen von 52 auf 68 Prozent, bei den unter 30-Jährigen sogar von 20 auf 50 Prozent.

Bei einer Veranstaltung über den 17. Juni meldete sich kürzlich eine junge Frau aus Thüringen zu Wort und sagte, sie höre zum ersten Mal davon, dass dieser Tag einmal ein Feiertag gewesen sei. Sie frage sich, warum der Berliner Senat nicht dieses Datum, sondern den 8. März als zusätzlichen Feiertag gewählt habe. Diese Frage könnte man auch dem Bundestag stellen, wenn er in der kommenden Woche über die Anträge der Fraktionen zum 70. Jahrestag des Volksaufstandes berät.

9 juin 2023 (The Economist)

[Costly climate rules are turning Germans away from the Greens \(economist.com\)](https://www.economist.com)

Green fades to brown

Costly climate rules are turning Germans away from the Greens

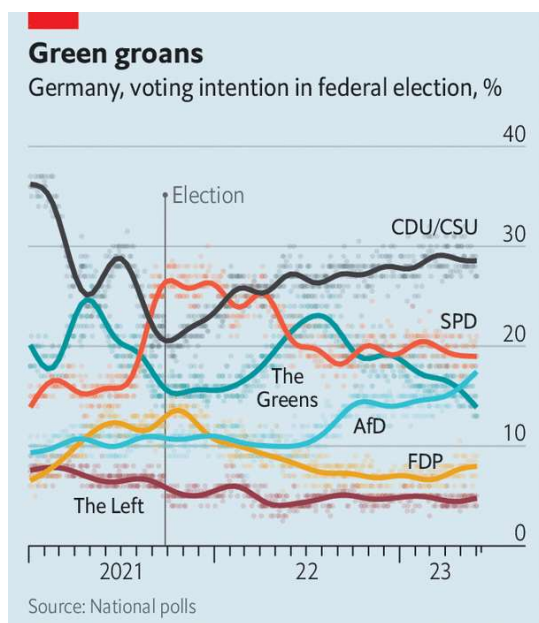
The enviros are now less popular than the far-right Alternative für Deutschland



Jun 8th 2023 | BERLIN

“Green is getting too Brown,” moaned the graffiti in Germany’s capital late last year. The scribblers were hard-line environmentalists. Their gripe was that the Greens, one of three parties in Germany’s ruling Ampel or “traffic light” coalition, were going soft. By agreeing to crank up coal power to replace lost imports of Russian gas, and to delay by six months the long-planned shutdown of Germany’s last three nuclear plants, the Greens had bent so far right they were shading into a colour that Germans link not just with grubbiness but with fascism.

Six months later much of the German public is also upset with the Greens, albeit for the opposite reason. Instead of the Greens doing too little for the environment, many now think they do too much. No one calls them fascists, but even their partners in government, the bigger Social Democrats (spd) and smaller, liberal Free Democrats (fdp), seem to find them too bossy. Sniping between Robert Habeck (pictured), the carefully touselled Green deputy chancellor in charge of the economy and environment, and Christian Lindner, the Porsche-driving liberal finance minister, looks increasingly like an inter-elite culture war between advocates for climate responsibility and for personal freedom.



The grumpy German public does not seem to like either camp. Polls show diminishing enthusiasm for the Greens, with the percentage of Germans saying they would vote for them falling in the past year from the low 20s to the mid-teens. But they also show that the shift has benefited neither the centre-left spd of chancellor Olaf Scholz nor the fdp, nor even the conservative Christian Democrats. Instead, since June support for the far-right Alternative für Deutschland (afd) has doubled, to 19%. The immigrant-bashing, Russia-friendly and climate-change-denying fringe party, which marked its 10th anniversary in February, now shares second place in the polls with the spd, which in May celebrated its 160th year.

Polling by Forsa, a research group, shows that more than a third of the afd's new backers used to vote for one of the Ampel trio. The far-right party's recent slogans suggest why. "Roll back mad climate laws!", declares a party poster. "Stop the *Heizhammer!*" screams its website, describing a bill, intended by Mr Habeck to accelerate adoption of energy-saving (but high-cost) heat pumps to replace household boilers, as a "heating hammer".

The proposed home-heating law, which would ban new gas and oil boilers and subsidise installation of heat pumps, has become less a hammer than a lead weight for the government. Opinion polls suggest that barely a fifth of voters favour the ban. But the problem is not just resistance to a measure that householders fear would saddle them with fat bills and bureaucratic bother. A big majority of Germans also thought that the Greens' insistence on closing nuclear plants in April was stupid at a time of high energy prices and vulnerable supplies. Most also dislike new eu rules that will end production of cars with combustion engines by 2035, though Germany has won some exceptions. And nearly everyone is fed up with radical climate activists who have held up traffic across Germany by gluing themselves to autobahns and junctions.

Such protests seem more effective at tainting the Greens by association than at raising climate awareness. They have also, indirectly, helped the afd: tellingly, two-thirds of its current supporters, according to a recent survey, say they would vote for the far-right group not because they share its views, but out of "disappointment with other parties". This does not, however, mean the afd is now considered a normal party like any other. In another poll, 57% of Germans said they cannot imagine ever voting for them.

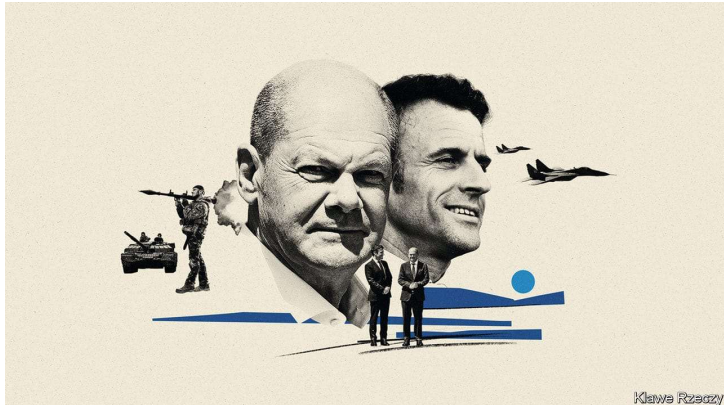
9 juin 2023 (The Economist)

[Russia's war on Ukraine is changing Europe \(economist.com\)](https://www.economist.com)

France and Germany

Russia's war on Ukraine is changing Europe

It is prompting a big shift in France and Germany



Jun 7th 2023 | PARIS

The contours of a new Europe are beginning to emerge, thanks to Russia's brutal war on Ukraine. On the eastern and northern fringe, Finland and Sweden are [joining nato](#). The European Union has granted Ukraine and Moldova "candidate status" for [membership](#) of the 27-country club. Deep shifts are also taking place at Europe's historic core. After a tricky spell, the leaders of France and Germany are trying to work out what all this means for their own countries, and their ability to overcome differences between them.

At least symbolically, a Franco-German reset is now under way. On June 6th Olaf Scholz hosted [Emmanuel Macron](#), France's president, in Potsdam, where the German chancellor lives. The pair strolled around the pretty town together, and dined for nearly three hours. It is part of an effort to put behind them a period of mutual irritation. Things reached a low point last autumn, when France cancelled a joint cabinet meeting. That has now taken place. And the Germans have invited Mr Macron for a full state visit in July, the first one laid on for a French president in 23 years.

Each country is facing a challenge to its underlying tenets. For Germany, the war has upended the foundations of its [post-war economic model](#), based on cheap Russian energy and exports to China. The country has weaned itself off Russian gas. For decades uneasy about the notion of muscular power, Germany has also become a generous military supplier to Ukraine. It is spending an extra €100bn (\$107bn) on rearming. It may [take time](#) for the *Zeitenwende* ("historic turning-point") to take effect; but Germany is changing.

For France, the shift is less visible, but no less profound. It is less about the country's economic model, which is not as export-dependent as Germany's. Nor, thanks to nuclear power, was it as reliant on Russian gas. Rather, France is rethinking European borders, alliances and security. Traditionally unenthusiastic about expanding the eu, France used to treat central and eastern European countries as juniors. In 2003 Jacques Chirac, then president, dismissed the support of aspiring eu member countries from eastern Europe for America's invasion of Iraq (which France opposed), declaring that they had "missed an opportunity to shut up". As recently as 2019 France vetoed opening eu membership talks with Albania and North Macedonia.

Russia's war has hastened a structural shift. One element is fresh French support for eu expansion. On a trip to Kyiv last June, Mr Macron backed Ukraine and Moldova for eu candidate status. France has lifted its veto on Albania's and North Macedonia's membership bids. On May 31st in a speech in Slovakia, Mr

Macron declared, to much surprise, that eu enlargement should take place “as fast as possible”. “The question for us is not whether we should enlarge,” he said, “but how we should do it.” In a nod to Chirac, Mr Macron confessed to the largely central and eastern European audience there: “We have sometimes missed an opportunity to listen.”

Such statements have helped reassure those who feared Mr Macron’s idea of a wider European Political Community was also a ploy to stall eu expansion. Designed to bring together 44 eu and neighbouring countries twice-yearly, this confab [met for the second time](#) on June 1st in Moldova—just 20km (13 miles) from the Ukrainian border. With Ukraine’s president, Volodymyr Zelensky, present, the summit was a show of unity for his war-battered country as well as a boost for the host, Moldova. France now sees eu borders extending farther to the east. Russian territorial revisionism, recently wrote Alexandre Adam, a former Europe adviser to Mr Macron, has made enlargement a “geopolitical necessity...there is no longer a stable grey zone possible between the Union and Russia.”

The second French shift concerns security. Mr Macron wants Europe to do more to defend itself and to rely less on America, especially ahead of elections there in 2024. Fellow Europeans still fear that such talk will undermine America’s commitment to European security. The continent’s new geopolitics, however, seem to be making France more hawkish. In Bratislava Mr Macron called for Ukraine to be given a “path to nato membership” at the alliance’s summit in Vilnius in July. This is quite a turnaround for a leader who in 2019 [told *The Economist*](#) that nato was undergoing “brain death”, and who remains uneasy about its playing any role outside Europe.

There are now serious conversations taking place in France about how to give Ukraine robust and credible security guarantees. On June 19th defence ministers will meet in Paris to discuss European air defences and “deep-strike” capability. Mr Macron has even offered to hold a dialogue on the French nuclear deterrent.

As Germany and France each work out how to shape and adapt to a new Europe, their discussions will be fraught with difficulties. One taciturn and cautious, the other grandiose and risk-taking, the two leaders struggle to read each other. The pair are now aligned on enlargement, but there are tough discussions going on over new rules for the eu’s internal workings, a prelude to further enlargement. Differences over nuclear energy, defence procurement and fiscal rules remain. Germany, like America, remains cautious about Ukraine and nato. It is exasperated by Mr Macron’s periodic outspokenness. France is frustrated by the confusion and slowness of Mr Scholz’s governing coalition.

Russia’s war on Ukraine has taught Europeans that their continent’s organisation, in any guise, is far broader than the link between Paris and Berlin. These days Germany spends less time than it did fretting about France. France is keener than before to reach out to other countries within the eu. Still, little gets done in the bloc unless France and Germany can agree. As a rule, they differ on most issues, but share the will to overcome those differences. Their ability to do so will be crucial to defining the shape of this new Europe.

9 juin 2023 (The Economist)

[Ukraine strikes back \(economist.com\)](https://www.economist.com)

Taking back what is theirs

Ukraine strikes back

The counter-offensive is getting under way. The next few weeks will be critical



Jun 8th 2023

Trailing ten days early with a blood-stirring video in which Ukrainian troops asked God to bless their “sacred revenge”, Ukraine’s counter-offensive is [under way](#). For weeks its armed forces have conducted probing and shaping operations along the 1,000km front line, looking for weaknesses and confusing the Russians. Now Ukraine is testing enemy defences with an intensity not seen for months, with attacks against the occupiers in a series of positions in the east and south. The apparent demolition of the [Kakhovka dam](#) on June 6th, if it was indeed Russian sabotage as Western military sources believe, would be clear evidence that they are already [feeling the pressure](#).

[More will come in the days ahead](#). The main force has yet to be sent into battle. The operation will last well into the summer. However, what happens in these next weeks will shape the future not just of Ukraine itself, but of the whole [security order in Europe](#). The point of decision has arrived.

The task for Ukraine, bluntly, is to show Vladimir Putin, his henchmen, his compatriots and the wider watching world that Russia cannot win; that this invasion has been misconceived from the outset; that Russia cannot outlast Ukraine and its Western backers; and that the Kremlin’s best option is to give up before Russia suffers yet more losses and humiliation.

That is no easy task, and the risk of failure is real. But thanks to Ukraine’s astonishing determination, and the strong and unexpectedly united backing of the West, success is possible. It requires, right now, the strongest diplomatic and military support, and the clearest commitment from the West that it will stand by Ukraine for many years to come. Mr Putin must no longer be able to lie to himself or his people about the foolishness of the direction he has chosen.

This is why this moment is so critical. The Russians are well dug in and reinforced after months of a mobilisation drive that has replenished the supply of cannon-fodder. Imagine the worst case: that Ukraine’s counter-offensive peters out, its troops spread too thin, or used too sparingly, to make an impact.

If that happens, it would be a damaging failure. Despite the Russian army’s woeful performance in the months-long fight to take the city of Bakhmut, it would nonetheless start to seem well matched against Ukraine’s. The voices urging Ukraine to stop fighting and start talking would grow louder, even though a ceasefire would leave Russia in possession of almost 20% of Ukraine and Russian promises of peace would be worthless.

This would be a win for Mr Putin—not the total victory he once dreamed of, but success in his backup objective, to cripple Ukraine if it cannot be returned to the Russian imperium. There would be recriminations within nato and the European Union. In America, as it heads towards a divisive presidential election, the pressure to cut back funds that Republican critics already claim are being wasted would grow. In Europe the backsliders would slide further.

But the fighting may also go differently. Imagine that the invaders break, their troops running back to Mother Russia in fear of encirclement, as they did from Kharkiv last September. That would be a grave setback for Mr Putin. He has lost more than 100,000 dead and wounded, expended tens of billions of dollars'-worth of military hardware, and shattered his economic relationships with Europe and America: and it would be all for nothing. He would struggle to survive the humiliation. Although Russia might suffer deep and dangerous instability, many in the West would be glad to see the back of him.

The most likely outcome lies in between. As the summer wears on, Ukraine is likely to push back the Russians in two main areas, gaining territory but not precipitating a full-scale collapse. The first, and the one where most of the new activity is so far going on, is in Donbas. One clear Ukrainian objective is to reverse Russian gains there. If Mr Putin starts losing even the territory he has held since his first incursion, in 2014, as well as what he has seized since last February, it will be apparent to him, his generals and the Russian people what a blunder he has made.

The other objective will surely be a push south. Ukraine will seek to break the “land bridge” that connects Russia to Crimea. If it can do that, everything changes. Crimea would become isolated, hard to resupply and protect. The collapse of the dam has already threatened its water supply. Large numbers of Russian troops might be cut off and captured. Ukraine would get back some of its coast on the Sea of Azov. Even if it cannot reach the coast, advancing far enough to put the east-west roads and railways that supply Crimea in range of its guns would be an important step.

Yet neither Ukraine nor Europe will be safe while Mr Putin believes he can launch another invasion later. So the West should understand its commitment must last for years. While Russia remains a threat, Ukraine will need enough weaponry to hold the line, wherever it settles.

What that means in practice needs to be agreed on now—as a further signal to Russia of the folly of dreaming that this war could one day turn out well. nato members are split on whether Ukraine should become a member, and in any case it cannot happen while the war still rages. So willing Western powers must immediately craft a set of security guarantees for Ukraine that will have credibility, unlike the empty words of the past.

Make Ukraine Putin-proof—and Trump-proof

Short of an explicit treaty that will be hard, but not impossible. America, for instance, has legal commitments that oblige it to provide Israel and Taiwan with the arms they need to defend themselves. The guarantees should cover weapons systems, ammunition, training and support to beef up Ukraine's own defence industries. The more countries that sign up to them, the more convincing they would become—and the harder they would be to overturn if a Ukraine-sceptic like Donald Trump were elected. After the fighting stops, Western “tripwire” forces could be stationed on Ukrainian soil.

Ukraine's fear, and Mr Putin's hope, is that the West will lose focus. Only a successful counter-offensive and credible security pledges can get Russians to realise that Mr Putin's war is futile—that he will never succeed, but can only fail, or fall.

9 juin 2023 (The Economist)

[The struggle to kill King Coal \(economist.com\)](https://www.economist.com)

Climate finance

The struggle to kill King Coal

Financial tools alone cannot stamp out the world's dirtiest fuel

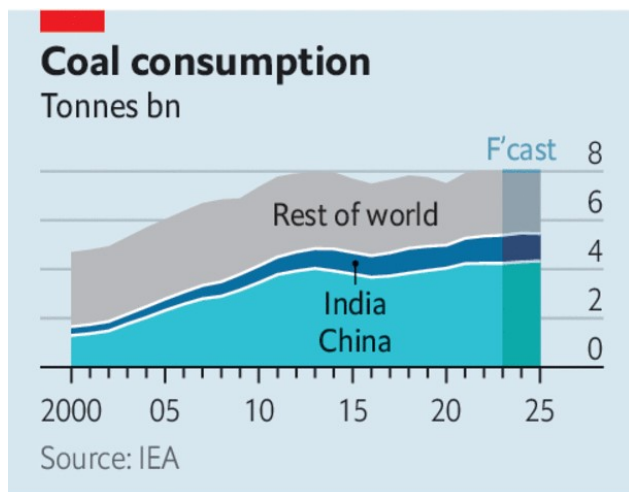


Jun 8th 2023

In november 2021, at a un summit in Glasgow, the world's leaders declared to much fanfare that they were consigning [coal to the ash heap of history](#). Governments promised to stop building coal-fired power plants, and financiers pledged to stop financing coal mines. Eighteen months on, however, the world's dirtiest fuel is [still smoking](#). Russia's invasion of Ukraine set off a scramble for fossil fuels, pushing coal consumption to record levels in 2022. Even though the energy shock has faded, global coal demand is still set to rise a little this year. If the increase in the world's temperature is [to be limited](#) to 1.5°C, coal production must fall by more than two-thirds over the course of this decade. Instead it is projected to fall by less than a fifth.

One reason for the hopeful prediction of 2021 was the spate of commitments made by the world's biggest banks and other lenders and investors. More than 200 mainly Western financiers have announced policies restricting investments in coal mining or coal-fired power plants. Lenders representing fully two-fifths of global banking assets have signed up to the Net-Zero Banking Alliance, which pledges to align portfolios with achieving net-zero emissions by 2050. The hope was that reducing the finance available for fossil fuels would help the world decarbonise by raising the cost of capital for projects, deterring investment and ultimately choking off supply. But the coal boom is exposing the flaws in this approach.

What is going wrong? For a start, the banks' promises come with small print. Many pledges do not come into force until later in the decade; others cover only new customers or new mines, or exclude miners deriving only a portion of their revenues from coal. As a result, 60 large banks helped channel \$13bn towards the world's largest coal producers last year.



The Economist

There are also limits to what a club of financial firms can achieve. Faced with criticism from Republican state lawmakers in America, who are threatening antitrust action against members of such clubs, many financial firms are becoming warier. Last month Allianz, axa and scor, three insurers, left the Net-Zero Insurance Alliance. Some had warned the club against toughening up its rules.

In any case, Western firms are not monopoly providers of finance. In the areas where they are lending less, such as for new mines, other providers of capital are rushing in. Banks in China and India, both big burners of coal, have no qualms about financing its extraction. Nor do those in producing countries such as Indonesia. Many are state-owned and happy to help secure energy supply. None has signed up to the Net-Zero alliance.

Another source of capital comes from private investors around the world. Some big oil and mining firms are disposing of their coal assets, but instead of being wound down these are being snapped up, and often expanded, by private funds. Britain's first deep coal mine to be dug in decades, which received approval last year, is ultimately owned by private-equity investors. From Miami to Chicago, investors are expanding their coal holdings. Teck, a Canadian miner seeking to spin off its business supplying coal for steelmaking, this week said that it had received lots of interest from potential buyers.

Stuck in the coal hole

All this points to a fundamental problem of relying on finance to limit fossil fuels: it does not target the demand for them. For as long as demand is high, people can make a profit from investing in coal—and someone, somewhere will seek to do so. No one can say whether coal production would have been higher still, had Western banks not made their pledges. But it is also possible that such promises, by engendering a false sense of security, have prevented companies and—more importantly—governments from taking further action to bring down coal consumption.

Just as the simplest way to discourage smoking is to make it harder and costlier to buy cigarettes, rather than cutting off finance for big tobacco, so too the most effective way to kill coal is to curb demand for it. Making greener sources of energy cheaper, and encouraging investment in nuclear energy, would blunt coal's appeal when the next energy shock hits. Properly pricing carbon, even if only in the West, would reduce global demand for fossil fuels; a carefully designed carbon border tariff, which taxed imports that use dirtier forms of energy, could encourage manufacturers around the world to clean up production.

Politicians have long looked for alternatives to such policies, which raise costs for consumers and so are likely to be unpopular. Some governments, outrageously, still subsidise the burning of coal. Instead, to kill King Coal, they must first make it more expensive. The time to start is now.

9 juin 2023 (Le Point)

[Dette : le mauvais signal de Standard & Poor's \(lepoint.fr\)](#)

Dette : le mauvais signal de Standard & Poor's

ÉDITO. Il faut espérer que S&P ne soit pas aussi myope à l'égard de la France qu'elle l'avait été lors de la crise des subprimes.

Par [Pierre-Antoine Delhommais](#)



L'agence Standard & Poor's a maintenu la note AA attribuée à la dette de la France. © DON EMMERT / AFP

Publié le 09/06/2023 à 06h45

« **L**e coup passa si près que le chapeau tomba. » Alors que les marchés financiers et les économistes s'attendaient à ce que l'agence Standard & Poor's abaisse à son tour, un mois après son homologue Fitch, la note attribuée à la dette de la France, elle a finalement décidé de maintenir celle-ci inchangée au niveau de AA. Une divine surprise pour Emmanuel Macron et le gouvernement, un immense soulagement à la hauteur de leur crainte immense que la gestion des finances publiques soit à nouveau officiellement et piteusement sanctionnée.

Bien conscient de l'avoir échappé belle, le ministre de l'Économie, Bruno Le Maire, n'a mis que quelques minutes pour réagir à cette annonce. Il s'était montré laconique pour commenter la décision de Fitch, il a célébré comme une victoire éclatante celle de S&P. « *C'est un signal positif. Notre stratégie en matière de finances publiques est claire. Elle est ambitieuse. Et elle est crédible.* » **Le député Renaissance et rapporteur général du budget, Jean-René Cazeneuve, s'est montré plus enthousiaste encore.** « *Cette note vient saluer la solidité de notre économie et les efforts de transformation que nous avons engagés.* »

Un goût savoureux pour Macron

On ose à peine imaginer les chants de triomphe que les macronistes auraient entonnés si S&P avait relevé, dans un complet moment d'égarement, la note de la France. On imagine, en revanche, très bien comment les dirigeants de la Nupes et du RN, passant outre leur haine de ces agences de notation américaines symbolisant toute l'horreur du capitalisme financier mondialisé, se seraient délectés d'une dégradation. Ils n'auraient pas manqué d'y voir une preuve supplémentaire du déclin de la France et de la nécessité de rompre d'urgence avec les politiques « *néolibérales* ».

La décision de S&P a un goût d'autant plus savoureux pour Emmanuel Macron que l'agence laisse clairement entendre dans son communiqué que sans la réforme des retraites visant à restaurer l'équilibre financier du régime, la note de la France aurait été abaissée. De quoi

conforter son image auto-entretenu de sérieux, de responsabilité et de courage, **seul face à la démagogie financière des oppositions, seul aussi face à l'hostilité et l'inconscience des Français.**

Une excellente « signature », **mais...**

À s'en tenir au strict critère de solvabilité financière, c'est-à-dire la capacité de la France à pouvoir rembourser prochainement ses dettes, nul doute que la décision de S&P se justifie. **La France reste une excellente « signature »**, comme disent les spécialistes, sur les marchés financiers, les investisseurs du monde entier continuent de raffoler des OAT et **le Trésor n'éprouvera aucune difficulté à emprunter cette année le montant vertigineux de 270 milliards d'euros.**

Elle paraît en revanche beaucoup moins fondée au regard de la dégradation récente et spectaculaire de nos comptes publics, de l'envolée de la dette au-dessus des 3 000 milliards d'euros, de la persistance et de l'ampleur du déficit budgétaire (5 % en 2023), mais aussi des niveaux records dans le monde de prélèvements obligatoires et de dépenses publiques. Sans parler des autres indicateurs alarmants que sont le déficit sans précédent du commerce extérieur, le recul inédit de la productivité ou encore l'inexorable chute du niveau scolaire. Sans parler, enfin, de la situation politique inextricable en l'absence de majorité à l'Assemblée et du poids des partis extrémistes opposés par principe à toute réforme structurelle. Difficile tout de même dans ces conditions de ne pas trouver **que S&P s'est montrée étonnamment indulgente et que la France est surnotée.**

« Tout va très bien, madame la marquise »

On peut surtout considérer que les économistes de l'agence se sont montrés bien naïfs en croyant sur parole le ministre de l'Économie quand il promet de remettre de l'ordre dans les finances publiques, de couper dans les dépenses, d'en finir avec la politique du « quoi qu'il en coûte » et la distribution effrénée de chèques. **Il faut juste espérer que S&P ne soit pas aussi myope à l'égard de la France qu'elle l'avait été en attribuant la note de triple A, la meilleure possible, aux produits hypothécaires titrisés à partir des crédits subprimes.**

Si elle est assurément une bonne nouvelle pour Emmanuel Macron, une aussi sans doute pour les ambitions personnelles – qu'on devine grandes – de Bruno Le Maire, la décision de S&P est loin d'être une pour le pays. **Elle envoie un très mauvais signal en laissant finalement entendre que « tout va très bien, madame la marquise », que la France peut continuer à dépenser sans compter et à s'endetter sans dommages, qu'il n'est nul besoin de réformes et encore moins de rigueur budgétaire. Elle ne peut qu'entretenir le déni collectif des réalités économiques et financières.**

9 juin 2023 (Le Point)

[Électricité : RTE anticipe un mur énergétique en 2030, et de grosses tensions \(lepoint.fr\)](https://www.lepoint.fr/electricite/rte-anticipe-un-mur-energetique-en-2030-et-de-grosses-tensions-2023-06-09)

Électricité : RTE anticipe un mur énergétique en 2030, et de grosses tensions

Les impératifs de décarbonation fixés pour 2030 imposent une électrification et des changements de comportement beaucoup plus rapides que prévu, alerte le Réseau de transport d'électricité.

Par [Géraldine Woessner](#)



Le Réseau de transport d'électricité (RTE) alerte sur l'indispensable accélération sans précédent du développement d'énergies éolienne et solaire et sur la nécessité d'une réduction massive des consommations globales d'énergie. © Vincent Isore / MAXPPP / IP3 PRESS/MAXPPP

Publié le 07/06/2023 à 14h50

Le scénario était hautement prévisible. Il n'en a pas moins pris de court les autorités, engagées dans une formidable course contre la montre pour atteindre, à l'horizon 2030, à la fois les ambitieux objectifs de décarbonation fixés par Bruxelles (nos émissions devront avoir baissé de 55 % par rapport à 1990) et les promesses de réindustrialisation du gouvernement.

Présentées ce mercredi 7 juin à la presse, les nouvelles prévisions de consommation et de production d'électricité dans l'Hexagone en 2035, élaborées par le Réseau de transport d'électricité (RTE) pour tenir compte des nouvelles ambitions, sont encore très parcellaires, mais elles donnent une idée assez nette de l'ampleur du mur énergétique qu'il faudra franchir, et des difficultés sociales qu'il faudra surmonter pour faire accepter à la fois une accélération sans précédent du développement d'énergies éolienne et solaire indispensables, demain, pour « boucler le mix » et une réduction massive des consommations globales d'énergie.

« Nous aurons peu de marges de manœuvre », avertit le président de RTE, Xavier Piechaczyk. « La sobriété n'est plus une option, c'est une partie intégrante de la solution. Les débats qui opposent consommation et sobriété sont dépassés. » Les Français en ont-ils bien conscience et y sont-ils préparés ?

Besoins d'électricité en forte hausse

Pour le savoir, RTE a commandé à l'institut Ipsos une enquête comportementale fouillée, réalisée en deux vagues en 2022 et 2023 auprès d'un vaste panel de 11 000 à 13 000 Français, dont les résultats viennent d'être présentés, en même temps que l'embryon des nouveaux scénarios que RTE s'attelle à

achever en urgence – ses prévisions à long terme présentées en 2021, avant la crise ukrainienne et le tournant pronucléaire d'Emmanuel Macron, étant devenues obsolètes.

Et le moins que l'on puisse dire est que le mur est élevé. « Pas insurmontable » mais élevé, se rassurent les experts – qui n'ont toutefois pas encore achevé leurs travaux, attendus en septembre, et **cherchent encore la manière dont la France bouclera son mix énergétique les prochains hivers, quand l'électrification massive des usines, du parc roulant et des logements sera lancée.**

En attendant des prévisions plus solides attendues à la rentrée, Xavier Piechaczyk a posé les enjeux du débat : adopté en 2022, le plan européen Fit for 55 impose de réduire les émissions de gaz à effet de serre de 55 % d'ici à 2030 par rapport à 1990, contre - 40 % précédemment fixés. En parallèle, le gouvernement ambitionne de relocaliser une partie de la production industrielle – **il faudra donc, demain, brancher data centers, fours à arc électrique et gigafactories.**

En parallèle, comme les experts le disent depuis plusieurs années (ils viennent donc d'être entendus), **le potentiel de biomasse disponible a été surestimé.** « **Tout cela suppose une consommation plus importante d'électricité en 2030** », prévient Xavier Piechaczyk. **Pour être précis, RTE évalue aujourd'hui cette consommation d'électricité « entre 580 à 640 TWh en 2035 » – alors que, en 2017, le même Xavier Piechaczyk annonçait dans son bilan prévisionnel une consommation électrique d'environ 440 TWh à la même échéance.** « **Le mur énergétique sur lequel nous n'avons cessé d'alerter est bien là, et c'est enfin reconnu** », s'agace le député Antoine Armand, qui avait présidé la commission d'enquête sur « les raisons de la perte de souveraineté énergétique de la France ».

Rien n'est prêt

Comment produire ces 640 TWh ? Faute d'anticipation, rien n'est prêt. Le nouveau nucléaire, envisagé par le gouvernement, ne sera pas disponible avant 2035. La production hydraulique ne peut être augmentée qu'à la marge, pour des raisons physiques autant que sociétales (**personne n'envisage de construire de nouveaux grands barrages**). Les 50 nouveaux parcs d'éoliennes en mer promis par Emmanuel Macron, « même s'ils étaient commandés aujourd'hui », ne pourraient entamer de production avant au mieux 2030... **Restent le nucléaire existant, avec l'espoir de voir la centrale de Flamanville enfin démarrer, l'éolien terrestre et le photovoltaïque.** Xavier Piechaczyk prévient : « Il faudra atteindre a minima 250 TWh de production renouvelable en 2035, contre 120 TWh aujourd'hui », c'est-à-dire (sans l'hydraulique) **tripler la production solaire et éolienne. Un formidable défi...**

Cela suffira-t-il ? Impossible à dire pour l'heure, concèdent les experts de RTE, qui n'ont pas encore calculé la puissance pilotable installée nécessaire pour passer la pointe les soirs d'hiver en 2030, quand les usines, le chauffage des logements et le parc roulant auront été électrifiés... Mais ils sonnent l'alerte, anticipant de vifs débats sociétaux : « **Quatre leviers seront nécessaires pour garantir l'équilibre : l'efficacité énergétique, la sobriété, la maximisation de la production nucléaire et l'accélération des renouvelables.** » Et aucun ne pourra être laissé de côté. « La sobriété n'est plus une option, et elle constitue un défi sociétal d'ampleur qui va concerner tous les Français au cours de la prochaine décennie », prévient Xavier Piechaczyk.

Le défi de la sobriété

Sur ce sujet sensible, la vaste enquête réalisée par l'institut Ipsos montre que les Français, s'ils ont une conscience aiguë des enjeux climatiques, n'y sont pas vraiment préparés. « Nous ne partons pas de rien », a tenu à rassurer le directeur général délégué d'Ipsos, Brice Teinturier, soulignant la baisse

de consommation de 9 % observée l'hiver dernier. Mais, si les Français ont « une vision très positive de la sobriété », insiste le sondeur, il n'est pas certain qu'ils comprennent réellement ce qu'elle implique au vu des réponses qu'ils apportent à des questions précises.

En clair : les sondés se disent majoritairement enthousiastes à l'idée de faire plus d'efforts en réduisant l'éclairage, en éteignant leurs appareils la nuit, en réduisant leur chauffage... Mais seuls 10 % d'entre eux remplaceraient leur voiture thermique par un véhicule électrique si elle tombait en panne, 75 % refuseraient d'échanger leur grosse voiture pour un modèle compact, 87 % s'opposent à la remplacer par un vélo électrique. La rénovation thermique de leur logement est envisageable, mais 94 % pointent des freins économiques.

Quant à réduire la superficie de leur logement, c'est un « non » ferme pour 70 % des sondés. « Les Français sont conscients des enjeux, mais ils ne voient pas de solution opérationnelle ou d'alternative », résume Brice Teinturier. Ce sera pour le gouvernement le premier grand défi : parvenir à rendre désirables des bouleversements sociétaux jugés indispensables.

Le second, non moins pressant, sera de restaurer l'image d'énergies renouvelables que les Français rejettent, et qui seront indispensables : si les panneaux solaires ont une très bonne réputation (seuls 16 % des Français en ont une opinion négative), **ce n'est pas le cas des éoliennes terrestres, rejetées par 34 % des Français**. Or elles seront incontournables, à très courte échéance.

8 juin 2023 (Le Monde)

https://www.lemonde.fr/idees/article/2023/06/08/retraites-le-souffle-court-de-l-ultime-bronca_6176717_3232.html

Retraites : le souffle court de l'ultime bronca

Éditorial

L'usage de l'article 49.3 de la Constitution pour la réforme des retraites, puis de l'article 40 pour écarter la mesure visant à l'abroger ont nourri la contestation de la Ve République. Mais, si les institutions méritent d'être revisitées, la voie choisie par les oppositions semblent aujourd'hui être une impasse.

Publié aujourd'hui à 12h00

Ceux qui s'intéressent encore au fonctionnement de la vie parlementaire ont l'occasion depuis des mois de revisiter, l'un après l'autre, les articles de la Constitution qui ont abouti à [bétonner le parlementarisme rationalisé](#). Oui, mais voilà, la réforme des retraites a été promulguée à la mi-avril et la guerre de procédure entretenue depuis par ses opposants ne fait guère recette.

[On comptait peu de manifestants, mardi 6 juin](#), pour soutenir la contestation démocratique qui continue de se jouer au Palais-Bourbon comme à guichets fermés, parce que tout y apparaît très technique et finalement assez vain : après la polémique suscitée par le déclenchement de l'article 49.3 pour faire adopter l'allongement de l'âge de départ à la retraite à 64 ans, c'est [le recours à l'article 40](#) qui a provoqué, mardi 6 juin, l'indignation des oppositions, aussitôt suivie par la menace du dépôt d'une nouvelle motion de censure qui a toutes les chances de ne pas être adoptée, faute de majorité absolue pour la voter.

Cette fois, ce n'est pas le gouvernement mais la présidente de l'Assemblée nationale qui s'est retrouvée dans la tourmente. Yaël Braun-Pivet s'était fait élire il y a un an sur la promesse de revaloriser les droits du Parlement. Elle a été accusée de trahir ses engagements en brandissant l'article 40 de la Constitution, qui proscrie toute initiative parlementaire aboutissant à diminuer les ressources publiques.

L'objet à abattre avait pris la forme d'une proposition de loi déposée, au lendemain de la promulgation de la réforme des retraites, par les députés du groupe Libertés, indépendants, outre-mer et territoires pour tenter de l'abolir et de revenir aux 62 ans. Soutenu par la Nupes, le RN et certains députés LR, le texte avait été jugé recevable par le bureau de l'Assemblée nationale au nom d'une tolérance accordée aux propositions de loi. Il avait cependant subi un important revers la semaine dernière avec le rejet en commission des affaires sociales de sa principale disposition.

Course à la radicalité

Avant même d'être menée, l'ultime bronca des oppositions apparaissait vouée à l'échec. Il faut donc s'interroger sur les raisons qui les ont conduites malgré tout à l'engager. Le sentiment d'un passage en force à propos d'une réforme considérée comme injuste et majoritairement rejetée par l'opinion publique a incontestablement aggravé la contestation du fonctionnement de la V^e République.

Le malaise n'est pas nouveau, il faut le prendre au sérieux. Les deux Assemblées parlementaires sont actuellement parties prenantes d'une réflexion sur l'évolution des institutions. Elles doivent disposer d'une vraie marge de manœuvre pour trouver les moyens de renforcer les droits du Parlement.

Mais la course à la radicalité qui s'est engagée depuis un an mérite aussi d'être questionnée, au regard des faibles résultats obtenus. Les mêmes qui reprochent aujourd'hui au gouvernement d'avoir éludé le vote sur la réforme des retraites ont tout fait pour empêcher que ce vote ait lieu au début de la discussion parlementaire. La stratégie de Jean-Luc Mélenchon, qui a alors tenté de prendre la tête des oppositions, était de conjuguer la bataille parlementaire et le combat dans la rue pour faire vaciller le régime. A l'évidence, le but n'est pas atteint : la réforme est passée et le Parlement n'a pas redoré son blason. Une réflexion s'impose.

8 juin 2023 (FAZ)

[Russland trägt die Verantwortung für die Staudamm-Katastrophe \(nzz.ch\)](#)

KOMMENTAR

Russland trägt die Verantwortung für diese Katastrophe

Verschiedene Indizien deuten darauf hin, dass Russland den Kachowka-Damm nicht gesprengt hat, aber die Katastrophe mit krimineller Fahrlässigkeit heraufbeschwor. Nun sind die Lehren für weitere Gefahrenherde zu ziehen.

Andreas Rüesch

08.06.2023, 05.30 Uhr



Mit Schlauchbooten werden Einwohner der überschwemmten Stadt Cherson gerettet.

Muhammed Enes Yildirim / Anadolu / Getty

Mit der Zerstörung des Kachowka-Staudamms hat die ukrainische Tragödie ein neues Ausmass erreicht. Die dadurch ausgelöste Katastrophe fügt mehr Menschen Schaden zu und verwüstet grössere Landstriche als jeder bisherige kriegerische Akt seit der russischen Invasion vom Februar 2022.

Nicht nur versinken nun die Wohnstätten von mehreren zehntausend Menschen in den Fluten, auch der langfristige wirtschaftliche Schaden ist gigantisch. Das Kachowka-Wasserkraftwerk war eine der bedeutendsten industriellen Bauten der Ukraine – es lieferte nicht nur Strom, sondern ermöglichte auch die Bewässerung von einer halben Million Hektaren Landwirtschaftsland, die nun zu veröden drohen.

Die Ukrainer hatten weder ein Interesse noch die Mittel

Umso wichtiger ist es, die Verantwortung für diese Ungeheuerlichkeit zu klären. Ohne jeden Beweis behauptet das Kreml-Regime, die Ukrainer hätten die Staumauer zerstört. Doch eine plausible Erklärung dafür, wie das hätte geschehen können, bleibt Moskau schuldig. Weder wurde in der betreffenden Nacht Artilleriebeschuss registriert, noch hätte sich auf diese Weise das Bauwerk so leicht zerstören lassen. Die russische Darstellung ist völlig absurd.

Irritierend wirkt jedoch auch, wie westliche Regierungsvertreter und Experten vorschnell auf eine Sprengung durch Russland schliessen und von einem «Akt des Terrorismus» sprechen. Die vorliegenden Indizien lassen eine solche Folgerung nicht zu. Gewiss, die russische Armee verfügt über genügend Skrupellosigkeit und besass die Mittel, um ein solches Kriegsverbrechen zu begehen. Sie hatte bereits im November bei ihrem Abzug vom Westufer des Dnipro die Strassen- und Eisenbahnverbindung über den Damm gesprengt und wohl auch das übrige Gelände vermint. Das Kraftwerksgebäude und die jetzige Bruchstelle befanden sich unter russischer Kontrolle.

Trotzdem ist anstelle einer gezielten Sprengung ein anderer Hergang wahrscheinlicher: ein Kollaps im Schleusenbereich unter dem Druck eines rekordhohen Wasserstandes und infolge einer systematischen Vernachlässigung durch die Kraftwerksbetreiber.

Zunächst ist die Motivlage zu klären: Die Behauptungen, die Russen oder auch die Ukrainer hätten ein militärisches Interesse an der Zerstörung gehabt, überzeugen nicht. Seit mehr als einem halben Jahr ist die sogenannte Cherson-Front nur noch ein Nebenschauplatz. Der Dnipro erwies sich als zu grosses Hindernis für die Ukrainer, um mit grösseren Verbänden nach Süden vorzudringen. In den Spekulationen über eine ukrainische Gegenoffensive spielte diese Region stets eine untergeordnete Rolle. Es gab für Russland somit keinen Anlass, den Unterlauf des Dnipro zu fluten.

Es wäre auch ein paradoxes Vorgehen gewesen, da die Überschwemmungsgebiete hauptsächlich auf russisch kontrolliertem Boden liegen und sich Abwehrstellungen mit kilometerlangen Schützengräben nun in nutzloses Sumpfland verwandeln. Umgekehrt wird diese Katastrophenzone auch für die Ukrainer unpassierbar für mechanisierte Vorstösse.

Keine gewaltige Detonation, dafür ein rekordhoher Pegelstand

Für die These eines unbeabsichtigten Dammbbruchs spricht ferner eine ganze Reihe von Indizien: Riesige Mengen Sprengstoff wären für eine Zerstörung nötig gewesen, aber weder sind Bilder einer Explosion aufgetaucht, noch gab es einen ohrenbetäubenden Knall, wie er bei einer solchen Detonation zu erwarten wäre. Anwohner berichteten über nächtlichen Lärm, aber ihre Beschreibungen passen eher zum Donnern der entfesselten Wassermassen.

Aus Satellitenbildern geht hervor, dass schon einige Tage vor dem Unglück bei der späteren Bruchstelle ein Stück der Strasse über den Damm verschwand. Wahrscheinlich wurde es vom Wasser des Stausees fortgespült, das seit Ende Mai über den Damm zu schwappen begann. Eine strukturelle Schädigung der Anlage infolge eines gefährlich hohen Pegelstandes erscheint damit als plausible Erklärung.

Doch ein unbeabsichtigter Dammbbruch ist nicht dasselbe wie eine Naturkatastrophe. Russland wird in diesem Szenario nicht von seiner Verantwortung entbunden. Selbst wenn die Besatzer das Bauwerk nicht sprengten, so haben sie mit ihrem Verhalten ein inakzeptables Risiko heraufbeschworen. Aus ungeklärten Gründen unterliessen sie es, mit dem Öffnen zusätzlicher Schleusentore den Wasserstand im Stausee auf ein normales Niveau zu bringen.

Internationaler Schutz nötig

Eine genaue forensische Untersuchung anhand der vorliegenden Indizien wäre nötig, aber das Putin-Regime wird dazu sicherlich keine Hand bieten. Eine kurzfristige Lehre muss jedoch lauten, trotz Krieg auf die Einhaltung minimaler Sicherheitsstandards in solchen Industrieanlagen zu pochen. Vergeblich hatte die ukrainische Regierung schon im letzten Herbst um eine internationale Überwachung des Kachowka-Damms gebeten. Hätte die Staatenwelt dies mit Nachdruck eingefordert, hätte sich die jetzige Katastrophe vielleicht verhindern lassen.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die alte Forderung nach der Schaffung einer entmilitarisierten, international kontrollierten Zone um das Atomkraftwerk Saporischja mit neuer Dringlichkeit. Denn

das Spiel mit dem Feuer, das Russland dort betreibt, indem es Sicherheitsregeln missachtet und Kriegsgerät auf dem AKW-Gelände stationiert, kann früher oder später ein noch viel grösseres Unglück auslösen.

8 juin 2023 (FAZ)

[Warum Papiergeld einen Wert hat \(faz.net\)](https://www.faz.net)

DER WERT VON PAPIERGELD:

Mehr Sein als Schein

VON ALEXANDER KRIWOLUZKY

-AKTUALISIERT AM 07.06.2023-21:52



In der Druckerei werden bedruckte Papierbögen während der Produktion neuer 200-Euro-Banknoten sortiert. Bild: Esma Cakir/dpa Warum hat Papiergeld eigentlich einen Wert? Und warum manchmal auch keinen? Ein Gastbeitrag.

Wozu ist Papiergeld eigentlich gut? Vor 100 Jahren während der Hyperinflation hätten manche Antworten folgendermaßen lauten können: „Vielleicht zum Heizen oder für die Kinder zum Spielen.“ Mit anderen Worten: Geld war damals ziemlich wertlos. Zumindest erfüllte es seinen Zweck als Zahlungsmittel nicht mehr.

Jede Art des Geldes wird als Zahlungsmittel für reale Güter und Leistungen akzeptiert, wenn die Menschen davon ausgehen, mit dem Geld wieder andere Güter oder Dienstleistungen erwerben zu können. Geld ist ein Versprechen für zukünftigen Konsum. Die Frage, wie man andere überzeugt, dass sie das Geld auch wirklich wieder gegen Güter und Dienstleistungen eintauschen können, beschäftigt die Menschheit schon seit der Einführung des Geldes. Eine Antwort liegt auf der Hand: Man verwendet etwas Wertvolles als Geld – zum Beispiel Gold.

Neben Gold wurden von den Azteken Kakaobohnen, in Afrika Perlen und in Deutschland Zigaretten als Zahlungsmittel verwendet. Die Idee, etwas Werthaltiges als Geld zu verwenden, hat sich über Jahrhunderte gehalten. Allerdings sind damit auch viele Nachteile verbunden, vor allem für Kaufleute. Goldmünzen sind in größerer Zahl nur schwer und umständlich zu transportieren. Die Patrizier in der Hansezeit verwendeten daher leicht transportierbare Wechsel, also Schuldscheine, als Zahlungsmittel.



Im Jahr 1923: Kinder spielen mit Geldscheinen :Bild: picture-alliance / akg-images

Schuldscheine beinhalten das Versprechen, dass sie wieder eingetauscht werden können – solange die Schuldnerin beziehungsweise der Schuldner solvent ist. Deswegen wurden auch Wechsel von Patriziern akzeptiert, die nicht direkt in das Tauschgeschäft involviert waren, deren Vermögen aber über Stadtgrenzen hinweg Ansehen genoss. Dieses Zahlungsmittel war zwar leichter zu transportieren, verlor aber in dem Moment seinen Wert, in dem der ausstellende Patrizier insolvent wurde.

Die Geldscheine, die im 17. Jahrhundert von den ersten Zentralbanken in Europa herausgegeben wurden, waren Schuldscheine nicht eines Kaufmanns, sondern eines Konsortiums an Kaufleuten. Im Fall der Bank of England waren sie auf der Habenseite zusätzlich durch einen Kredit an den Staat gedeckt. Dieser stand für den Kredit durch zukünftige Steuern ein. Frankreich nach der Revolution 1789 versuchte seine Geldscheine, die Assignaten, ebenfalls durch das Versprechen zukünftiger Einnahmen zu sichern. Hierzu dienten explizit die konfiszierten Güter der katholischen Kirche, nicht einfach unbestimmte zukünftige Steuereinnahmen. Anfangs waren die Assignaten sehr wertvoll, da den ausgegebenen Schuldscheinen ausreichend Vermögen gegenüberstanden. Allerdings wurden mehr Assignaten gedruckt als die konfiszierten Güter wert waren. Dementsprechend verloren die Assignaten ihren Wert.



Um den Staat zu disziplinieren, etablierte sich im 19. Jahrhundert der Goldstandard. Den Schulden der Zentralbank, also den gedruckten Geldscheinen, musste Gold als Vermögen gegenüberstehen. Damit verbunden war das Versprechen, dass der Besitzer des Geldscheins diesen jederzeit gegen Gold eintauschen kann. Das Papiergeld im Goldstandard verfügt über die Sicherheit der Goldmünzen und die Vorteile des Papiers im täglichen Handel. Der Goldstandard hat aber den Nachteil, dass der Wert des Geldes in Abhängigkeit des Goldwertes fluktuiert. So entstehen Deflation und Inflation, ohne dass die Zentralbank darauf Einfluss hätte. Zudem erlaubt es der Goldstandard den Zentralbanken nicht, in Wirtschaftskrisen stabilisierend einzuwirken. Der restriktive Charakter zeigte sich nicht zuletzt in den USA während der Großen Depression, die erst mit dem Aussetzen des Goldstandards im Jahr 1933 überwunden werden konnte.

Im deutschen Kaiserreich wurde im Zuge des Ersten Weltkrieges der Umtausch der Geldscheine gegen Gold ebenfalls ausgesetzt – und nach der Niederlage auch nicht wieder eingesetzt. Die Weimarer Republik übernahm nicht nur die während des Krieges gemachten Schulden, sondern musste zusätzlich Reparationszahlungen an die Sieger zahlen sowie den Wegfall der Steuereinnahmen durch die Besetzung des Ruhrgebietes und den darauf folgenden Streik verkraften. In dieser Lage nahm die Republik zusätzliche Schulden auf, die von der Reichsbank gekauft wurden. Deren Geldscheine waren dann in den Jahren 1922/23 zwar durch Staatsanleihen gedeckt – die aber wiederum waren wertlos. Denn niemand rechnete mehr damit, dass die Weimarer Republik ihre Schulden durch zukünftige Steuereinnahmen auch nur teilweise bedienen würde können. Entsprechend verloren auch die Schuldscheine der Reichsbank dramatisch an Wert.

Auch heutige Zentralbanken verwenden nicht mehr Gold, um ihre Schuldscheine zu sichern, sondern Staatsanleihen. Wer einen Euroschein besitzt, kann diesen jederzeit 1:1 gegen eine Staatsanleihe tauschen. Solange die Staatsanleihen einen Wert haben, muss auch der Euroschein einen Wert haben. Um den Wert der Staatsanleihen in der Eurozone zu sichern, gibt es die „Maastricht“-Regeln, die die Staatsschulden auf 60 Prozent und das jährliche Haushaltsdefizit auf drei Prozent der Wirtschaftsleistung begrenzen sollen. Das bedeutet allerdings nicht, dass die Staatsanleihen unter allen Umständen sicher sind. Denn ein Land, das über geringes Humankapital verfügt, das den digitalen Wandel verschlafen hat und regelmäßig von Dürren und Überschwemmungen heimgesucht wird, wird es schwer haben, selbst eine Schuldenquote von 60 Prozent zu bedienen. Auch heute noch kann Geld also wertlos werden. Wenn wir das verhindern möchten, müssen jetzt die Weichen für die Schuldentragfähigkeit aller Länder in der Eurozone gestellt werden.

Alexander Kriwoluzky ist Professor für Makroökonomie an der FU Berlin und Leiter der Abteilung Makroökonomie am DIW Berlin.

8 juin 2023 (FAZ)

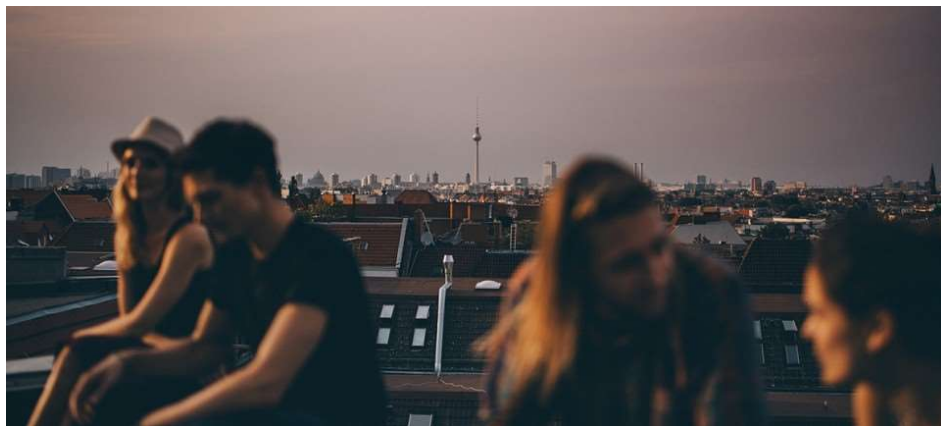
[Dating in Berlin: Wo Monogamie out ist \(faz.net\)](#)

DATING IN BERLIN:

Wo Monogamie out ist

VON [SARAH OBERTREIS](#)

-AKTUALISIERT AM 08.06.2023-08:23



So viele verzweifeln inzwischen an der Liebe in Berlin, dass ihre Klagen zu einem eigenen Genre in der Popkultur geworden sind. Bild: Westend61

Ghosting, Polyamorie und Unverbindlichkeit: In Berlin folgt die Liebe anderen Gesetzen als im Rest der Republik. Wieso hier so viele Suchende verzweifeln.

Es ist noch nicht lange her, da hatte Tim ein Date. Es lief gut. Sie war keine dieser Frauen, die in ihrem Profil „I'm a lot of fun“ versprochen hatte und der Tim dann gegenüberstand und sich fragte: Wo ist der Fun? Nein, mit ihr verging die Zeit so schnell, Tim, der eigentlich anders heißt, merkte es kaum. Bis kurz vor sechs. Da sagte sie: „Ich muss los, ich habe noch ein zweites Date.“

„Ich fand's total sympathisch, dass sie so offen war“, sagt Tim. „Wir treffen uns bald wieder.“

Tim ist niemand, der mal schnell jemanden abschleppt. Er hat auch nicht drei, vier Dates pro Woche wie andere in Berlin. Manchmal sieht man diese Großstädter in der Ringbahn, auf dem Weg zu einem Treffen, hektisch nachlesend, wer das noch mal war, den sie gleich kennenlernen werden. Tim meidet Datingapps, weil er sie zu oberflächlich findet.

Wenn Tim von der Liebe spricht, geht es schnell um Freundschaft. Er will eine Verbindung spüren, beziehungsweise: viele Verbindungen. Genauso wie wir einen Freundeskreis haben, könnten wir doch auch in einem Kreis von Liebenden sein, findet er. Einmal wäre er fast mit einer Frau zusammengekommen, die in einer polyamoren Ehe lebt. Aber dann hat er sich mit ihrem Mann nicht gut genug verstanden. „Ich habe kein Problem damit, wenn ich nicht die *top priority* bin“, sagt Tim. Womit er ein Problem hat: wenn jemand zu sehr an ihm hängt. „Das ist mir dann zu viel Verantwortung.“

Berlin ist nicht wie andere Millionenstädte

Tim kommt aus München, aber er lebt schon so lange in Berlin, man könnte ihn einen Berliner nennen. Acht Jahre sind es inzwischen. Er hat seine Zwanziger in einer Stadt hinter sich gelassen, in der Erwachsenwerden eine Kunst ist. Und in der die Liebe so frei ist, dass es vielen nicht gelingt, sie einzufangen.

Berlin ist nicht wie andere Millionenstädte. Es ist schnelllebiger, anarchischer und diverser als München, Köln oder Hamburg. Hier zählt das Leben oft mehr als die Arbeit – und Geld nur, wenn es mal nicht für die Miete reicht. Sesshaft zu werden sei hier viel schwerer als anderswo, konstatiert eine Psychologin. Was das für Auswirkungen hat, lässt sich in einem Lebensbereich besonders gut beobachten: dem Dating. Dutzende Umfragen zeigen: In der Hauptstadt folgt die Liebe anderen Gesetzen als im Rest der Republik.

So viele verzweifeln inzwischen an der Liebe in Berlin, dass ihre Klagen zu einem eigenen Genre in der Popkultur geworden sind. Bücher, Podcasts, Sketche und Tiktok-Videos verfluchen das Unverbindliche und Schnelllebiges, das diese Stadt beherrscht. „Berlin ist ein Moloch“, stöhnt es aus einem Podcast. „Wenn du es hier schaffst zu daten, schaffst du es überall.“ Ein „Höllenschlund“ sei diese Stadt, schreibt eine Autorin, „wo wir uns alle gleichgültig zu sein scheinen“. Ein Expat-Magazin warnt: „Fast jede Vorliebe lässt sich in Berlin ausleben – nur eine langfristige Beziehung solltest du hier nicht suchen.“ Und ein witzig gemeintes Youtube-Video strotzt vor Bitterkeit: „Wenn du jemanden nach einem richtigen Date fragst und er antwortet: ‚Äh, nein, ich will dich nicht heiraten.‘“

„In Berlin leben die egoistischsten Menschen, die ich je getroffen habe“

Daniel-Ryan Spaulding hat diesen bitteren Film mit einem Späti-Bier in der Hand gedreht. Der kanadisch-kroatische Comedian ist vor fünf Jahren, mit Anfang 30, aus Amsterdam in die deutsche Hauptstadt gezogen. Damals fand er Berlin cool. Heute sagt er: „Dort leben die egoistischsten Menschen, die ich je getroffen habe.“ Spaulding hat stechend blaue Augen, aber an diesem Maivormittag blicken sie stumpf vor Müdigkeit in die Laptopkamera. Der 38-Jährige hat Berlin verlassen, weil er es in der Stadt nicht mehr ausgehalten hat. Er wird nach New York ziehen – die Metropole ist berüchtigt für ihre komplizierte Datingszene. Aber Spaulding freut sich drauf: Dort sei es so teuer, dass die Menschen keine Zeit hätten, Spielchen zu spielen. Anders als die Berliner. Ihm fällt keine einzige positive Dating-Erfahrung aus der Hauptstadt ein. Aber so viele negative, dass sie für ein ganzes Leben reichten.

Da war der Typ, der ihm erst nach einem Monat gestand, dass er verheiratet ist, und den Spaulding – der eigentlich auf der Suche nach einer monogamen Beziehung ist – trotzdem nicht abservierte, weil er sich einredete: In Berlin ist das normal, hab dich nicht so. Ein anderer machte sich über Spauldings Wunsch nach Romantik lustig und sagte: Ich will doch nur Sex mit dir. Ein Dritter wollte weder Sex noch eine Beziehung, sondern nur mal schauen, ob Spaulding wirklich so unterhaltsam war, wie er im Internet wirkte.

Ein anderer Mann ignorierte Spaulding nach mehreren Treffen ein halbes Jahr lang, nur um ihn dann plötzlich zu einem Date einzuladen. Als Spaulding – mit Vorfreude im Bauch – zusagte, antwortete der Mann nie wieder. „Er hatte mir allein für sein Ego geschrieben – um abzuchecken, welche Chancen er noch bei mir hat“, sagt Spaulding. Bessere Laune bekommt er nur, wenn er von Amsterdam erzählt. „Dort bin ich mit Männern auf Dinner-Dates gegangen, sie waren an einer Unterhaltung interessiert, und wir haben am Ende ganz offen darüber gesprochen, ob wir uns mehr vorstellen können oder nicht.“ Zwischen Amsterdam und Berlin lägen in Wirklichkeit nicht nur sieben Stunden Autofahrt, sondern Welten, meint Spaulding. Zumindest wenn es ums Dateden geht.

Berlin ist die Stadt der Partnerlosen

Zum Ende des Gesprächs erwachen seine blauen Augen doch noch zum Leben. Er beugt sich näher an den Bildschirm und schreit nun fast: „Ich verstehe es nicht. In jeder anderen Stadt auf der Welt hat niemand ein Problem damit, zuzugeben, dass er oder sie Liebe will. Nur in Berlin – was läuft da falsch?!“

Tatsächlich zeigen Statistiken: Berlin ist die Stadt der Partnerlosen. Je nachdem welche Studien man liest, reichen die Schätzungen von 30 bis 50 Prozent Singles. Gleichzeitig gibt es hier so viele junge und so viele offen queere Menschen wie kaum an einem anderen Ort in Deutschland. Sie treffen sich auf den Tanzflächen, in den Cafés, Parks und den berühmt-berüchtigten Sexclubs der Stadt. Oft zählt dabei der Austausch von Körperflüssigkeiten mehr als der Austausch von Gedanken. In einer Umfrage des Portals „Elite Partner“ gaben fast 60 Prozent der Berliner an, das Aussehen sei ihnen mindestens genauso

wichtig wie die Persönlichkeit. Laut einer Umfrage der Dating App „Okcupid“ steht der „Fun“ beim Dating für zwei Drittel der Berliner im Vordergrund. Nirgendwo sonst in Deutschland sagten das so viele Singles.

Nadine Primo liebte genau diesen Fun – zumindest während der ersten vier, fünf Monate. 2019, mit Ende 20, kam sie nach Berlin. Hier konnte sie das erste Mal all das erleben, was sie sich gewünscht hatte: romantische Beziehungen mit Frauen, schöne Dreier und Partys, auf denen alles erlaubt war. In Köln war Primo als geoutete bisexuelle Frau in einer offenen Partnerschaft permanent aufgefallen, hatte sich ständig erklären oder rechtfertigen müssen. In Berlin galt sie zum ersten Mal als normal. Sie hatte das Gefühl, sich selbst näher gekommen zu sein.

Und wen triffst du gerade noch so?

Primo sagt, es sei in der Pandemie gewesen, als das Gefühl kippte. Ein paar Treffen liefen schief. Eine Frau verließ Primo mitten in der Nacht, weil sie lieber neben ihrem Freund schlafen wollte. Primo hatte was mit älteren Männern, die sich interessiert gaben, aber jegliches Interesse verloren, wenn sie sich mal nicht für sie ausziehen wollte. Die verschwiegen, dass da noch andere waren und Primo doch nicht die Nummer eins. Primo ging auf Dates, wo sie direkt gefragt wurde: Und wen triffst du gerade noch so? Und sie konsterniert stammelte: „Äh, niemanden.“ Ihre Erfahrungen spiegeln sich auch in den Umfragen von Elite Partner. Fast jeder fünfte Berliner antwortete 2023: „Ich treffe in der Regel mehrere Personen parallel.“

Primo schreckte dieses Von-Mensch-zu-Mensch-Springen auf einmal ab. Eines ihrer Herzensthemen ist die sexuelle Befreiung, sie hat ein Buch geschrieben mit dem Titel „Konsens ist sexy. Von persönlichen Grenzen und weiblicher Lust“, aber die „sehr, sehr schambefreite Sexualität“ in Berlin ist auch ihr nun manchmal zu viel. Inzwischen benutzt die 32-Jährige das Wort „ausgezehrt“, wenn sie von ihren Erfahrungen in der Hauptstadt erzählt. Sie träumt nicht mehr von Abenteuern und Abwechslung, sondern von Sicherheit und Beständigkeit. „Nach drei wilden Jahren in Berlin haben sich meine Bedürfnisse geändert: Eine klassische Beziehung klingt auf einmal nicht mehr so verkehrt“, sagt sie.

Es ist das Paradox von Berlin, dass Primo und Spaulding bei Weitem keine Ausnahmen sind. 70 Prozent der Berliner wünschen sich laut Okcupid die wahre Liebe. Das Problem ist nur: Die Auswahl ist derart groß, dass es immer jemand Passenderen zu geben scheint. Das führt dazu, dass sich selbst entscheidungsstarke Menschen nicht mehr festlegen können. Eine Psychologin spricht von „einer richtigen Belastung fürs Gehirn“. Eine Therapeutin sagt: „Psychologisch ist das eine Herausforderung. Denn sich zu entscheiden heißt immer, etwas anderes auszuschließen.“

Carolin fragt sich: Will ich schon wieder zu viel?

Seit Carolin in Berlin angekommen ist, kurz nach dem letzten Lockdown, haben sich ihre Vorstellungen von einem glücklichen Liebesleben geweitet: witzige Dates, viele One-Night-Stands, eine offene Beziehung oder eine geschlossene? Carolin weiß manchmal selbst nicht, was sie eigentlich will. An diesem Abend entscheidet sie sich erst mal für einen Cocktail. „Liebesbrief“ heißt er. Carolin, die ihren richtigen Namen nicht in der Zeitung lesen möchte, sitzt in einer Bar in Friedrichshain, das Handydisplay erleuchtet ihr Gesicht. Sie hat die Dating-Apps in eine eigene Kategorie auf ihrem iPhone sortiert.

Auf Hinge zum Beispiel sieht man sie im weich fließenden Sommerkleid mit einem Aperol Spritz in der Hand. Oder grinsend mit einer Freundin. Beide halten das gleiche Tinder-Profil in die Kamera. „Wir matchen einfach immer dieselben Typen, richtig witzig“, sagt Carolin. Zwischen den Bildern soll man etwas Geistreiches über sich selbst schreiben. Bei Carolin steht: „Ich werfe manchmal Kleingeld in den Mülleimer.“ Die Typen, die ihr schreiben: „Warum spendest du es nicht?“ sortiert sie direkt aus. Carolin kann nicht gut mit Menschen, die das Leben zu ernst nehmen. Ist sie unsicher, reißt sie ein paar Witze.

Vielleicht berührte es sie deswegen so, als ein Typ letztens zu ihr sagte: „Carolin, Gags sind ja schön und gut, aber ich würde dich gerne richtig kennenlernen.“ Sie hatten sich auf einer Party getroffen, er war

nicht vergeben, nur das Plus eins einer offenen Beziehung. Sie sahen sich wochenlang alle zwei, drei Tage, Silvester feierten sie zusammen. Aber dann fuhr er für einen Monat auf einen Selbstfindungstrip nach Vietnam. Seit er wieder da ist, ist er derjenige, der die Witze reißt – falls er überhaupt noch schreibt. Und Carolin fragt sich: Will ich schon wieder zu viel?

Die Berliner ghosten deutlich mehr als andere Deutsche

So wie bei dem ersten Mann, den sie in Berlin kennengelernt hatte. Sie lebten monatelang wie ein Paar, dann beendete er die Sache, bevor sie ernst werden konnte. Er wolle schließlich noch keine Kinder, sagte er. Carolin war verwirrt: Kein einziges Mal hatten sie über eine Beziehung oder gar Kinder gesprochen

Wenn Carolin redet, schwankt sie zwischen: Ich habe Lust auf eine Beziehung. Und: Ich tue mich schwer mit Festlegen. In Berlin wird ihr das erste Mal nicht langweilig beim Dating. Die Auswahl ist so groß, dass immer jemand auf ihre Antwort wartet. „So kommst du automatisch rein ins Shelving“, sagt die 33-Jährige. Das heißt: Läuft es mit dem einen nicht mehr, schreibt sie dem anderen Typen, den sie noch vor drei Monaten nicht interessant genug fand.

Carolin kann nicht ausschließen, dass sie dabei schon getan hat, was jeder dritte Berliner laut einer Elite-Partner-Umfrage tut: zu ghosten. Also auch nach mehreren Treffen nicht mehr auf Nachrichten und Anrufe zu antworten. In keiner anderen deutschen Stadt ist dieses „negative Phänomen zwischenmenschlichen Umgangs“, wie es eine Psychologin nennt, so verbreitet wie hier. Berlin ist groß genug, um sich nie wieder zu begegnen; gleichzeitig kann man immer jemand Neuen kennenlernen.

Viele Berliner sehen in einer offenen Beziehung einen Weg, um diese riesige Auswahl erleben zu können, ohne eine richtige Partnerschaft zu verpassen. In keiner anderen deutschen Stadt steht man diesem Konzept so aufgeschlossen gegenüber. Jeder vierte Berliner hat in einer Elite-Partner-Umfrage aus diesem Jahr angegeben, dass er sich eine offene Beziehung „grundsätzlich vorstellen“ kann, jeder fünfte hat schon mal eine solche Beziehung geführt. Eine ähnliche Tendenz zeigte eine Befragung von Parship. Die Ergebnisse einer OkCupid-Umfrage aus dem vergangenen Jahr waren sogar noch deutlicher: Dort gaben 42 Prozent der Berliner an, eine offene Partnerschaft in Betracht zu ziehen.

Falk wäre eine geschlossene Beziehung mit Matilde lieber gewesen. Aber Matilde hatte schon einen Freund. Sie erzählte ihm das bei ihrem zweiten Date. Da war es schon zu spät: Falk hatte sich verliebt. Matilde auch, aber sie wollte die Verbindung zu ihrem Freund nicht aufgeben. „Du, Brudi, ich kann dir nur das geben“, sagte sie zu Falk. „Das“ hieß für Falk: der zweite Mann in einer offenen Beziehung zu sein. Drei Jahre hielt er das durch. Er quälte sich mit der Vorstellung, dass Matilde den Abend mit ihrem Freund verbrachte. Und bequatschte sich dann selbst: Sei doch nicht so spießig, sei doch nicht so eindimensional, du bist ja fast anstrengend monogam.

Falk fühlte diesen Druck, von dem auch andere Berliner berichten: sich möglichst offen und fortschrittlich zu geben, weil gefühlt jeder Dritte polyamor lebt oder auf andere Art nicht exklusiv und Sex-Partys eine verbreitete Freizeitbeschäftigung zu sein scheinen. Dabei spürte er eigentlich: Ich bin für dieses Beziehungskonstrukt nicht gemacht. Er ist vor zwölf Jahren – da war er kaum volljährig – aus Cottbus nach Berlin gezogen, die Stadt, wo er immer hinwollte. Aber es ist auch die Stadt, in der er beziehungsstechnisch eine „fast schon traumatische Zeit“ erlebte.

Deswegen erzählen Menschen wie Falk, die trotz allem eine glückliche verbindliche Beziehung gefunden haben, davon auch wie von einem Lottogewinn: ziemlich stolz, aber auch ein bisschen ungläubig und fast schon verschämt. Falk hat seine Freundin über Bekannte kennengelernt, nach ein paar Monaten fragte er: Könntest du dir eine Beziehung vorstellen? Sie antwortete: Ja, aber nur eine offene. Diesmal war Falk nicht bereit, seine Grenzen zu verschieben. Sie wurden trotzdem ein Paar, weil ihre Lust auf Falk größer war als die auf eine offene Partnerschaft. Und es fühlt sich für ihn gut an: „Jetzt bin ich seit sieben Monaten in einer ganz stinknormalen Beziehung und denke: Wow, ist Monogamie geil!“

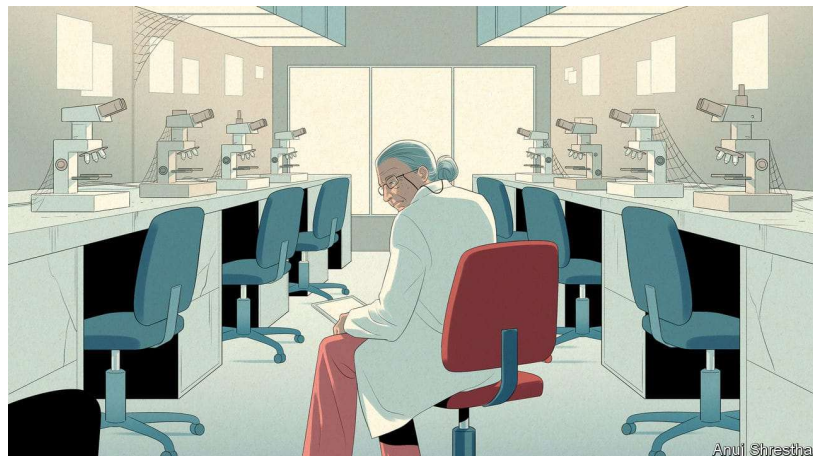
8 juin 2023 (The Economist)

[It's not just a fiscal fiasco: greying economies also innovate less \(economist.com\)](https://www.economist.com)

The old and the zestless

It's not just a fiscal fiasco: greying economies also innovate less

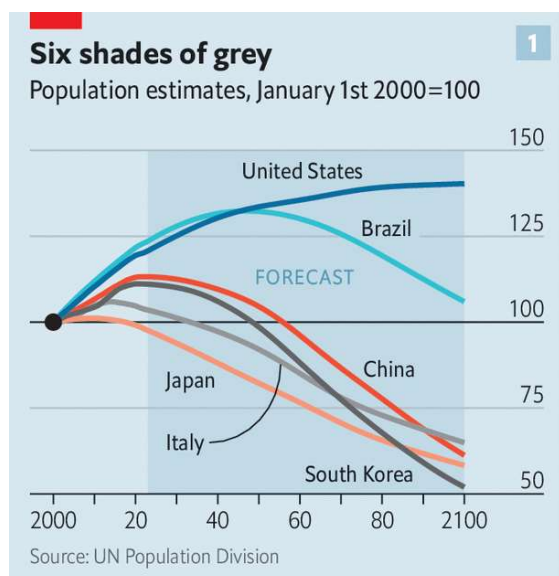
That compounds the problems of shrinking workforces and rising bills for health care and pensions



May 30th 2023 | SINGAPORE

“Adam is a special child,” says the voice-over, as the camera pans across abandoned classrooms and deserted maternity wards. “He’s the last child born in Italy.” The short film made for Plasmon, an Italian brand of baby food owned by Kraft-Heinz, a giant American firm, is set in 2050. It imagines an Italy where babies are a thing of the past. It is exaggerating for effect, of course, but not by as much as you might imagine. The number of births in Italy peaked at 1m in 1964; by 2050, the un projects, it will have shrunk by almost two-thirds, to 346,000.

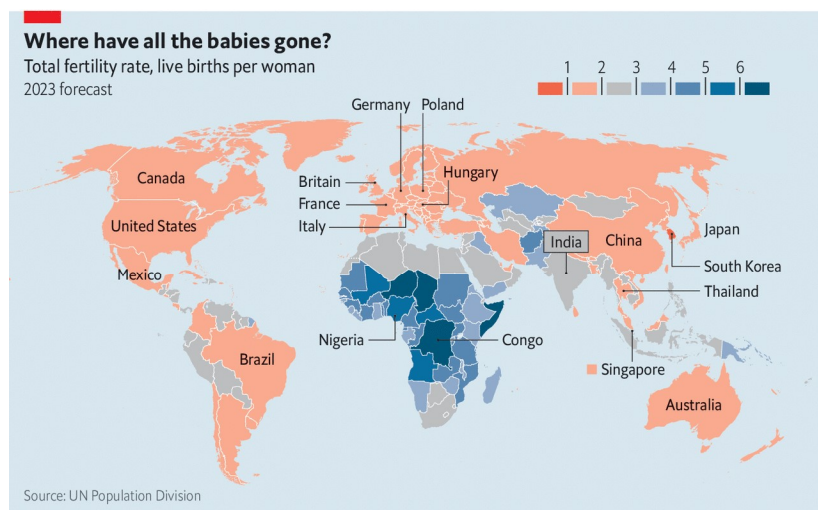
Plasmon knows what side its fortified biscuits are buttered: a [shortage of babies](#) is not good for sales of baby food. But the rapid ageing of many countries around the world will be bad not just for certain industries, or for governments whose costs rise as their revenues decline. The falling number of educated young workers entering the labour market will also reduce innovation, sapping economic growth across the board. Over time, this effect may prove the most economically damaging result of the greying of the rich world, eclipsing growing bills for pensions and health care.



Italy and Japan, in particular, are the poster pensioners for demographic decline and its economic consequences. In both countries the fertility rate (the number of children a typical woman will have over her lifetime) fell below 2.1 in the 1970s. That level is known as the replacement rate, since it keeps a population stable over time. Anything lower will eventually lead to a declining population, something both Italy and Japan have suffered for about a decade. The median Italian is now 47; the median Japanese 49. Earlier this year, Kishida Fumio, Japan's prime minister, warned that the country is "on the brink of being unable to maintain social functions" because of its baby bust.

But Italy and Japan are no longer the most extreme examples of demographic decline. In 2022 South Korea had a fertility rate of just 0.8. A rate below one means that the next generation will be less than half the size of its parents'. As recently as 2012 the un projected that South Korea's population would shrink by only a fifth or so by the end of the century, from 52m today to 41m by 2100. More recent forecasts, however, suggest that the population will fall by more than half over the same period, to just 24m (see chart 1).

South Korea may be an exceptional case, but demographic decline is becoming commonplace. In 2010 98 countries and territories recorded fertility rates below 2.1. By 2021 the number had grown to 124, more than half of the places for which the un collects data (see map). By 2030 it expects the tally to reach 136.



Matthias Doepke, an economist who studies the financial causes and effects of changes in fertility, notes that falling birth rates are no longer limited to richer countries or to wealthier families within a given country. "There's a global convergence in women's aspirations for careers and family life," says Mr Doepke. Fertility rates for women with fewer years of formal education have fallen towards the levels of their more educated peers. In fact, women in America with exactly 16 years of schooling (mostly those with undergraduate degrees) have marginally fewer children on average than those with more schooling.

By the same token, low fertility rates have spread from rich countries such as Italy and Japan to middle-income ones such as Thailand (1.3) and Brazil (1.6). Even more notably, India's fertility rate recently fell below 2.1 and is expected to keep falling. Since it accounts for a fifth of the world's population, that will have global repercussions. The 15 biggest economies in the world, including Brazil, China, India and Mexico, all have fertility rates below 2.1.

In 2021 there were 782m people aged between 21 and 30 in countries where fertility is below the replacement rate. By 2050 this group, in effect the potential number of home-grown entrants to the workforce, is expected to have dropped by a fifth, to 619m. This fall is not some subjective and questionable forecast: most members of that generation have already been born, and fertility rates do not tend to change rapidly. In countries in which the fertility rate is below 1.5, which includes almost all of East Asia and much of Europe, the decline will be more extreme, with the same cohort contracting by 37%.

Instead of a population structure shaped like a pyramid, with each new generation bigger than the one that preceded it, or even a pillar, with all generations similar in size, these countries will become inverted pyramids, with older generations replaced by smaller and smaller cohorts. In parts of the world this has already happened: the number of Chinese aged between 21 and 30 has already fallen from 232m at its peak in 2012 to 181m in 2021. The decline will accelerate rapidly in the 2040s, leaving China with fewer than 100m people in the same pool in the mid-2050s. The population of Europe in the same age category will fall from around 85m to below 60m over the same period.

The obvious way to compensate for dwindling birth rates is [immigration](#), which is on the rise in much of the rich world, despite the political tensions it has generated in recent years. But as demographic decline affects more and more countries, educated migrants will become harder to find, even as the shrinking of the native-born population accelerates in many rich countries. For China, with a population of some 1.4bn, the notion that enough immigrants could be found to reverse the effects of dwindling birth rates is fanciful. Although India's population is still growing, it will peak in the 2060s, if not sooner. Sub-Saharan Africa is the only region of the world that seems likely to be a big source of potential migrants for many years to come. But even there, birth rates are falling more quickly than past projections predicted. Although immigration will continue to temper demographic decline in many countries for decades, in the long run, it cannot fully compensate for the baby bust in big economies.

Some of the consequences of these demographic shifts are well known. An ever greyer population will mean higher spending on public pensions and health care, but there will be fewer people of working age to pay the taxes required. The rich world currently has around three people between 20 and 64 years old for every one over 65. By 2050 this ratio will shrink to less than two to one. That will necessitate later retirement ages, higher taxes or both.

The economic consequences of demographic decline are not only fiscal, however. Labour is one of the three main determinants of growth, along with capital and the efficiency with which both are used (productivity). Shrinking workforces, other things being equal, automatically lead to lower economic growth. But demographic decline also has knock-on effects on capital and productivity that are much less well understood.

Many economists believe that a smaller working population will push down interest rates in real terms (meaning, after accounting for inflation), because there will be fewer investment opportunities and a large stock of savings accumulated by those in or near retirement. But others, such as Charles Goodhart, a former official at the Bank of England, believe the effect will be the opposite. As more people enter retirement and so stop saving but continue to consume, there will be less funding for investment, pushing real interest rates up.

Both sides agree that an ageing population will reduce both savings and investment, but disagree about which will decline more quickly. But the balance of evidence points towards lower real interest rates: many developing economies still have decades of savings accumulation ahead of them, and retirees often cling to their savings rather than running them down. Either way, demographic changes will have huge implications for markets. Broadly speaking, low real interest rates are good for those who have already accumulated assets but bad for those still trying to save, including the increasing numbers of workers approaching retirement with inadequate nest eggs.

But it is on productivity that demographic decline may have the most troubling effect. Younger people have more of what psychologists call "fluid intelligence", meaning the ability to solve new problems and engage with new ideas. Older people have more "crystallised intelligence"—a stock of knowledge about how things work built up over time. There are no precise cut-offs, but most studies suggest that fluid intelligence tends to peak in early adulthood and to begin to decline in people's 30s. Both types of intelligence are useful: companies, industries and economies need both youngsters able to respond to new challenges and seasoned veterans with a detailed understanding of their trade. But the two are not of equivalent value when it comes to innovation.

In research published in 2021, Mary Kaltenberg and Adam Jaffe, both economists, and Margie Lachman, a psychologist, used a database of 3m patents filed over more than 40 years to explore the relationship between innovation and age. Depending on the scientific discipline, the authors note that patenting rates peak in a researcher's late 30s and early 40s. The rates of patenting then decline only gradually through their 40s and 50s.

But for disruptive innovations, which fundamentally change a scientific field, the picture is very different. The researchers used a measure of disruptiveness based on the number of citations of a given invention in future patents. If a particular patent is cited by subsequent inventors, but that patent's technological predecessors are not, it is categorised as a disruptive rather than an incremental innovation. For instance, the work of Kary Mullis, a Nobel-prize-winning biochemist, on polymerase chain reactions underpins much modern genetic and medical testing. After Mullis published his work, citations of prior technologies in the same field nosedived. Mr Jaffe, Ms Kaltenberg and Ms Lachman find that patents filed by the very youngest inventors are much more likely to be completely novel, discipline-changing innovations, and that as inventors age the patents they file become increasingly incremental.

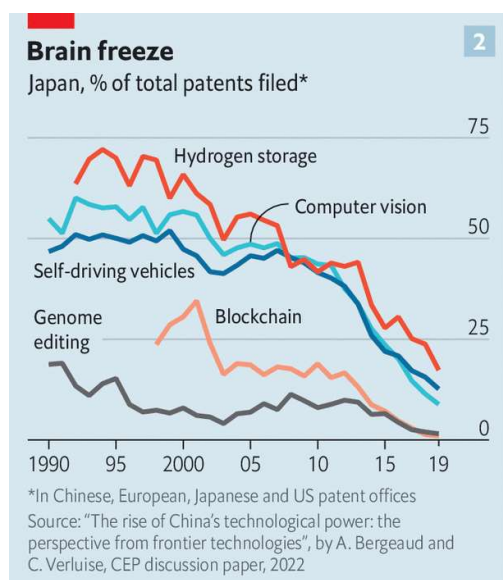
This matters, because innovation raises productivity. Improvements to existing processes and the invention of entirely new ways of doing things enable more to be produced with the same amount of labour and capital. In the long term, it is only by raising productivity that standards of living can be lifted. Demographic decline will chip away at that contribution over time by reducing the number of novel ideas stemming from the fluidly intelligent minds of young workers.

Even a fractionally lower rate of productivity growth will compound over the years to make an economy significantly smaller. During the particularly rapid post-war boom in economic growth in the rich world, between 1947 and 1973, productivity growth accounted for about 60% of the rise in output per worker in America, Britain, France, Italy, Japan and West Germany. America has grown much faster than the rest of the rich world since the global financial crisis of 2007-09, thanks in large part to its bigger gains in productivity.

If the decline in fertility was confined to a few countries, or a particular region, the impact on innovation might not be so severe. Technologies invented in one country eventually spread to others. The spinning jenny and the computer chip didn't have to be reinvented in every corner of the world to improve productivity globally. But the fact that fertility is declining simultaneously in a large proportion of countries means that the consequences in terms of reduced innovation will be felt globally.

Some researchers believe such a demographically driven reduction in innovation is already under way in parts of the world. James Liang, a Chinese economist and demographer, notes that entrepreneurship is markedly lower in older countries: an increase of one standard deviation in the median age in a country, equivalent to about 3.5 years, leads to a decrease of 2.5 percentage points in the entrepreneurship rate (the proportion of adults who start their own business). That is a huge effect, considering the global entrepreneurship rate was around 6.1% in 2010.

What is more, this relationship does not seem to be simply a function of the relative lack of young people in ageing societies. Young people in such countries also seem to start businesses at lower rates than their peers in less wizened societies.



The Economist

This phenomenon, according to Mr Liang, may be the cause of Japan's "entrepreneur vacuum". As recently as 2010, Japanese inventors were the biggest producers of patents in 35 global industries, according to the World Intellectual Property Organisation, a UN agency. By 2021 they were the leaders in just three. Japan has fallen behind not only China, which now occupies most of the top spots, but America too.

Looking only at the most novel fields, in which radical new innovations are most likely, makes the picture no better. In an analysis published by the London School of Economics' Centre for Economic Performance, Antonin Bergeaud and Cyril Verluise note that Japan's contribution to genome editing and blockchain technology has shrunk to almost nothing. Once-leading roles in hydrogen storage, self-driving vehicles and computer vision (a form of artificial intelligence that trains computers to interpret images) have been reduced to supporting roles behind America, China or both (see chart 2).

Needling nabobs of natalism

Governments are largely powerless to reverse declining birth rates. Attempts in various countries to prod women to have more children have typically yielded meagre results. Research on the expensive support provided by governments in Hungary and Poland, in the form of income-tax credits and flat payments respectively, suggests a limited effect on fertility. Singapore offers large grants to the parents of new children, which now run to S\$11,000 (\$8,300) for the first two children, and S\$13,000 for any more, on top of tax rebates and child-care subsidies. Parents are given priority over other buyers in subsidised apartment sale schemes. But Singapore's total fertility rate is just 1.0: whatever the effect of the policies, it is nowhere near big enough to avert demographic decline.

Of course, birth rates are not the only, or even the main determinant of productivity. If they were, some of sub-Saharan Africa's poorest economies would be the world's most dynamic. Levels of education, the reliability of legal and financial systems and the existence of networks of innovators interacting with one another all matter. Japan is still more innovative than many rich countries with a lower average age. But demography can magnify or muffle a country's underlying potential.

That suggests ways to counteract the effects of demographic decline on innovation, by focusing on other factors that increase productivity. The most obvious is education, which allows ageing societies to make better use of the dwindling pool of young people. Especially in middle-income countries such as Brazil and China, there are millions who do not receive proper schooling, and whose contribution to the economy is therefore small. The same is true, albeit to a lesser extent, in much of the rich world. No matter how intelligent they are, uneducated workers cannot hope to come up with groundbreaking ideas in medicine or computing, say. As the potential workforce shrinks, maximising the output of everyone in

it will become essential, and could help offset the effects of an ageing population for some time, at least in the realm of innovation.

Technology can also provide ways to cope with demographic change, from telemedicine to the increased use of robots in service industries. Such innovations can undoubtedly ease the difficulties presented by an ageing society, whether by directly contributing to the care of the elderly or by automating the roles of young workers. But the shrinking number of innovative young thinkers will, ironically, reduce the number of such valuable new ideas.

A shortfall in human innovation may also be less damaging if offset by new ideas conceived by artificial intelligence. There seems no doubt that machines will soon be working out how to make incremental improvements in existing processes—indeed, in some spheres, they already are. Whether machines will ever learn how to generate disruptive new ideas, however, remains a matter of debate.

Plasmon's film, about the last child in Italy, ends with a discussion of children as a symbol of hope. It directs viewers to a website that suggests policies to promote bigger families. The website, in turn, asks readers to sign a petition calling for action. Scarcely 8,000 have done so. As the number of Italians continues to shrink, and especially the number of young ones, it is not just buyers of baby food who will be in short supply. Plasmon will struggle to find creative talents to dream up clever advertising campaigns, much less devise new policies to reverse the baby bust.

8 juin 2023 (NYT)

[Opinion | Tiananmen Square Can't Be Forgotten - The New York Times \(nytimes.com\)](#)

OPINION

Remembering a Massacre That China Keeps Trying to Erase

June 7, 2023



In June 1989, people on the Avenue of Eternal Peace in Beijing held up a photo that they said showed dead victims of the violence against pro-democracy protesters on Tiananmen Square. Credit...Jeff Widener/Associated Press

By [Nicholas Kristof](#)

Opinion Columnist

In all my decades of reporting, one of my most searing experiences came in 1989 in Beijing when I watched the Chinese People's Liberation Army unleash weapons of war on throngs of unarmed pro-democracy protesters.

So I was appalled on the 34th anniversary of that citywide massacre a few days ago when [apologists](#) for the Chinese government insisted that it had never happened. Even worse, I discovered that one of the eyewitnesses they cited to buttress their denial was me.

All this reflects the Chinese government's effort to rewrite history, so it seems useful to push back and say what I actually [saw](#) that terrible night of June 3-4, 1989.

The Chinese democracy movement had been underway for seven weeks, attracting vast support for the students occupying Tiananmen Square, when the government sent an estimated 200,000 or more soldiers to invade the capital from several directions on the night of June 3.

I was on Tiananmen Square as the troops arrived and opened fire on the crowd that I was in. I watched for hours, from whatever cover I could find, as the People's Republic of China butchered the people.

Defenders of the government say that protesters were violent. That's partly true: The democracy movement had been peaceful, but that night, enraged civilians hurled bricks and stones at troops and lynched a small number who became separated. I also saw two armored personnel carriers that had been set alight with Molotov cocktails.

Yet only the troops had guns, so what unfolded that night was not a battle but a slaughter.

The brutality is difficult to exaggerate. A student returned that evening from graduate school in Japan, but his taxi from the airport couldn't cross the Avenue of Eternal Peace. He got out, tried to walk across — and was shot in the back. A teenager in a family we were close to was bicycling to work on the morning of June 4, far from Tiananmen Square or any protesters, and soldiers shot him dead.

My wife and fellow Times correspondent, [Sheryl WuDunn](#), and I worked very hard to get the death toll at hospitals and morgues across Beijing, using every connection we had. Our estimate then, which we stand by, was [400 to 800](#) killed in the capital and several thousand injured.

I learned something important then: Victims lie along with perpetrators. After any terrible injustice, we're tempted to distrust the oppressors while cutting the oppressed some slack. In fact, it's prudent to be skeptical of all sides, for when people survive atrocities it's natural to respond with a fury that dials up outrage or leads them to claim firsthand knowledge of what they have only heard.

Westerners were too credulous; the British ambassador reported in [a cable](#) that at least 10,000 had been killed. The New York Times republished a supposed eyewitness account of a massacre of students at the Monument to the People's Heroes in Tiananmen Square. The Times then published [a response from me](#) asserting that there had been no massacre of students at that precise location on the square — those students at the monument had been allowed to leave after frantic negotiations with military officers by a heroic musician, Hou Dejian — but that soldiers had gunned down protesters on the Avenue of Eternal Peace in the northern part of the square, along with large-scale killing farther west and in many other parts of the city.

Supporters of the Chinese government base their denials of any massacre in Beijing in part on that essay by me, suggesting that I reported that there was no massacre anywhere. It's maddening to have my efforts to ensure an accurate historical record misused to promote Chinese government fabrications.

I commiserated this week with a Chinese journalist friend in the United States. He noted that these denials on social media are outward facing and not normally found within China.

"Inside the country, such denialism is not allowed," he said. "Who knows whether by denying it, you are playing with irony?" Chinese intellectuals are extraordinarily good at parroting official lines in ways that are [satirical](#) and witty.

So within China, the government doesn't so much convey its version of events as squelch any discussion of the topic whatsoever. It's unmentionable. Hong Kong had been a repository of memory about the Tiananmen democracy movement, but China has crushed the city's spirit and imprisoned independent thinkers like the publisher and democracy activist [Jimmy Lai](#).

China has generally been quite effective at rewriting history, in part by co-opting language. In Chinese, the 1949 Communist revolution is called "Liberation," the Korean War is the "War to resist America and help Korea," and the famine of 1959-62 resulting from Mao's policies — probably the worst famine in world history — is benignly known as "the three years of natural disasters."

There had been some expectation that the internet and the information revolution would open up China; the great dissident [Liu Xiaobo](#) described the internet as "God's gift to the Chinese people." So far that hope has not been realized, and Liu was imprisoned and died in detention despite being awarded the Nobel Peace Prize.

Twisting history is of course an issue in many countries. Before unleashing a [genocide](#) against members of the Rohingya ethnic group, Myanmar denied that they existed at all and referred to them as illegal immigrants. Saudi Arabia has whitewashed its murder of my friend Jamal Khashoggi, the Washington Post columnist. And even in the United States, culture wars abound over [the teaching of history](#) and control over the past.

"Who controls the past controls the future," George Orwell wrote in "1984."

Yet Orwell may have been too pessimistic, for in Poland, Romania, Mongolia, Indonesia, South Korea and Taiwan, I have seen suppressed history eventually re-emerge — popping up, as a Chinese saying goes, like “bamboo shoots after a spring rain.” In Taiwan, a 1947 massacre of protesters was once unmentionable; now there is a park honoring the victims.

Some day, I believe, China will also hail its heroes of 1989. In the meantime, all we can do is try to honor truth — often a messy, nuanced truth that still hides mysteries — and thus play our part in what the Czech-born writer Milan Kundera described as “the struggle of memory against forgetting.”

8 juin 2023 (Atlantico)

[La relation franco-allemande ne s'améliorera que si la France reconnaît ses propres faiblesses | Atlantico.fr](#)

ATLANTICO BUSINESS

La relation franco-allemande ne s'améliorera que si la France reconnaît ses propres faiblesses

Paris et Berlin se sont donné un mois pour renforcer les bases de leur relation dont dépend finalement l'avenir de l'Europe. La France a beaucoup de reproches à faire à son voisin mais elle devrait commencer par reconnaître ses propres responsabilités.



©John MACDOUGALL / AFPTout a commencé hier soir par un dîner quasi-privé à Postdam. Emmanuel Macron était l'invité d'Olaf Scholz, le chancelier allemand et personne ne sait ce qu'ils se sont réellement dit.

[Jean-Marc Sylvestre](#)

Paris et Berlin ont donc décidé de réchauffer leur relation. Tout a commencé hier soir par un dîner quasi-privé à Postdam. Emmanuel Macron était l'invité d'Olaf Scholz, le chancelier allemand et personne ne sait ce qu'ils se sont réellement dit. Dîner priver mais prélude à une série de rendez-vous pour aboutir à une visite d'État que le président fera en Allemagne du 2 au 4 juillet prochain. C'est une première depuis 23 ans et un événement qui vise à relancer cette relation, parce que la France comme l'Allemagne se sont rendu compte que leur attelage qui domine l'union européenne toute entière était bancal.

C'est une évidence que la guerre en Ukraine a souligné avec force , et que la géopolitique impose de réformer si on veut que l'utilité de l'union européenne profite à tout le monde et retrouve sa vocation première à savoir : la sécurité des peuples et leur prospérité partagée.

Les relations personnelles entre les dirigeants peuvent-elle traiter des dossiers que les services techniques et administratifs ne réussissent pas à gérer ? Peut-être qu'une amitié confirmée peut contribuer à rapprocher deux pays mais il y a des forces structurelles et politiques qui imposent un inventaire précis et une lucidité forte sur ce que chacun apporte à l'autre. Les déclarations d'amour sont importantes , les preuves le sont encore plus. Même dans la vie diplomatique.

L'attelage entre la France et l'Allemagne est bancal parce qu'en prenant du recul, il est évident que le déficit de coordination déséquilibre le couple et affaiblit son influence.

On sait exactement les dossiers sur lesquels il faudrait travailler : la défense nationale, la politique de l'énergie, les projets de décarbonation des industries, mais aussi des projets communs industriels, la synchronisation des politiques économiques.

On sait aussi à Paris, les avantages que l'Allemagne tire de son rôle dans l'union européenne, une industrie forte avec un euro dont la valeur lui permet d'exporter facilement dans le reste de l'Europe, le bénéfice de pouvoir profiter du parapluie nucléaire de la France et une plus grande maîtrise de son modèle sociale, grâce à une culture syndicale qui fabrique des compromis et une politique migratoire beaucoup mieux choisie que dans les pays de l'Europe du sud.

Le problème qui perturbe beaucoup la relation avec l'Allemagne, c'est de penser que les avantages relatifs dont jouissent les Allemands sont indus. La classe politique française ne se gêne pas pour justifier nos difficultés par la surpuissance allemande. Attitude inaudible outre-Rhin bien sûr.

Les avantages Allemands sont relatifs. Ça n'est donc pas en rabaissant les atouts des plus forts qu'on redressera la situation des plus faibles.

L'Allemagne et les pays de l'Europe du nord profitent de l'Union européenne qui lui offre un marché quasi-captif parce que sa compétitivité est meilleure.

Mais en contrepartie, les milieux d'affaires européens savent bien qu'ils profitent de la stabilité monétaire de l'Europe mais les pouvoirs politiques européens évitent de trop expliquer que cette stabilité est sécurisée par la puissance allemande qui garantit nos dettes. Et notamment la France qui accumule les déficits sans beaucoup s'inquiéter de la façon dont ces déficits sont couverts ou amortis.

Alors au sein de gouvernement français et notamment à Bercy, on sait bien que si l'attelage est bancal, ce n'est pas parce que l'Allemagne est trop forte, c'est parce que la France est trop faible.

Et cette faiblesse structurelle tient à deux séries de facteurs que les politiques n'osent pas prendre en compte.

Le premier, c'est que nous avons des actifs que nous ne monétisons pas assez chèrement. Nos positionnements géographiques atlantiques, notre climat, nos équipements collectifs, notre système de santé, nos grandes écoles, notre énergie, notre parapluie nucléaire etc. L'Europe du nord en profite grandement.

Le deuxième facteur concerne nos coûts de fonctionnement exorbitants. Nous sommes incapables de les réduire. Notre modèle social et notre machine étatique sont en cause. Entre les dépenses sociales et les dépenses publiques de fonctionnement, nous avons les deux raisons qui nous mettent en retard et surtout nous mettent en situation de dépendance à l'égard de l'Allemagne. Le déficit budgétaire atteint 7%, l'endettement près de 120 % du PIB. Nous sommes en Europe le pays (avec l'Italie) le plus lourd et le plus cher à faire fonctionner.

Olaf Scholz ne le dira jamais parce que son rôle n'est pas de donner des leçons à ses partenaires, mais si la France reconnaissait qu'elle a, au niveau de son administration de sérieux handicaps

et qu'elle prenait des mesures pour alléger le poids de ces handicaps, l'avenir, de la vie quotidienne de l'Union européenne en serait plus serein.

8 juin 2023 (Le Point)

[Jean-Claude Trichet : « La France est surendettée et n'en a pas conscience » \(lepoint.fr\)](#)

Jean-Claude Trichet : « La France est surendettée et n'en a pas conscience »

ENTRETIEN. Dépenses publiques, déficits, financement des retraites... Pour « Le Point », l'ancien patron de la BCE tire la sonnette d'alarme sur l'« exception française ».

Propos recueillis par [Romain Gubert](#)



Surplomb. Jean-Claude Trichet préside l'Académie des sciences morales et politiques (ci-dessus à Paris, le 19 mai).

Lorsqu'il était à la tête de la Banque de France (1993-2003) puis de la Banque centrale européenne (2003-2011), **Jean-Claude Trichet s'était donné l'allure du Père Fouettard, sermonnant les gouvernements pour leur laisser-aller budgétaire.** À la manœuvre pendant les deux grandes crises financières (2007 puis 2010), il a fait taire, en évitant l'éclatement de la zone euro, ceux qui le dépeignaient comme un idéologue obtus qui n'avait qu'un mot à la bouche : la rigueur. Les deux tiers des Français estiment aujourd'hui que l'euro est une bonne chose. [Jean-Luc Mélenchon](#) et Marine Le Pen ne demandent même plus sa disparition. **Alors que la BCE fête ses 25 ans, Trichet lance un avertissement sans ambiguïté.**

Le Point : Même si S&P a maintenu la « note financière » de la France, Fitch a dégradé le pays. Quels enseignements en tirer ?

Jean-Claude Trichet : La décision de Standard & Poor's est une meilleure nouvelle que celle de Fitch. Mais **le problème, ce n'est pas le thermomètre mais l'aggravation de la situation des finances publiques depuis quinze ans et la constante allégresse des Français pour la dépense publique.** Un exemple est édifiant : **en 2007, la France et l'Allemagne affichaient une dette publique identique représentant 64 % de leurs PIB respectifs. Aujourd'hui, l'Hexagone affiche un endettement public équivalent à environ 112 % de son PIB quand celui de l'Allemagne est à environ 66 % ! Rien ne justifie cette divergence considérable. Le problème, ce n'est ni Fitch, ni le Covid, ni la crise énergétique, mais un laisser-aller budgétaire français de longue durée.**

La France est-elle en faillite ?

Non, mais la France est en ce moment un mauvais élève de la zone euro. **Elle est surendettée et elle n'en a pas conscience.** Il y a dix ans, nous empruntons sur les marchés pratiquement aux mêmes conditions que l'Allemagne. Aujourd'hui, nous sommes à mi-chemin de l'Allemagne et de l'[Espagne](#) en termes de taux d'intérêt. Contrairement à l'Italie, la Grèce, l'Irlande, le Portugal ou l'Espagne, nous n'avons pas été frappés par la crise des dettes souveraines. Aujourd'hui, ces pays sont devenus prudents. Ils savent ce que c'est que d'être vulnérable : **le risque de défaut de paiement n'est pas une parole en l'air.** Quant aux pays traditionnellement vertueux, l'Allemagne, les Pays-Bas, ils sont restés sages malgré les circonstances exceptionnelles de ces dernières années.

L'Europe, dans son ensemble, est donc plutôt raisonnable en matière de niveau de dépenses publiques et de déficits par rapport aux États-Unis, même si les encours de dettes de certains pays sont très élevés. **Mais notre pays est une exception !** En France, nous estimons que l'orage étant passé, nous n'avons rien à craindre. Ce n'est malheureusement pas exact. **Il n'y a qu'en France que l'opinion publique ne pose jamais cette question à ses politiques lorsque ceux-ci annoncent une nouvelle dépense : « Comment allez-vous la financer ? »** Je suis inquiet car, lorsque j'étais à la tête de la BCE, nous constatons la nonchalance budgétaire de la Grèce, de l'Italie, du Portugal, de l'Espagne ou de l'Irlande. Je répétais que plusieurs pays allaient dans le mur. **Mais rien n'a été fait jusqu'à la crise, en 2010 et 2011.** Les conséquences sociales des programmes d'ajustement ont été particulièrement douloureuses. Il faut éviter absolument des risques de ce genre, dans l'intérêt de tous et des plus démunis tout particulièrement. Nous devons reprendre le contrôle de notre dépense publique.

D'où vient notre inconséquence ?

Nous sommes convaincus qu'en toutes circonstances l'État peut payer. C'était déjà le cas sous l'Ancien Régime ! **Je crois aussi que notre culture nationale repose sur une lecture originale, à gauche, du socialisme, et à droite, du christianisme. Par rapport à beaucoup de nos voisins, nous valorisons beaucoup la notion de redistribution charitable. C'est évidemment tout à notre honneur ! Mais cela exige des arbitrages que nous ne faisons pas.** Un élément important de l'ADN du pays, c'est un peu saint Martin offrant la moitié de son manteau au plus pauvre ou le socialisme charitable de Proudhon et Fourier, dont Marx se moquait. **Les cultures protestantes sont très différentes et, au sein même de la matrice originale catholique, l'interprétation française est presque unique.**

Le « quoi qu'il en coûte » a-t-il choqué le garant » de la rigueur budgétaire que vous êtes ? J'ai toujours prôné la sagesse budgétaire car c'est un élément important du crédit du pays en Europe et dans le monde. En présence d'une crise mondiale comme le Covid, il va de soi qu'il fallait agir budgétairement pour éviter l'effondrement et une gigantesque crise sociale. Les dépenses supplémentaires étaient nécessaires. **Mais le slogan « quoi qu'il en coûte » était sans doute discutable en France, compte tenu de notre goût immodéré pour la dépense publique.** Ce slogan a été supprimé et c'est bien !

Mais, tout de même, cette crise sanitaire a fait voler en éclat la fameuse « pensée unique »... La pensée dite « unique » ne nous a pas empêchés, nous Français, **de dépenser beaucoup plus que d'autres pendant une période sans crise. Or, la sagesse « en temps normal » permet précisément de faire face aux crises, d'avoir les réserves de munitions en cas de gros temps et d'être crédible quand il faut réagir.** Je prends l'exemple de la crise de 2007-2008. Alors que la BCE était encore toute jeune, nous avons pris des décisions très audacieuses en août 2007 pour éviter la contamination par les *subprimes*. Ce n'était pas illégal mais inédit ! Si nous avons pu agir ainsi pendant toute la crise, c'est parce que la crédibilité de la BCE était intacte. **Il faut être sage « en temps normal » et audacieux quand cela est nécessaire.** Si nous avons été laxistes, nous aurions aggravé la crise. Si nous avons été des idéologues, nous n'aurions pas pu agir en étant créatifs et pragmatiques.

La guerre en Ukraine a contraint les pays européens à augmenter leurs budgets militaires. N'est-il pas temps de revoir les fameux critères de Maastricht (un déficit équivalent à 3 % du PIB et 60 % de dette publique) ?

Mon sentiment est qu'il faut qu'« en temps normal » les encours trop élevés de dette publique diminuent régulièrement, de sorte que les épargnants nationaux, européens et mondiaux puissent avoir confiance dans la signature du pays concerné. C'est du bon sens. Cela ne veut pas dire que les pays européens ne peuvent avoir des niveaux de dépenses publiques différents : **la France dépense**

presque 10 % de son PIB de plus que l'Allemagne ! Mais ces dépenses doivent être financées. Il faut s'interroger en permanence sur leur efficacité car elles pèsent sur les frais généraux du pays par rapport à ses compétiteurs. **Par ailleurs, l'augmentation nécessaire des dépenses militaires ne doit pas être une excuse pour moins de sagesse budgétaire.** Les pays européens doivent faire des arbitrages et clarifier leurs priorités afin de dégager des ressources pour se protéger.

Comment analysez-vous la séquence de la réforme des retraites ?

Nous avons une chance inouïe : **nous vivons plus longtemps** que les générations précédentes. Face à ce phénomène, il n'y a pas 36 solutions pour pérenniser le financement des retraites par répartition : **soit on baisse les pensions ; soit on augmente les cotisations ou l'âge de la retraite.** **Baisser les pensions est naturellement impossible. Augmenter les cotisations l'est également. Il faut donc augmenter le temps de travail.** **La quasi-totalité des pays européens l'ont fait.** Les Italiens travaillent jusqu'à 67 ans, les Espagnols aussi, les Allemands jusqu'à plus de 65 ans. En France, nous n'avons pas suffisamment posé le problème en ces termes. **Le financement équilibré des retraites à long terme est essentiel dans un système par répartition. Si vous introduisez le doute chez les cotisants sur leur future retraite, la confiance s'abîme.** Or cette solidarité intergénérationnelle entre actifs et retraités est un pacte de confiance à dix, vingt, trente ans. **Par ailleurs, lorsque vous augmentez l'âge de la retraite, vous créez de la richesse.** L'une des raisons pour lesquelles nous faisons moins bien que nos partenaires dans les évolutions de revenus par tête est la différence substantielle de l'âge de la retraite.

Le gouvernement n'a pas su faire la pédagogie de cette réforme ?

Je ne fais pas de commentaire politique mais **ce que je retiens, c'est que le gouvernement a tenu bon alors qu'il avait face à lui une grande partie de l'opinion, de l'extrême droite à l'extrême gauche.** **Le gouvernement a fait preuve de courage. Pour notre crédibilité en tant que nation, il aurait été tragique de renoncer.** **Ni nos partenaires ni les épargnants mondiaux qui nous financent n'auraient compris un recul.** D'ailleurs, nos compatriotes voient bien que les réformes ne sont pas seulement douloureuses. Prenez le marché de l'emploi. Depuis la fin du quinquennat de François Hollande et pendant les mandats d'Emmanuel Macron, **le fonctionnement du marché du travail a été amélioré. Ces réformes portent aujourd'hui partiellement leurs fruits : nous avons une meilleure situation de l'emploi qu'il y a quinze ans.** Le discours vis-à-vis de l'entreprise a changé, **les investissements étrangers abondants attestent de notre attractivité retrouvée.** C'est bon pour la prospérité du pays.

L'un des mandats de la BCE est la lutte contre l'inflation. Or, celle-ci explose. Est-ce un échec ?

C'est un formidable défi pour toutes les banques centrales. La BCE a réagi avec sept augmentations de taux d'intérêt successives, ce qui était sans précédent. J'ai confiance dans sa capacité à donner une inflation aux alentours de 2 % à moyen terme grâce aux performances passées : la BCE nous a donné, en moyenne annuelle, une remarquable stabilité sur vingt-cinq ans. Je note que toutes les grandes banques centrales qui émettent les monnaies convertibles ont la même définition de la stabilité des prix : une inflation à moyen terme autour de 2 %. C'est une remarquable convergence récente : le système monétaire international possède désormais une véritable « ancre » nominale depuis la dernière grande crise financière. C'est, à mes yeux, le phénomène le plus important depuis le démantèlement des accords de Bretton Woods.

8 juin 2023 (Le Figaro)

[Pierre Bentata: «L'écologie selon Éric Piolle ou la volonté de table rase» \(lefigaro.fr\)](#)

«L'écologie selon Éric Piolle ou la volonté de table rase»

Par [Pierre Bentata](#)

Publié hier à 19:21, mis à jour hier à 19:21



Pierre Bentata. *Fabien Clairefond*

TRIBUNE - Le maire EELV de Grenoble, Éric Piolle, a déclenché une polémique en proposant de supprimer du calendrier les jours fériés religieux pour les remplacer par des fêtes laïques. Cette proposition trahit une idéologie révolutionnaire qui, selon Pierre Bentata, sous-tend l'ensemble des luttes écologistes.

Pierre Bentata est économiste et essayiste. Il est notamment l'auteur de *Tous notés!* (Éditions de l'Observatoire, 2023).

Le 29 mai dernier, **Éric Piolle, le maire EELV de Grenoble, a déclenché une polémique en proposant de supprimer du calendrier les jours fériés religieux pour les remplacer par des fêtes laïques, liées à la République, à l'abolition de l'esclavage ou encore aux personnes LGBT.** Certains n'ont pas manqué de relever le caractère anticlérical voire la simple négation de l'histoire française ; d'autres ont rappelé la naïveté d'un tel procédé, déjà appliqué par le calendrier républicain, avec l'insuccès que l'on sait.

Pour autant, **dans l'avalanche de critiques, personne n'a semble-t-il pris le temps d'analyser le fond de cette proposition qui en dit long sur l'idéologie des Verts.** Certes, il y a dans cette sortie médiatique une volonté de faire parler à peu de frais, et de rappeler la position antichrétienne des Verts, pour mieux flatter ceux qui détestent les origines de la culture française. **Mais au-delà de la posture, cette proposition illustre l'idéologie tout entière des Verts.**

Le désir d'effacer les références religieuses du calendrier trahit une volonté de table rase ; comme si, pour retrouver de la concorde, il suffisait de décréter que l'Histoire n'existe pas ou mieux, de lui substituer des références inoffensives qui ne sauraient importuner quiconque. Car les fêtes laïques que propose Éric Piolle sont bien de nature à ne froisser personne ; évanescents, sans lien avec la culture et l'histoire française, elles sont aussi parfaites que vides de sens, idéales parce que dénuées de tout intérêt. **Or, cette volonté de remplacer ce qui est par le néant constitue justement l'idéologie écologiste.**

Vide de sens

Quel que soit le sujet traité, on retrouve, en creux, cette même pensée vide, qui propose toujours de remplacer l'existant sans jamais expliciter ce par quoi elle le remplacerait: s'intéressant aux effets néfastes du tourisme de masse, les écologistes décrètent qu'il faut y mettre un terme et lui substituer un tourisme vertueux ou environnemental. Mais jamais ils ne définissent ce dernier, sauf à

dire ce qu'il n'est pas: le bon tourisme est celui qui ne pollue pas, ne dégrade pas l'écosystème, n'engendre pas de mouvements de masse ; bref, celui qui n'a aucun intérêt et ne saurait être perçu comme une activité touristique.

Une économie vertueuse? Une organisation qui ne fatigue plus, libère le travailleur d'une relation d'exploité à exploitant, mais privilégie l'effort humain plutôt que l'usage de la machine et surtout ne produit rien. **D'où l'engouement des écologistes lorsque Bridor a renoncé à ouvrir son usine en Ille-et-Vilaine, privant la région de 500 emplois: car moins d'emplois, davantage de précarité, et cela pour un résultat écologique nul puisque l'usine ouvrira tout de même mais en dehors de France, voilà bien une victoire!**

Partant de l'hypothèse que tout ce qui existe est critiquable, les écologistes en concluent que seul le contraire de ce qui existe est souhaitable

On comprend alors pourquoi le projet écologique vante le droit à la paresse et redoute la découverte d'une énergie infinie et non polluante. **Partant de l'hypothèse que tout ce qui existe est critiquable, les écologistes en concluent que seul le contraire de ce qui existe est souhaitable.** Ainsi, puisque l'effort humain nous a conduits là où nous sommes, il faut le remplacer par la paresse. Et puisque l'énergie pollue, il ne faut pas une meilleure énergie, mais plus d'énergie du tout. Sans doute est-ce l'attitude des écologistes à l'égard de l'alimentation qui résume le mieux cette pensée illusoire. Comme l'écrivait Clément Rosset dans *Le philosophe et les sortilèges*, *«aux yeux de l'écologie alimentaire les mérites d'un produit quelconque se résument non à ce qu'il est, mais bien à tout ce qu'il n'est pas: le meilleur potage est celui dont on vous assure qu'il ne contient ni ceci, ni cela, ni même ceci, etc. ; d'où l'on peut raisonnablement inférer que le produit idéal est celui dans la composition duquel n'entrerait aucun composant.»*

L'écologie serait ainsi une idéologie parfaitement cohérente du point de vue de sa logique interne, mais totalement vide de sens. **Ne proposant aucune alternative et faisant du rien l'idéal et l'horizon indépassable de son programme, elle est, à bien y regarder, une pensée illusoire, ou plutôt l'illusion d'une pensée,** qui n'offre en guise de politique que la promesse de remplacer ce qui existe par quelque chose qu'elle ne peut concevoir et dont personne ne veut. Voilà ce que nous dit véritablement Éric Piolle ; célébrons des fêtes sorties de nulle part, organisons une activité économique qui ne produit rien, mangeons ce qui n'a pas de substance, et tout ira mieux.

8 juin 2023 (Le Figaro)

[Agressions, viols, guerre des gangs... Comment la drogue est devenue le «carburant du crime» en France \(lefigaro.fr\)](#)

Agressions, viols, guerre des gangs... Comment la drogue est devenue le «carburant du crime» en France

Par [Christophe Cornevin](#), [Paule Gonzalès](#), [Stéphane Kovacs](#) et [Jean-Marc Leclerc](#)

Publié hier à 19:06, mis à jour il y a 54 minutes



Des adolescents servent de guetteurs sur des points de deal de drogue (ici, à l'entrée de la cité Frais-Vallon, à Marseille). *VALLAURI Nicolas/PHOTOPQR/LA PROVENCE/MAXPPP*

GRAND RÉCIT - Malgré la répression, les stupéfiants exaltent plus que jamais la violence.

«*On va revenir tous vous tuer, vous gênez notre business!*» C'est ce qu'ont entendu, ce lundi, des parents et des enfants terrorisés aux abords de l'école Brossolette, à Valence, dans la Drôme. Un degré de plus dans l'angoisse qui mine les habitants: deux établissements scolaires ont dû fermer mardi et mercredi dans le quartier du Plan, tandis que les enseignants exerçaient leur droit de retrait. Des rafales de kalachnikov sous les fenêtres, des impacts de balles sur les vitrines des commerçants, une guérilla urbaine entre les immeubles de deux cités rivales: en mai, une série de fusillades liées au trafic de stupéfiants avait secoué Valence, faisant quatre morts et plusieurs blessés. «*Un mode opératoire qui s'apparente au grand banditisme*», assure le procureur de la République de Valence.

Des tabassages dans un coin du parking, on est passé aux fusillades à l'arme lourde. Parfois en plein jour, en plein centre-ville, quitte à faire des victimes collatérales. Des rixes à coups de couteau, des règlements de comptes, des conflits entre bandes rivales «*sur fond de trafic de drogue*», on en recense désormais quasi quotidiennement. Les études montrent que les substances psychoactives sont de plus en plus souvent impliquées dans les violences. Et ce ne sont plus seulement les grandes agglomérations, mais aussi les villes moyennes et les plus petites communes qui sont confrontées à ce fléau. **Le nombre de points de deal est évalué entre 3000 et 4000 sur tout le territoire.**

Selon la dernière enquête «Cadre de vie et sécurité» menée par le ministère de l'Intérieur, **sur les 143 homicides conjugaux en 2021, 10 % des auteurs avaient consommé des substances psychoactives.** Quant aux **femmes ayant subi un viol ou une tentative de viol, 43 % estimaient que l'auteur était sous influence de l'alcool ou de drogue.** La drogue est également de plus en plus impliquée dans les **accidents: chaque année, 700 personnes perdent la vie sur la route dans un accident qui implique un conducteur sous emprise de stupéfiants.**

Enchaîner des «contrats»

Au cœur de la criminalité organisée, la chronique des trafics s'écrit en lettres de sang. L'un des derniers épisodes remonte à lundi soir, 5 juin, à Marseille, dans la cité du Castellas, minée en profondeur par un deal endémique et les règlements de comptes entre «narcocâids». Surpris à la tombée de la nuit par des inconnus encagoulés, **un guetteur a été tué de trois balles** alors qu'il tentait de se réfugier dans une **mosquée**. Le 3 avril au soir, le quartier avait été endeuillé par la mort de deux hommes de 21 et 23 ans, fauchés dans une fusillade. La même nuit, deux adolescents de 15 et 16 ans étaient également tombés sous les projectiles, **dans le quartier de la Joliette**, cibles d'un **tueur commandité**. **Interpellé trois jours plus tard, l'assassin présumé, âgé de 18 ans, est soupçonné d'être issu d'une nouvelle génération de tueurs à gages, recrutés pour enchaîner des «contrats»**. **Les têtes sont mises à prix pour quelques centaines d'euros et les sicaires, jouissant d'un sentiment d'impunité, filment leurs actes avant de les diffuser sur les réseaux sociaux pour prouver au commanditaire que la mission a été accomplie.**

Depuis janvier, la Cité phocéenne a déjà été le théâtre de 23 fusillades mortelles, au grand dam d'une population traumatisée. Le 10 mai dernier, l'émoi a atteint son paroxysme **quand une mère de famille, victime collatérale, a été tuée d'une balle dans la tête sous les yeux de sa fille de 19 ans**. «*L'an dernier, on en comptait 32 sur toute l'année. Ce regain de violence est effrayant*», déplore Rudy Manna, porte-parole de la région Sud au syndicat de police Alliance.

Le crack reste la drogue qui pourrit le plus la vie des habitants, en raison des bagarres et de la violence que cela génère

Un gradé parisien

Pour tenter de briser cette spirale mortifère, l'exécutif affiche depuis 2019 sa volonté de «*combattre les réseaux, de l'international à la cage d'escalier*». À la pointe de la traque, l'Office antistupéfiant (Ofast) cible le haut du spectre des filières. Depuis lors, les saisies records s'enchaînent, à l'image des 128,6 tonnes de cannabis confisquées en 2022 (+ 15 % par rapport à 2021) et 27,7 tonnes de cocaïne interceptées (+ 5 %) dans la même période. «*Actuellement, la teneur moyenne de la poudre blanche en principe actif n'a jamais été aussi élevée (72 %)*», grince un gradé parisien. **Qui souligne cependant que «le crack reste la drogue qui pourrit le plus la vie des habitants, en raison des bagarres et de la violence que cela génère».**

À Paris, alors que **le trafic de crack** s'étend dans les quartiers nord, **les riverains «éprouvent au quotidien» l'agressivité des toxicomanes, qui leur «pourrit la vie»**. Sophie, voisine de la salle de shoot de Paris, près de l'hôpital Lariboisière dans le 10^e arrondissement, «*n'en peu(t) plus*». «*Des scènes d'injection, de deal, des bagarres, des cris, de la mendicité agressive, des agressions verbales ou physiques, on en a tous les jours sous nos fenêtres*, énumère-t-elle. *Je suis inquiète pour mes trois enfants ; chaque jour je leur répète: "Planque bien ton portable..."* **La violence, c'est aussi le déni de toutes les autorités - puisque ça ne touche qu'un petit bout du quartier - dont certaines nous disent qu'on n'a qu'à déménager...»**

Des riverains de l'hôpital Lariboisière, qui se sont habitués à faire «profil bas», s'organisent pour ne pas sortir seuls et éviter le regard d'un toxicomane en manque. «*Surtout ne pas l'aborder en solo et ne jamais le contrarier*, recommande Thomas Fiaschi, un instructeur de self-défense dans les Alpes-de-Haute-Provence, qui organise des formations pour le milieu hospitalier. **Car, lorsqu'un individu est sous produits, sa force est démultipliée, et il ne ressent pas la douleur. Il y en a qui continuent à se battre avec un seul bras alors que l'autre est fracturé...»**

Victimes de violences gratuites

En Île-de-France, estime l'Ofast, plus de la moitié des points de deal se trouvent en Seine-Saint-Denis, soit 185. Éric Mathais, le procureur du tribunal de Bobigny, le dit très tranquillement, comme une

évidence: **«Les stupéfiants sont la matrice d'une grande partie de la délinquance en Seine-Saint-Denis»**, le premier département de France pour les homicides et les tentatives d'homicide. Des violences directes ou induites que le magistrat dissèque: **«Il y a d'abord celles des consommateurs qui ont besoin d'argent et qui pratiquent les vols avec violences, à la tire et à l'arraché, beaucoup sur la voie publique et dans les transports en commun»**, rappelle-t-il. Il insiste aussi sur le cauchemar vécu par **«les habitants citoyens honnêtes»**, qui, à certains moments, tentent de protester. **«La semaine dernière, évoque le magistrat, nous avons eu à l'audience une famille qui a tout fait pour éviter à ses enfants de tomber dans ces organisations criminelles et résister aux nuisances provoquées par les trafiquants: tous ont été victimes de violences gratuites.»** Par ailleurs, **«une partie non négligeable des violences sur les forces de l'ordre, sur les personnes dépositaires de l'ordre public ou les agents des services publics obéissent à la volonté des trafiquants d'exclure l'État de ces zones de trafic pour s'approprier ces territoires»**. Le procureur détaille également **«toutes les violences liées aux dettes de stupéfiants»**. **«Les dealers approvisionnés par les trafiquants ont consommé leur dose ou n'ont pas été capables de les revendre et sont donc mis à l'amende: cela se traduit souvent par des actes de torture ou de barbarie.»** À cela s'ajoutent les escroqueries durement punies. **«En langage de voyou, cela s'appelle le carottage: c'est le vol de stup ou bien l'oubli de livraison, punis par des moyens violents.»** **Évidemment, les rivalités entre réseaux de délinquants rentrent aussi en ligne de compte.** **«Des rivalités commerciales, pourrait-on dire, si l'on est cynique, pour la conquête de territoires ou la réappropriation de points de deal lucratifs, donnent lieu à des expéditions punitives, des intimidations, des homicides volontaires ou involontaires.»**

Les profits que la drogue génère constituent un puissant levier criminel

Jean-Paul Megret, secrétaire national du Syndicat indépendant des commissaires de police (SICP)

Selon les statistiques du ministère de l'Intérieur et du parquet de Bobigny, **«la moitié des tentatives d'homicide et des homicides est liée au trafic de stupéfiants, soit, respectivement, 55 et 9 faits»** en 2022. À titre de comparaison, le parquet de Marseille indique qu'entre le 1^{er} janvier et le 5 juin 2023, **«26 personnes sont décédées des suites d'un homicide volontaire en bande organisée sur le ressort du tribunal judiciaire»**.

Le trafic et la consommation de médicaments sur la voie publique inquiètent également, désormais, le parquet de Bobigny. **«Particulièrement rémunérateur, ce trafic va forcément entraîner de nouvelles violences»**, explique-t-on. **Des toxicomanes de plus en plus «polyconsommateurs», ce qui complique la comptabilité judiciaire.** Car les violences, notamment routières, incluent certes l'alcool et les stupéfiants au rang des circonstances aggravantes, mais on ne les distingue pas statistiquement. **«Plus généralement, fait-on remarquer à la Chancellerie, les forces de police se contentent souvent de l'éthylotest et le doublent rarement du test salivaire. Quant à eux, les parquets qui ont l'opportunité des poursuites font le choix des stratégies judiciaires les plus efficaces et ne privilégient pas forcément les stupéfiants.»** En creux, l'existence d'un chiffre noir des violences liées à **«des personnes agissant sous l'emprise manifeste de stupéfiants»**, comme le dit le code de procédure pénale. Les condamnations en témoignent: certes, elles augmentent à hauteur de 237 en 2022, contre 113 en 2018, mais elles restent sous-estimées par rapport au fléau qu'elles représentent.

Secrétaire national du Syndicat indépendant des commissaires de police (SICP), Jean-Paul Megret l'assure: **«La drogue est bien le carburant du crime.»** Pour cet ex-numéro deux de la brigade des stup de Paris, promu patron de la brigade de répression du proxénétisme (BRP), **«la violence qu'elle induit s'inscrit dans une chaîne de comportements»**. Elle se caractérise d'abord par les multiples agressions commises par les «camés» pour s'offrir leur «dope», les bouffées délirantes des fumeurs de crack, si difficiles à canaliser, les mises en danger d'autrui au quotidien, sous les effets des psychotropes. Et de citer **parallèlement la «désocialisation» d'une large partie de la jeunesse, notamment, comme une violence faite à soi-même.** Pour le commissaire Mégret, **«l'infraction à la**

législation sur les stupéfiants représente l'infraction phare, tant **ce fléau aliène l'individu et dégrade le lien social**». Il constate également **«une radicalisation dans la lutte entre trafiquants, sur fond de banalisation de l'accès aux armes pour des belligérants de plus en plus jeunes**». **«Les profits que la drogue génère constituent un puissant levier criminel**», poursuit-il. **L'appât du gain, chez les tenants du trafic, justifiant les pires dérives, abolissant toute frontière morale, jusqu'à anéantir la valeur de la vie humaine, aux yeux des plus frustes**. Et ce policier chevronné, très au fait de la situation internationale pour avoir effectué de nombreuses missions à l'étranger, de conclure: **«En Amérique centrale, la drogue a tout balayé.»**

Marché lucratif

Depuis son commissariat du Grand Est, une cadre de la Sécurité publique décrit ce qu'elle ressent à son niveau local, celui de la police du quotidien: **«Comment ne pas faire la guerre à la drogue? En matière de violence routière, un tiers des accidents mortels mettent en cause chez nous un conducteur sous l'emprise de stupéfiants»**, déclare-t-elle. Son service est aussi engagé pleinement dans la résorption des points de deal, politique orchestrée par le ministre de l'Intérieur, Gérald Darmanin, comme une marque de fabrique, puisque **«la drogue est la mère des batailles»**, assure, avec la foi du charbonnier, notre commissaire. **Selon elle, «les violences urbaines, l'économie parallèle et l'absentéisme scolaire, tout est lié dans nos banlieues les plus exposées»**. À l'entendre, **«la drogue et son argent facile ont depuis longtemps ruiné la valeur du travail aux yeux d'adolescents pour qui le quartier à défendre est devenu la seule référence, sur fond de communautarisme exacerbé»**, ajoute-t-elle.

La drogue détourne l'attention d'une partie de la jeunesse, elle la corrompt dès 13 ou 14 ans, lui offrant des perspectives de carrière par le crime

Un cadre de la Sécurité publique, basé dans les Hauts-de-France

«La drogue détourne l'attention d'une partie de la jeunesse, elle la corrompt dès 13 ou 14 ans, lui offrant des perspectives de carrière par le crime», renchérit l'un de ses collègues, basé dans les Hauts-de-France. Ce chef de circonscription se veut lucide: **«La France a opté pour une approche plus répressive, et l'on voit effectivement peu de campagnes de santé publique sur ces questions, à la différence de ce qui se fait dans d'autres pays.»** Il ajoute: **«Si le marché de la drogue est si lucratif, c'est qu'il séduit dans tous les milieux.»** Selon lui, **«l'intensification des amendes forfaitaires délictuelles contre les usagers se heurte à un problème de recouvrement des sommes exigées»** et **«l'espoir d'assécher les points de deal de leurs clients reste bien mince»**, reconnaît-il.

Il n'en reste pas moins vrai que la drogue et son cortège de violences mobilisent chaque jour davantage policiers, gendarmes, douaniers et magistrats. **«Baisser la garde, c'est ouvrir un boulevard aux mafias»**, assure le commissaire Mégret. L'hôte de Beauvau partage depuis longtemps cette analyse.

7 juin 2023 (Contrepoints)

[Comment se débarrasser de 3 000 milliards d'euros de dette ? \(contrepoints.org\)](https://contrepoints.org)

Comment se débarrasser de 3 000 milliards d'euros de dette ?

[Philippe Lacoude](#)

Comment se débarrasser de 3000 milliards de dette publique ? Philippe Lacoude donne quelques pistes.



Publié le 7 juin 2023

Tout porte à croire que nos « premiers de la classe » ont évité de se prendre à nouveau une mauvaise note car, après la dégradation de la note de la dette française par l'agence Fitch [en avril](#), l'agence Standard and Poor's [maintient](#) finalement le AA de l'État français.

Dette et notes...

Lorsque la dette publique d'un pays augmente, non seulement en pourcentage du produit intérieur brut, mais surtout en pourcentage de ses recettes fiscales – qui sont la vraie mesure de sa capacité de remboursement – la probabilité que l'État fasse défaut augmente.

Ce risque de défaut pèse sur les détenteurs d'obligations. Leurs actifs n'ont pas autant de valeur intrinsèque que de valeur faciale. En d'autres termes, on ne peut pas dire qu'une dette de 100 euros vaut cette valeur s'il existe 3, 5 ou 10 % de probabilités qu'elle ne soit pas remboursée.

En conséquence, si une banque pouvait valoriser le titre de la dette souveraine de 100 euros du Bélouchistan inférieur pour 100 euros dans son bilan, elle tromperait ses actionnaires.

Si le Premier ministre du Bélouchistan inférieur déclare que les caisses du Trésor sont vides, notre banque devrait donc enregistrer une perte en conséquence dans ses comptes de résultats et de bilan.

Il doit donc exister un mécanisme pour décoter certaines obligations d'État.

La Banque des règlements internationaux ([BIS](#)) préconise une technique comptable en conséquence ([ici](#) et [là](#)) dont on peut d'ailleurs déplorer la [mansuétude](#) à l'égard des dettes publiques...

L'idée est d'utiliser les services d'agences de notations ([NRSRO](#)) privées et indépendantes et d'appliquer une pénalité comptable aux « mauvaises dettes ».

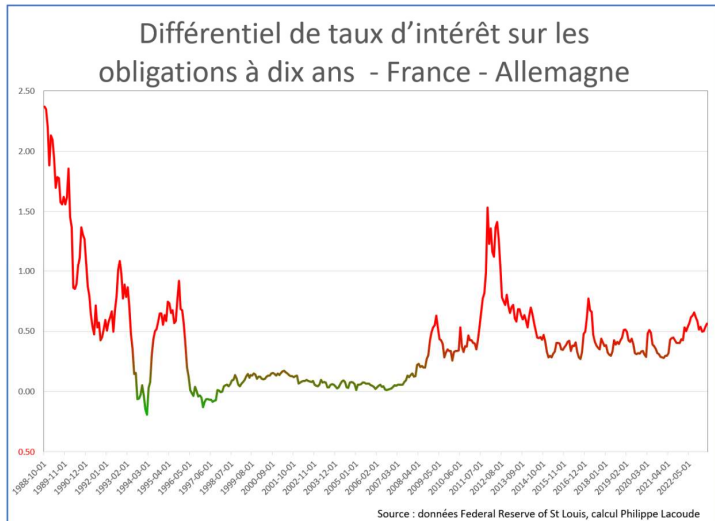
Hausse du coût des emprunts

À chaque dégradation de la note de la France, l'État doit payer un peu plus que les autres pays qui ont une dette moins élevée ou une meilleure note.

À plus de [3000 milliards](#) d'euros de dette publique, toute hausse, même minime, des taux d'intérêt se transforme vite en milliards d'euros.

Un pays qui aurait moins de dettes publiques, en pourcentage de son économie, paierait un taux plus bas à ses créanciers.

Pour cette raison, la France paie un taux d'intérêt sur ses obligations à dix ans substantiellement plus élevé que l'Allemagne :



Comme nous pouvons le voir, le passage à l'euro a été l'occasion d'un resserrement des taux entre la France et l'Allemagne.

Pendant une longue période, qui a duré jusqu'à [la crise grecque](#), il n'y avait pas vraiment de différence, en pratique, entre la signature allemande et la signature française.

Puis le sarkozysme est arrivé, – une gabegie d'argent public avec près de 622 milliards d'euros de dettes supplémentaires tandis que le reste de l'Europe essayait de contrôler ses dépenses. Le taux des obligations d'État françaises est monté à 1,5 % au-dessus de l'Allemagne.

Un coût réel

Depuis, le différentiel n'est jamais retombé à zéro.

S'il a l'air minime, à peine 0,56 % en avril avant la dégradation de Fitch, il est quand même non négligeable dans le sens où ces 0,56 % s'appliquent en partie à 3 000 000 000 000 euros.

Il est difficile de chiffrer la facture exacte car la dette française a une maturité moyenne de neuf ans. Elle est composée de produits à très court terme, d'obligations à 10 ans et de quelques titres à presque 50 ans.

Ceci dit, clairement, si l'on regarde la courbe, la défiance des marchés et des agences de notation envers la dette française a coûté plus de 100 milliards d'euros depuis la crise grecque.

Des agences accommodantes

Comme nous l'évoquions [ici](#) lors du passage de la France à 3000 milliards de dettes publiques, « les agences de notations sont toujours très en retard sur les marchés mais elles réviseront inévitablement la note de la dette française ».

C'était une semaine avant la dégradation de la note française par Fitch.

Les agences réagissent des mois après que les situations financières des États ou des entreprises se dégradent.

En ce sens, l'abaissement de la note française par Fitch hier, ou probablement de Standard and Poor's et Moody's demain, est ainsi plus ou moins inévitable.

Le maintien de la note AA par Standard and Poor's n'est à coup sûr que temporaire compte tenu des actes économiques irrationnels passés des principaux dirigeants français ainsi que de la récession mondiale qui s'annonce plus sévère que prévue.

En fait, les agences sont extrêmement laxistes : il est absolument évident que l'État français ne remboursera jamais ses 3000 milliards de dettes en termes réels.

Je mets au défi quiconque de m'expliquer comment on rembourse 3000 milliards d'euros de dette publique avec 293 milliards de recettes fiscales lorsque l'on dépense 455 milliards chaque année...

Au mieux, les investisseurs ne pourront récupérer cette somme qu'en valeur nominale, c'est-à-dire en euros qui seront complètement dévalués. Au pire, il arrivera un moment où il faudra restructurer la dette française en appliquant une décote aux valeurs nominales, en disant, par exemple que le Trésor ne paiera que 60 ou 70 centimes pour chaque euro de dette.

Se protéger

Cette facture sera payée par tous les actionnaires des compagnies d'assurance et des banques, et par tous ceux qui détiennent directement ou indirectement des titres d'État, pensant qu'ils sont moins risqués qu'ils ne le sont vraiment...

Beaucoup de Français, qui ne comprennent pas vraiment les rouages de la finance, seront frappés de plein fouet lorsqu'ils prendront la mesure de l'exposition de leurs produits financiers favoris, vendus par des commerciaux ignares ou désinvoltes.

Une faillite inéluctable ?

Il y a quelques années, alors que nous discutons en petit comité de ce triste état de fait, un grand économiste français a déploré le fait que « nous sachions pourtant très bien ce qu'il faudrait faire ».

Ma réaction initiale a été l'incrédulité dans le sens où je ne pense pas que la trajectoire puisse être infléchie, à ce point.

Mais après tout, si nous pouvions instantanément enseigner les finances publiques à ceux qui refusent la réalité de la physique, de la biologie, et qui considèrent que les mathématiques sont discriminatoires, savons-nous vraiment ce qu'il convient de faire ?

Comment se débarrasser de 3000 milliards de dette publique ?

Si nous commençons par rejeter l'idée farfelue de sortir de l'euro de façon à pouvoir les rembourser en « nouveaux nouveaux francs » en faisant tourner la planche à billets, il ne peut s'agir que de diluer cette somme pharamineuse de 3000 milliards dans une économie dont la taille réelle – et pas seulement nominale – a doublé ou triplé.

D'abord faudrait-il que cette somme cesse immédiatement de grossir. Il faudrait ramener la dépense publique exactement au niveau des recettes et s'interdire toute émission de dette nouvelle. Ceci implique de comprimer les 455 milliards de dépenses nettes du budget général et de les ramener aux 293 milliards de recettes.

En d'autres termes, il faudrait se passer d'au moins un bon million de fonctionnaires, ramenant ainsi la fonction publique de la France au niveau de celle de l'Allemagne, per capita. La tâche serait politiquement ardue mais économiquement facile tant il est vrai qu'il y a beaucoup plus de fonctionnaires qui travaillent que de fonctionnaires qui produisent...

À l'évidence, les impôts ont atteint un tel point qu'ils étouffent l'activité des individus. Il faudrait donc drastiquement les baisser pour augmenter l'activité. Tout aussi nocifs que les impôts, les réglementations en tout genre – dont le Cerfa est le symbole – devraient disparaître à un rythme soutenu. **Enfin, il faudrait arrêter de tout subventionner, des éoliennes aux cantines scolaires, des transports en commun aux entreprises d'État...**

Enfin, il faudrait massivement privatiser tout ce qui peut l'être – l'État a des actifs immobiliers considérables – pour faire émerger une nouvelle classe d'actionnaires et de propriétaires. **Il est impossible d'avoir une croissance élevée sans engager des masses importantes de capital.**

En somme, il faudrait adopter le Code du travail suisse, le Code des impôts singapourien, et l'entrepreneuriat américain.

Ce serait douloureux à court terme, mais bien moins que l'effondrement brutal des finances publiques dans le désordre et la violence...

7 juin 2023 (Contrepoints)

[Il est urgent d'enseigner l'économie aux plus jeunes \(contrepoints.org\)](https://contrepoints.org)

Il est urgent d'enseigner l'économie aux plus jeunes

[Pierre Robert](#)

L'incompétence des Français et de leurs élites en économie porte une responsabilité considérable dans un certain nombre de maux qui affectent notre pays.

Publié le 6 juin 2023

Lorsque les instituts de sondage les interrogent, les Français dans leur grande majorité disent [s'intéresser à l'économie](#) et plus de 70 % d'entre eux jugent moyen, élevé ou même très élevé leur niveau de connaissances dans cette discipline. En revanche, les études menées par la Banque de France ou le ministère des Finances montrent qu'ils n'ont dans ce domaine que des notions très approximatives.

Intéressés mais incompétents

Or, comme le souligne Olivier Babeau, président de [l'institut Sapiens](#) : « **Le vrai problème de l'économie n'est pas que les gens n'y comprennent rien, il est que chacun est persuadé a priori d'y comprendre quelque chose** ».

Cette fausse certitude alimente leur hostilité envers l'économie de marché dans laquelle ils vivent – et qui a pourtant fait leur prospérité – ainsi qu'un extraordinaire degré de défiance mutuelle.

À la question : « En règle générale, pensez-vous qu'il est possible de faire confiance aux autres ou que l'on n'est jamais assez méfiant ? », seulement 21 % des sondés répondent faire confiance aux autres, soit plus de trois fois moins que dans les pays nordiques. Les enquêtes sur les valeurs du World Value Survey montrent aussi que 52 % des Français pensent que « de nos jours, on ne peut arriver au sommet sans être corrompu » contre 20 % des Américains.

Ces convictions nourrissent un pessimisme outrancier.

En 2022 une enquête IFOP indiquait que seulement 17 % des Français envisageaient le futur avec optimisme, soit une proportion bien moins élevée qu'au Nigéria ou en Irak. La confiance dans l'avenir, élément pourtant indispensable à la prospérité d'un pays n'est donc pas le fort de nos compatriotes, ce qui n'est pas sans lien avec leur ignorance des mécanismes économiques élémentaires.

Le poisson pourrit par la tête

Au sein des élites, la situation n'est pas meilleure.

De peur peut-être de se noyer « dans les eaux glacées du calcul égoïste » (Engels et Marx), il est de bon ton d'ignorer les apports d'une discipline perçue comme triviale. Qualifiée par Flaubert de « science sans entrailles » et par d'autres de science lugubre, elle oblige à compter et donc à rendre des comptes. Elle a donc tout pour déplaire à nos responsables politiques bien persuadés qu'on ne soulève pas les foules avec une chose aussi froide que l'économie.

Ce tropisme est favorisé par le fait que l'enseignement de l'économie est quasiment absent des programmes des grandes écoles, ou n'y occupe qu'un maigre strapontin.

Le premier cas est illustré par l'école nationale de la magistrature. On l'y chercherait en vain, alors même que ses étudiants auront à connaître de nombreux litiges dont les aspects économiques et financiers sont essentiels. **L'ENA relève du deuxième cas de figure, avec une tendance à ne voir l'économie que du point de vue de l'État et des finances publiques.** L'école centrale de Lyon offre une variante catastrophiste à ce schéma en proposant à ses étudiants un cours dont l'objectif est de « comprendre le monde économique contemporain comme un emboîtement de crises » : « **crise du capitalisme, crise de la mondialisation et des inégalités, crise planétaire des écosystèmes** ». On fait mieux pour transmettre le goût d'entreprendre et affronter avec succès les défis du monde qui vient.

Une condition indispensable pour y parvenir est de faire reculer l'inculture économique dont les conséquences sont très négatives pour la démocratie (40 % votent pour des programmes aberrants en termes économiques), le dialogue social et le dynamisme des entreprises.

L'école à la rescousse

D'où l'importance de poser très tôt les bases du raisonnement en économie et de familiariser les plus jeunes avec les concepts les plus simples de la discipline.

À la fin du XIXe siècle [Le Tour de France par deux enfants](#), un manuel scolaire tiré à des millions d'exemplaires et étudié en cours moyen dans toutes les écoles de la Troisième République, permettait de transmettre à tous les élèves du primaire un minimum de connaissances sur les activités de production et d'échange. Aujourd'hui, ce domaine a été laissé en jachère avec les conséquences négatives que l'on sait. À l'ère numérique, il n'est pas question de ressusciter les recettes du passé mais rien n'empêche de réfléchir à la manière dont on pourrait les remplacer.

Un dispositif adapté à notre époque devrait avoir pour objectif d'explicitier les mécanismes et les concepts nécessaires à la compréhension des mondes économiques.

Tout enfant a la capacité de comprendre facilement que si un jour de grande chaleur les ventes de glaces augmentent et la fréquence des coups de soleil aussi, le second phénomène n'est pas la cause du premier. **La confusion entre corrélation et causalité fait pourtant bien des ravages comme je l'ai souligné dans un précédent article.**

Mais il y a bien d'autres pièges comme celui que tend l'extrapolation des tendances du passé : en les prolongeant, [Malthus prédisait à la fin du XVIIIe siècle une série de catastrophes qui ne se sont pas produites](#). Plus récemment [Paul Ehrlich](#), auteur en 1968 de [La Bombe P](#) (pour population) aboutissait à des prédictions tout aussi apocalyptiques et tout aussi fausses.

Il faudrait également apprendre aux écoliers à se méfier de l'adjectif exponentiel, un mot utilisé à tort et à travers pour faire peur alors que son sens est précis et qualifie des phénomènes dont l'occurrence est rare.

L'arithmétique comme voie d'accès à l'économie

Plus essentiel encore, il faudrait amener nos enfants à manier avec aisance la règle de trois, les initier au calcul des pourcentages, et plus globalement leur faire découvrir l'utilité du calcul mental.

Cela permettrait de résoudre les difficultés que nombre de nos compatriotes rencontrent pour effectuer un calcul d'intérêts simples. À la question « Si vous avez placé 100 euros et que le compte est rémunéré à 2 %, combien aurez-vous au bout d'un an sur votre compte ? », 42 % des personnes interrogées en 2014 ne donnaient pas la bonne réponse, soit 102 euros, ce qui est consternant.

Dans le même ordre d'idées, il ne serait pas inutile de leur apprendre à distinguer une moyenne d'une médiane ou ce qui est proportionnel de ce qui est progressif.

Il ne devrait pas non plus être trop difficile de les aider à déjouer les pièges de l'addition.

Un maître expliquant que l'addition de carottes, de camions et de tubes de dentifrice n'a pas de sens préparerait ses élèves à comprendre que l'agrégation des données que pratique la comptabilité nationale pour [mesurer le PIB](#) est une opération délicate. Il pourrait aussi attirer leur attention sur les mirages de la division car tout ne se divise pas : le travail par exemple est-il toujours susceptible d'être partagé ? L'addition réserve également des surprises dans la mesure où parfois $1 + 1$, c'est plus ou moins que 2 : lorsque deux élèves travaillent ensemble ou lorsque deux entreprises fusionnent, le résultat peut aller au-delà ou en deçà de l'addition de leurs performances respectives considérées séparément.

Quant à la multiplication, elle peut réserver des surprises : au-delà d'un certain seuil elle n'a pas que des effets quantitatifs, mais provoque des sauts qualitatifs et bouleverse les équilibres existants comme c'est le cas avec, par exemple, la multiplication des demandes d'asile.

Initier les élèves aux subtilités de l'arithmétique leur permettrait plus tard de repérer bien des raisonnements fallacieux.

Ainsi lorsque deux grandeurs (dépenses de fonctionnement et prestations sociales) augmentent au sein d'un tout (les dépenses publiques) mais que la première progresse moins vite que la seconde, peut-on en déduire que la première baisse et que cette diminution est à la source de tous les maux de notre société ? À l'évidence non, et c'est pourtant un argument que soutenait récemment sans vergogne le participant à un débat sur la dérive des comptes de nos administrations. Ce type de raisonnement faux est extrêmement répandu, et il faut armer les jeunes cerveaux pour leur éviter de tomber dans le piège.

Comment transmettre les notions de base ?

Quant aux concepts, il est tout aussi envisageable d'expliquer à de jeunes enfants ce que recouvrent les notions d'offre, de demande, de prix, de coût, de marge, de concurrence, de monopole, de rareté, d'emprunt, de dette, d'entreprise, d'innovation ou de valeur ajoutée.

Il serait également salutaire de leur faire saisir la différence entre inégalité et injustice.

L'Éducation nationale étant ce qu'elle est, on ne peut pas compter sur elle pour introduire une telle nouveauté, mais on peut très bien envisager de commencer à le faire dans un cadre périscolaire. Il faut donc imaginer la création de lieux alternatifs d'enseignement de la logique, du droit et de l'économie pour les petits enfants, un enseignement à rendre aussi attractif que l'équitation et moins rébarbatif que l'apprentissage du solfège.

Pour atteindre cet objectif l'enjeu est de varier les approches et de rapprocher les disciplines.

On dispose à ce titre d'un riche patrimoine d'œuvres littéraires évoquant les mondes économiques, qu'il s'agisse de fables (comme celles de La Fontaine ou Mandeville), de poèmes (Émile Verhaeren) de contes philosophiques (Voltaire) ou d'extraits de romans (Victor Hugo ou Blaise Cendrars parmi bien d'autres).

Leur apport serait enrichi par les multiples ressources qu'offrent les arts visuels grâce à des reproductions de tableaux représentant toutes sortes d'activités humaines, de sculptures figurant des travailleurs ainsi qu'à des photographies et à des passages de films mettant en scène le monde de la production, les lieux d'échange et les acteurs qui les animent. Ce travail serait complété en évoquant l'histoire des marques ainsi que la biographie d'inventeurs célèbres et de grands capitaines d'industrie. Quant à la transmission des bases du calcul mental et du raisonnement logique, le domaine mathématique est riche d'un grand nombre de jeux et d'énigmes à résoudre.

Un enjeu vital

L'inculture économique entretient les maux de notre société en affaiblissant sa capacité à se transformer pour affronter le monde qui vient. **La faire reculer est vital car sans un minimum de culture économique partagée au sein d'un pays, on ne peut y faire émerger une compréhension commune de la situation. Dès lors, on se prive de la possibilité de surmonter collectivement les obstacles à venir. Autrement dit, on fonce dans le mur en klaxonnant. Enseigner l'économie à l'école aiderait les futurs citoyens à ne pas s'y fracasser.**

7 juin 2023 (Le Point)

[« Ni intéressant ni utile » : le rapport Pisani-Ferry sur le climat étrillé \(lepoint.fr\)](#)

« Ni intéressant ni utile » : le rapport Pisani-Ferry sur le climat étrillé

ENTRETIEN. Spécialiste des systèmes énergétiques, le professeur au Collège de France Marc Fontecave déplore une approche simpliste, occultant la complexité du sujet.

Propos recueillis par [Géraldine Woessner](#)



Pour Marc Fontecave, « monsieur Pisani-Ferry prétend définir une politique énergétique en ne prenant en compte qu'un seul et unique critère : celui des émissions de CO₂, comme si la France n'avait pas d'autres problèmes à régler ». © JACOPO LANDI / Hans Lucas / Hans Lucas via AFP

Publié le 04/06/2023 à 09h24

Le plan est présenté, les financements évoqués... Mais quelles modalités d'action ? Alors que Matignon a récemment dévoilé ses objectifs secteur par secteur pour réduire les émissions de gaz à effet de serre et se conformer aux nouvelles exigences de Bruxelles, experts et spécialistes s'interrogent. Si Élisabeth Borne semble déterminée à agir, elle n'a pas dévoilé les leviers qu'elle compte actionner ni les moyens qui seront consacrés au grand plan de décarbonation censé précipiter la France sur la voie du « zéro carbone », les résultats attendus d'ici à 2030 devant égaler ceux obtenus... au cours des trente années précédentes.

Comment ? Avec quel argent ? Et quelles technologies ? Mystère... **Professeur au Collège de France, où il a consacré son cours de l'année à la transition énergétique et aux défis que soulève la décarbonation du pays, le professeur Marc Fontecave (également à la tête du Comité de prospective en énergie de l'Académie des sciences) juge sévèrement ces objectifs, comme le rapport présenté le même jour par l'économiste Jean Pisani-Ferry, mandaté par Matignon pour proposer des pistes permettant de financer la transition.**

Le Point : Depuis le 22 mai et la présentation, par Élisabeth Borne, d'un plan pour réduire dès 2030 de 55 % les émissions de la France par rapport à 1990, pas un jour ne passe sans que soit commenté le rapport remis le même jour par l'économiste Jean Pisani-Ferry sur « les incidences économiques de l'action pour le climat ». **Il est possible, affirment les auteurs, d'atteindre la neutralité carbone en 2050, au prix d'investissements très importants, soutenus par un « ISF vert » et par la dette publique.** Partagez-vous l'idée que ce rapport, comme le disent certains, « marque un réel tournant » ?

Marc Fontecave : Ce rapport m'a consterné, par son manque d'originalité et de profondeur. Bien sûr, il faut investir pour la transition énergétique. Mais **monsieur Pisani-Ferry prétend définir une politique énergétique en ne prenant en compte qu'un seul et unique critère : celui des émissions de CO₂, comme si la France n'avait pas d'autres problèmes à régler – économiques, sociaux, industriels, technologiques ! Et la seule voie qu'il envisage pour le faire, dans une perspective d'inflation, est une masse d'investissements non productifs, de déficit public massif, assortis de baisses de production et de pertes d'emplois. Surprenante perspective !** En écrivant que la transition « sera pilotée d'abord par les politiques publiques et non par les innovations technologiques et les marchés », **les auteurs entretiennent l'idée qu'il n'existe pas de barrières technologiques, et que l'État serait à même de résoudre tous les problèmes... C'est un mythe.** Pour lever ces barrières, il faut toujours plus de science, d'innovation, et donc plus d'investissement dans la recherche aussi bien publique que privée. Enfin, **le même rapport reconnaît que la France pesant aujourd'hui « moins de 1 % des émissions mondiales de GES », ses efforts pourraient n'avoir sur le climat qu'un effet marginal s'ils n'étaient pas suivis conjointement par les autres pays.** Cela montre la pauvreté d'une vision qui se borne à lister les investissements nécessaires pour que les courbes d'émissions baissent, sans nous dire quels seront les impacts réels de ces investissements en termes d'emplois, de souveraineté industrielle, de niveau et de qualité de vie... En définitive, ce n'est ni intéressant ni utile. **Évidemment, nous devons diminuer nos émissions de CO₂. Mais il faut le faire à travers des approches et des solutions qui englobent tous les paramètres.**

La France pourrait connaître un réchauffement de 4 °C d'ici à la fin du siècle – une réalité que les pouvoirs publics n'ont admise que très récemment. Dans cette perspective, n'est-il pas souhaitable que le gouvernement accélère, en fixant des objectifs chiffrés de baisse des émissions d'ici à 2030 ?

De nombreux acteurs réagissent aujourd'hui avec la fébrilité des nouveaux convertis. Lorsqu'en 2014, avec l'économiste Philippe Aghion, nous alertions sur le risque que faisait courir au pays le projet de réduction du parc nucléaire, pilier de notre décarbonation, on nous a ri au nez. Les mentalités sont lentes à évoluer... De la même manière, **je dis depuis longtemps que les promesses de « zéro carbone en 2050 » et d'un réchauffement limité à 1,5 degré à la fin du siècle sont inatteignables.** Enfin, on reconnaît que le réchauffement sera plus important (+ 1,5 °C en France, on y est déjà). Mais on sait également, et depuis le début, **qu'on ne se débarrassera pas des fossiles comme ça. Cela ne me fait pas plaisir, mais il faut regarder la réalité en face : 80 % de l'énergie consommée aujourd'hui sur la planète provient de ressources fossiles. En France, nous en sommes encore dépendants à 60 % !**

Il existe dans le monde 9 000 centrales à charbon, dont la moyenne d'âge n'est que de 20 ans, selon l'Agence internationale de l'énergie (AIE), et plusieurs centaines sont actuellement en chantier, notamment en Chine. Pour porter leur développement, avec une population qui augmente, de très nombreux pays vont continuer à brûler du charbon, y compris en Europe. À un horizon proche, on ne se passera pas de certains objets carbonés : plastiques, médicaments, solvants, vêtements, herbicides... Les chefs d'entreprise et les politiques doivent avoir le courage de dire que les objectifs de l'accord de Paris ne seront pas tenus – graver dans le marbre des chiffres aussi précis, auxquels on s'accroche aujourd'hui comme s'ils étaient la loi divine, a été une catastrophe. Non seulement cela nous a fait perdre tout sens critique, mais comme ils ne seront pas atteints, demain les citoyens taxeront les politiques de menteurs ou d'incompétents. On peut être ambitieux, tout en restant raisonnable ! Par ailleurs, ce constat nous impose d'investir aussi dans des politiques d'adaptation au réchauffement climatique, ce qui est encore insuffisamment fait, justement parce que l'on a fait comme si la température s'arrêterait à 1,5 °C.

Le plan présenté le 22 mai par Élisabeth Borne, comme le rapport de France Stratégie, pose pour la première fois un diagnostic chiffré sur les défis à relever. N'est-ce pas positif ?

Ce plan a le mérite de montrer l'intérêt que le gouvernement porte à cette question, mais sur le fond, rien n'est dit des moyens qui seront mis en œuvre pour y parvenir, et il ne semble pas qu'on ait étudié l'ensemble des paramètres. Le rapport de Jean Pisani-Ferry estime, par exemple, qu'il faudrait investir 48 milliards d'euros supplémentaires par an pour rénover les bâtiments. Or nous connaissons aujourd'hui une véritable crise du logement, avec un déficit de construction et d'offre de logements sociaux colossal. Quel sens y a-t-il à présenter une politique d'investissement centrée uniquement sur l'impact carbone, en oubliant tout le reste ? Évidemment, il est plus facile d'éviter la complexité du sujet.

La précipitation à agir au nom d'une « urgence » relative pour la France nous entraîne vers de mauvaises solutions.

Selon la trajectoire présentée par le gouvernement, nos émissions devront représenter 270 millions de tonnes de CO₂ en 2030, contre 408 Mt/eqCO₂ aujourd'hui. Cela ne vous paraît pas crédible ?

La France a d'excellentes raisons de se débarrasser des fossiles, au-delà de leur seul impact sur le climat : **elle en est totalement dépendante**, et notre facture « pétrole et gaz » plombe depuis des années notre balance commerciale. Mais la précipitation à agir au nom d'une « urgence » très relative pour la France nous entraîne vers de mauvaises solutions, car nous ne prenons pas le temps d'instruire correctement les dossiers. **La question des transports, par exemple, est centrale : ils représentent 32 % de nos émissions. Il est impératif de développer notre parc électrique. Mais il n'y aura pas 35 millions de voitures électriques en 2050 en France, c'est impossible. Aujourd'hui, alors que le parc mondial est d'environ un milliard de véhicules, il y a sur la planète... six millions de voitures électriques ! Les perspectives les plus ambitieuses prévoient un parc de 500 millions de véhicules électriques en 2050, sauf que le total du parc, à cette date, sera passé à un milliard et demi. Il restera énormément de véhicules thermiques, toutes les analyses prospectives le disent. Dès lors, quelle politique choisir ? Il faut aussi prendre en compte le fait que nous allons détruire une industrie que l'Europe domine aujourd'hui, au profit d'une autre qu'elle ne domine pas.**

L'ingénieur Jean-Marc Jancovici propose d'instaurer un quota de quatre vols en avion dans une vie. De son point de vue, des changements radicaux de nos modes de vie, vers plus de sobriété, sont inéluctables. Vous n'êtes pas de cet avis...

Toutes ces propositions sont assez triviales. Jean-Marc Jancovici considère, comme tous les décroissantistes, qu'il n'y a aucune possibilité de découpler croissance et émissions de CO₂. **Je pense que c'est faux.** Le PIB par habitant en Europe a progressé de plus de 50 % depuis 1980, alors que les émissions de CO₂ par habitant baissaient de 37 %. **Le découplage entre émissions et croissance a eu lieu, en tout cas en Europe, il est donc possible.** Soit on considère, comme M. Jancovici, que le seul problème de la planète et de l'humanité, c'est le CO₂ – et dans ce cas, évidemment, il suffit d'arrêter les avions, la voiture, le chauffage, et le problème sera réglé. **Ce n'est ni très original ni très ambitieux, car un raisonnement à l'échelle de la France n'aura qu'un faible impact.** Soit on reconnaît qu'il existe d'autres problèmes – économiques, sociaux, géopolitiques –, et on tente d'innover (techniquement, mais aussi socialement) pour les résoudre. On ne comprend pas assez que si l'on peut aujourd'hui envisager une transition énergétique avec du solaire, de l'hydrogène, du nucléaire ou des mobilités électriques, par exemple,

c'est bien parce que la recherche fondamentale, technologique et industrielle a permis de mettre sur le marché des technologies nouvelles bas carbone. C'est cette approche-là qu'il faut poursuivre et approfondir.

Vous insistez sur la nécessité de distinguer sobriété, dont vous admettez qu'elle sera nécessaire, et décroissance.

Je ne connais pas, dans l'histoire, de révolution sociétale qui ne se soit faite au rythme des progrès technologiques. Aucune n'a été décrétée par l'homme. **Mais surtout, le projet décroissant nous conduit à une impasse.** Deux universités américaines, Columbia et Yale, ont développé un indice de performance environnementale, qui prend en compte un grand nombre de paramètres : le CO₂, mais aussi la gestion des eaux, des forêts, de l'agriculture, les pollutions diverses. **Ses conclusions sont flagrantes : les pays les plus riches et les plus consommateurs d'énergie sont les moins pollueurs.** Un modèle décroissant nous priverait des moyens d'être innovants, tout en renforçant nos dépendances. **La décroissance est à la fois une source de violence sociale, une source d'injustices, de perte de liberté, et une perte colossale de puissance d'action.**

On peut vivre en roulant à 80 km/h plutôt qu'à 90 km/h, et en baissant le chauffage à 18 °C ou 19 °C dans les logements.

Quels voies et moyens envisagez-vous, pour répondre à cette urgence climatique ?

Nous devons nous concentrer, à l'échelle globale, sur l'arrêt du charbon. Les pays concernés doivent passer au gaz autant que possible – le gaz de schiste a permis aux États-Unis de diminuer significativement leurs émissions, en se substituant au charbon. Ensuite, nous devons électrifier nos usages, tout **en restant conscient qu'il faudra produire, en France, les 640 à 750 TWh nécessaires à nos futures consommations.** Par rapport aux 470 TWh d'électricité consommés aujourd'hui, la différence est énorme. **Nous devons accélérer sur les réacteurs nucléaires de quatrième génération (le seul nucléaire possible à l'avenir, car le seul durable), et développer les énergies renouvelables éoliennes, notamment en mer, et photovoltaïques. Il faut aussi travailler sur le stockage, car les mégas batteries n'existent pas à l'échelle industrielle requise et on ne sait pas faire du stockage intersaisonnier avec de l'hydrogène** – en attendant que ces technologies voient le jour, nous devons probablement construire quelques centrales à gaz. Enfin, nous devons trouver par quoi remplacer les fossiles encore majoritaires pour le chauffage, les carburants, l'industrie... **L'électricité ne représente que 25 % de notre consommation d'énergie. Même si on passe demain à 50 %, il restera 500 térawattheures à trouver.** La biomasse n'y suffira pas. **Il faut travailler à rendre possibles les carburants synthétiques.**

L'État peut-il orienter la modification de certains comportements ?

Bien sûr ! Je pense que l'on peut vivre en roulant à 80 km/h plutôt qu'à 90 km/h, et en baissant le chauffage à 18 °C ou 19 °C dans les logements. Alléger le poids des véhicules peut être pertinent... Mais dans ce cas, il faudra du plastique. Quelle nouvelle chimie des polymères mettre en œuvre ? Comment recycler ces matières ? Est-ce que les polymères biodégradables le sont vraiment ? Est-ce qu'ils peuvent être biosourcés ? **Je le dis souvent à mes étudiants : plutôt que de tout plaquer, bossez ! Il y a des sujets absolument formidables sur lesquels vous pouvez exercer votre intelligence.** Le problème du stockage, l'amélioration du rendement des piles à hydrogène et des électrolyseurs, la valorisation de la biomasse, les polymères durables... **La fin du monde n'arrivera pas dans trois ans, il n'est pas encore temps de remonter dans les arbres. Osons le progrès scientifique et technique, ça pourrait marcher.**

7 juin 2023 (Le Figaro)

[En Allemagne, une femme prend la tête d'IG Metall, le syndicat le plus puissant du monde \(lefigaro.fr\)](https://www.lefigaro.fr)

En Allemagne, une femme prend la tête d'IG Metall, le syndicat le plus puissant du monde

Par [David Philippot](#)



Christiane Benner à l'occasion du 1er mai 2022, à Stuttgart (Bade-Wuerttemberg). ANDREAS ROSAR/dpa Picture-Alliance via AFP

DÉCRYPTAGE - L'arrivée de Christiane Benner, une révolution dans la centrale très masculine des «métallos».

Après [Sophie Binet à la CGT](#) et bientôt Marylise Léon à la CFDT, la féminisation de la direction des grandes centrales syndicales franchit le Rhin. Sauf improbable coup de théâtre, Christiane Benner sera élue, fin octobre, à la tête d'IG Metall, qui se prévaut d'être le plus grand syndicat de branche au monde, fort de ses 2,1 millions d'adhérents.

Ses prédécesseurs avaient le profil du poste. Outils, ajusteur ou forgeron: la formation des anciens chefs d'IG Metall les qualifiait d'office pour la fonction. Avant d'accéder à la tête de la puissante organisation allemande, Christiane Benner peut se prévaloir, en guise d'expérience industrielle, d'avoir travaillé cinq ans chez un constructeur de machines-outils. En tant que secrétaire bilingue.

C'est pourtant bien cette femme de 55 ans qui devrait être cet automne par les délégués syndicaux réunis en congrès. Douzième titulaire du poste depuis la guerre, elle sera la première présidente de «IG». Cette femme longiligne écrit l'histoire dans cette institution de 132 ans d'âge, dont 80 % des adhérents sont des hommes.

Entrée comme simple encartée en 1997, l'ancienne handballeuse a dû jouer des coudes pour se dégager le chemin vers son but. *«Cela n'a pas été une promenade de santé»*, concédait Christiane Benner au moment de sa nomination mi-mai par le comité directeur. *«Le changement qui s'opère presque naturellement dans la société atteint désormais les étages de la centrale à Francfort»*, commente Michael Dreier. Cet avocat, spécialiste en conflits sociaux, tranche: *«Elle est la plus qualifiée.»*

Depuis huit ans, Christiane Benner a déjà fait ses armes en tant que vice-présidente d'IG Metall. Une règle non écrite veut que le numéro deux succède automatiquement au numéro un, en l'occurrence Jörg Hofmann, 67 ans, sur le départ à l'issue de deux mandats. Ce dernier a tenté d'imposer une présidence à deux têtes.

Ronan Zitzelsberger, grand artisan du dernier accord de branche qui va permettre aux 4,4 millions de salariés du secteur de percevoir une augmentation de salaire de 5,3 %, était pressenti pour copiloter le

mouvement. Face au scepticismisme de la base de voir le syndicat changer les règles du jeu au moment où une femme doit en prendre les rôles, Zitzelsberger s'est retiré de la course, officiellement pour raisons de santé.

Potentiel d'explosion sociale

Pour autant, les doutes sur la capacité de Christiane Benner, inexpérimentée en la matière, à s'imposer lors des négociations salariales des «*Tarifrunde*» avec les employeurs, ne sont pas levés. Sa nomination aux allures de révolution intervient dans un secteur en pleine mutation. Elle sera donc doublement sous surveillance. «*Le potentiel d'explosion sociale est plus élevé que jamais et le besoin de négociations raisonnables entre les partenaires sociaux est plus nécessaire que jamais*», analyse Michael Dreier.

Dans les industries clés comme l'automobile, dans lesquelles IG Metall est traditionnellement très représenté, les constructeurs annoncent des restructurations radicales afin de réduire massivement les coûts. La tâche la plus importante de Benner sera d'accompagner les salariés dans cette période incertaine de transition vers la motorisation sans émission.

Dans le même temps, la structure de l'emploi évolue, le mécanicien cède la place au développeur de logiciels, l'ouvrier à l'employé, avec une préférence pour la semaine de quatre jours. La diminution du temps de travail à salaire égal, c'est justement le combat que son syndicat a déclaré comme prioritaire au printemps. Celui qu'elle va porter et incarner.

Elle-même élevée par une mère célibataire, Christiane Benner, favorable aux quotas de femmes dans les comités de direction, a fait de la réduction des inégalités un objectif. Dans une interview à *Deutschlandfunk*, cette femme mariée disait s'interroger sur la raison pour laquelle «*une ingénieur avec trois ans d'expérience gagne 20 % de moins qu'un collègue masculin débutant*».

Une autre femme est promue à ses côtés comme trésorière, Nadine Boguslawski. Et c'est Yasmin Fahmini qui préside désormais l'organisme chapeautant les organisations syndicales allemandes, la confédération DGB. En Allemagne, comme en France, les femmes prennent le pouvoir syndical. Après sa première expérience professionnelle, cette diplômée en sociologie industrielle était partie aux États-Unis étudier les différences liées au genre. C'était en 1993.

«Le taux d'imposition maximal doit augmenter»

Précurseur aussi dans le numérique, chargée par le syndicat de recruter les employés ou les travailleurs du clic, Christiane Benner réfléchit depuis longtemps à l'intelligence artificielle et à ses conséquences sur le monde du travail.

Dans une interview au *Süddeutsche Zeitung*, cette encartée au Parti social-démocrate a déjà annoncé vouloir «*marcher sur les pieds*» du gouvernement d'Olaf Scholz: «*Les inégalités en Allemagne menacent la démocratie, c'est pourquoi le taux d'imposition maximal doit augmenter et l'impôt sur la fortune doit voir le jour.*»

En tant que membre du conseil de surveillance de Continental et de BMW, elle sait aussi que les dividendes promis aux actionnaires des constructeurs automobiles allemands, en hausse de 5 % cette année, seront les plus élevés de l'histoire du Dax.

7 juin 2023 (Le Figaro)

[Réduction de la fiscalité sur l'héritage: une promesse toujours en suspens \(lefigaro.fr\)](https://www.lefigaro.fr)

Réduction de la fiscalité sur l'héritage: une promesse toujours en suspens

Par [Julie Ruiz](#)

Publié hier à 20:04 , mis à jour il y a 1 minute

Près de 73 % des Français jugent que les droits de succession sont trop élevés. Adobe Stock

DÉCRYPTAGE - En dépit du soutien populaire, les mesures concernant l'allégement des droits de transmission demeurent bien souvent à l'état de promesse électorale.

Le sujet a eu son heure de gloire pendant la campagne présidentielle. À droite, de **Valérie Pécresse** à **Éric Zemmour** en passant par **Marine Le Pen**, tous entendaient alléger la fiscalité sur l'héritage. *«On est le pays le plus taxé au monde. J'assume que l'on puisse transmettre son patrimoine à ses enfants, c'est le fruit d'une vie de travail, on doit pouvoir la transmettre»*, avait justifié la candidate des **Républicains**. **Plus surprenant, le sujet semblait aussi séduire les représentants de la gauche**. Dans son programme, **Anne Hidalgo** proposait de *«faciliter la transmission en abaissant la fiscalité des successions pour 95 % des Français»*. **Yannick Jadot**, de son côté, défendait une mesure visant à relever le plafond d'abattement sur les droits de succession pour les parents et pour les grands-parents à 200.000 euros.

Le candidat élu, **Emmanuel Macron**, a promis une réforme similaire, quoique moins ambitieuse: *l'abattement sur les successions en ligne directe devait être remonté de 100.000 euros à 150.000 euros*. Ainsi, en campagne, un consensus transpartisan semblait se dégager sur la nécessité d'alléger la fiscalité sur les transmissions intergénérationnelles de patrimoine.

Une promesse de campagne en lettre morte

Et l'on comprend aisément pourquoi lorsqu'on se penche sur l'état de l'opinion sur le sujet. **Près de 73 % des Français jugent que les droits de succession sont trop élevés**, selon un sondage OpinionWay publié il y a quelques semaines. **Ils seraient même 48 % à estimer qu'il faudrait diminuer «de beaucoup», les droits de succession**. Mais, en dépit du soutien populaire, les mesures concernant l'allégement des droits de transmission demeurent bien souvent à l'état de promesse électorale.

Emmanuel Macron a ainsi mis au placard son engagement de candidat et l'a remplacé par la promesse d'un geste fiscal de 2 milliards pour les classes moyennes, dont les contours restent à définir. *«Le projet n'est plus une priorité»*, confirme **Mathieu Lefèvre**, député de la majorité qui travaille sur les questions de fiscalité.

Dans ce contexte de remontée des taux, un coup de pouce aux donations pourrait avoir un effet cash, bienvenu pour les plus jeunes

Mathieu Lefèvre, député Renaissance

Au sein de la macronie, on justifie cet abandon par le fait qu'elle ne concernerait finalement pas grand monde. En effet, **contrairement au sentiment exprimé par l'opinion, plus des trois-quarts des successions sont exemptés du paiement de droits de mutation**. La justification principale demeure toutefois financière. À Bercy, on estime que le relèvement du plafond d'abattement pour les seules lignes directes aurait coûté près de 3,7 milliards. **Un manque à gagner difficile à justifier dans un contexte budgétaire contraint**.

Si la promesse de campagne restera probablement lettre morte, l'idée d'un allègement sur les transmissions n'est pas encore tout à fait enterrée par le camp présidentiel. *«La réforme des droits de mutation transgénérationnelle dépendra de nos marges de manœuvre budgétaire»*, explique-t-on à Bercy. Un geste fiscal sur le sujet n'est pas exclu par le gouvernement. Mathieu Lefèvre prône l'idée d'un allègement *«sur les donations en ligne indirecte»*.

La transmission du patrimoine s'opère de plus en plus tard, du fait de l'allongement de l'espérance de vie

Une note de France Stratégie

Le député voudrait inciter les grands-parents, ainsi que les oncles et tantes, à transmettre plus tôt une partie de leur patrimoine aux nouvelles générations en relevant les plafonds d'abattement situés actuellement autour de 30.000 euros pour les grands-parents et de 8000 euros pour les oncles et tantes. *«Surtout dans ce contexte de remontée des taux, un coup de pouce aux donations pourrait avoir un effet cash, bienvenu pour les plus jeunes»*, défend le député de la majorité.

Transmettre à des héritiers plus jeunes

Depuis près de trente ans, le patrimoine des Français augmente plus vite que leurs revenus, et il est de plus en plus détenu par les générations âgées. Simultanément, «la transmission du patrimoine s'opère de plus en plus tard, du fait de l'allongement de l'espérance de vie, relève une note de France Stratégie. *Dans ce contexte, les outils de redistribution que sont l'impôt sur le revenu et la fiscalité des transmissions parviennent mal à réduire l'inégalité entre héritiers et non-héritiers, et à favoriser la transmission du patrimoine à des générations plus jeunes.»*

Pour André Masson, professeur d'économie à la Paris School of Economics et directeur de recherche au CNRS, la fiscalité devrait être utilisée comme *«un levier pour orienter les comportements et ainsi favoriser les donations précoces»*.

Économiquement, transmettre le patrimoine à des héritiers plus jeunes est un bon calcul, dans la mesure où ils *«consomment plus, investissent plus et valorisent mieux leur patrimoine»*. Une analyse partagée par les experts du think tank libéral, l'iFrap. *Selon une note de la fondation, la réforme «la plus pertinente» consisterait, en effet, à «favoriser la transmission des patrimoines plus tôt dans la vie des générations»*, sans pour autant alourdir les droits de succession.

7 juin 2023 (Le Figaro)

[Benzema après Ronaldo en rêvant de Messi... Comment l'Arabie saoudite affole la planète football \(lefigaro.fr\)](#)

Benzema après Ronaldo en rêvant de Messi... Comment l'Arabie saoudite affole la planète football

Par [Baptiste Desprez](#)

Publié hier à 18:45 , mis à jour hier à 22:51



Karim Benzema (ici sous les couleurs du Real Madrid), Ballon d'or 2022, a signé un contrat de trois ans avec le club d'Al-Ittihad. *PIERRE-PHILIPPE MARCOU/AFP*

ENQUÊTE - Avec la venue de Karim Benzema pour un contrat en or, l'État pétrolier accélère sa politique de soft power à travers le football et le sport.

Mardi 6 juin 2023, 12 h 30, Madrid. [Karim Benzema](#), costume noir et chemise blanche, prend la pause entouré de Florentino Perez et Carlo Ancelotti. Un dernier cliché pour les souvenirs. Autour du trio magique, la plupart des légendes du Real Madrid d'aujourd'hui et d'hier s'invitent sur l'estrade pour une ultime photo à ranger dans le livre d'or de la Maison blanche avant le départ du Ballon d'Or 2022 vers l'Arabie saoudite. Un symbole fort de la trace et de l'empreinte de Benzema dans une institution qui sait célébrer et rendre hommage à ses rois. Le Français est de cette race-là. Des plus grands.

Et du haut de ses 35 printemps, le deuxième meilleur buteur (354 buts en 648 matchs) de l'histoire du Real, derrière Cristiano Ronaldo, aurait très bien pu continuer une saison supplémentaire en Espagne. C'était le souhait initial de son club et du buteur, mais l'offensive de l'Arabie saoudite avec le contrat d'une vie à la clé aura chamboulé tous les plans. *«Je voulais finir ma carrière et prendre ma retraite ici, mais la vie en a décidé autrement et il est temps pour moi de connaître une autre histoire»*, souffle sobrement le principal intéressé, qui a signé un contrat de trois ans avec le club d'Al-Ittihad. Si les montants ne sont pas officialisés, **l'ancien joueur de l'Olympique Lyonnais bénéficierait d'une rémunération de 100 millions d'euros net annuels de la part du champion saoudien**. Gargantuesque. Colossale.

Transferts retentissants

Une offre impossible à refuser après quatorze saisons où il a glané 25 titres, dont 5 Ligues des champions avec Madrid. Et un vrai coup de force à consonance géopolitique de la part de **l'Arabie saoudite, qui s'offre avec Karim Benzema le Ballon d'Or actuel, titulaire dans n'importe quel club du monde, après avoir frappé les esprits avec l'arrivée de Cristiano Ronaldo, en janvier dernier, au sein du club d'Al-Nassr**. **Deux transferts retentissants qui pourraient être suivis de la venue de [Lionel Messi](#), Luka**

Modric, Sergio Ramos ou encore Hugo Lloris et N'Golo Kanté. Autant de stars aux noms ronflants qui figurent sur les tablettes des dirigeants saoudiens, désireux, avec le football et la renommée de ces monstres médiatico-sportifs, d'améliorer l'image à l'international du pays marquée par ses atteintes aux droits humains. Pour convaincre les courtisés, l'Arabie saoudite dispose de pétrodollars à foison, à l'image des **200 millions par saison touchés par Ronaldo**. Avec le sport numéro un au monde, le prince héritier saoudien Mohammed Ben Salman (37 ans) entend poursuivre la politique de soft power à l'instar de ce que réalisent depuis des années le Qatar ou encore les Émirats arabes unis.

«Ce que fait l'Arabie saoudite aujourd'hui avec ces recrues est logique et attendu, décrypte Jean-Baptiste Guégan, consultant en géopolitique du sport. Depuis l'arrivée au pouvoir de "MBS" en 2017, le pays est dans une phase d'accélération et de maturation. La venue de Cristiano Ronaldo a été un prototype, les Saoudiens ont vu ce qu'il pouvait apporter en termes de jeu, d'exposition et de retombées médiatiques avec un Ballon d'Or (le Portugais l'a remporté à cinq reprises, NDLR). La grande nouveauté, aussi, c'est que ne sont pas des vieillards qui débarquent. Que ce soit Ronaldo, Benzema ou peut-être bientôt Messi, tous ont largement leur place en Europe. Là ou avant ils recrutaient des éléments en fin de carrière, là ils séduisent des éléments, certes pas jeunes, mais qui ont encore le niveau sur le terrain.»

Redorer son image sur la scène internationale

Premier exportateur de pétrole brut au monde et plus grande puissance économique du monde arabe, l'Arabie saoudite entend, par le football, s'offrir une exposition sans commune mesure avec **l'objectif de faire de son championnat local, la Saudi Pro League, le premier de la région, puis de l'Asie et entrer dans le top 10 mondial.** Cristiano Ronaldo, dont chaque but ou apparition avec Al-Nassr sont visionnés partout dans le monde, **estime que la ligue saoudienne «sera dans les cinq meilleurs championnats de la planète foot d'ici à cinq ans».** Un discours utopiste pour les uns, réalistes pour les autres, mais qui dénote malgré tout de la volonté des dirigeants du royaume de la péninsule arabique de surfer sur la victoire contre l'Argentine au premier tour de la Coupe du monde, avec Hervé Renard à sa tête, désormais sélectionneur des Bleues. *«Depuis l'arrivée du prince Ben Salman, le pays s'ouvre de plus en plus, sans être comme l'Europe, racontait le technicien français au Figaro avant le Mondial au Qatar sur son expérience saoudienne. Des avancées sont faites. Les femmes étrangères ne sont plus obligées de porter l'abaya (vêtement traditionnel qui couvre l'ensemble du corps à l'exception des yeux, des mains et des pieds). Les Saoudiennes peuvent sortir du pays sans autorisation, maintenant. C'est logique pour nous en Occident, mais ce n'était pas le cas ici. Ils veulent s'ouvrir aux touristes du monde entier et ont les facilités financières pour s'offrir des événements sportifs (Formule 1, boxe, Paris-Dakar...) Maintenant, on ne va pas se mentir, il y a encore beaucoup de progrès à faire. Il y a six ans, ici, il y avait encore la police religieuse...»* Avis partagé par la compagne d'un ancien acteur du football saoudien. *«Il y a des évolutions positives, mais ils sont encore loin aux niveaux des libertés individuelles de pouvoir offrir une vie à laquelle on est habitué en Europe. C'est une autre culture, mais comparativement, les Émirats et le Qatar sont en avance sur ce point-là par rapport à la vie à Riyad.»*

L'Arabie saoudite a validé le fait que la stratégie d'investissement dans le sport du Qatar était la bonne et se l'applique à elle-même

Vincent Chaudel, fondateur de l'Observatoire du sport business

Dans son désir de redorer son image sur la scène internationale, l'Arabie saoudite voit très grand avec l'apport des stars du ballon rond suivies par des millions de followers et dont les moindres faits et gestes font le tour de la planète en quelques minutes. *«Ce pays (35 millions d'habitants) se concentrait sur lui-même il y a encore une décennie, mais la stratégie soft power du Qatar ou des Emirats (2,6 et*

9,3 millions d'habitants) les a interpellés, témoigne Vincent Chaudel, fondateur de l'Observatoire du sport business. Comme si la France se faisait damer le pion par le Luxembourg. Après l'ignorance et la réflexion, depuis plusieurs années les dirigeants saoudiens sont passés à l'action et chassent sur le même terrain.»

À l'image du rachat de Newcastle en 2021 par le fonds souverain d'Arabie saoudite, piloté par Mohammed Ben Salman. Comme le Qatar avec le Paris SG ou encore les Emirats avec Manchester City, les Saoudiens disputeront la Ligue des champions la saison prochaine avec les Magpies, de retour au plus haut niveau. **Si l'Europe résiste, une partie du centre de gravité du foot mondial s'est déplacée dans le Golfe, avec la possibilité de remporter la Ligue des champions par les Émiratis avec City samedi prochain contre l'Inter Milan.** *«Aujourd'hui, après des moments de tension entre ces pays, il s'agit plus d'une compétition que d'un affrontement, plante Jean-Baptiste Guégan, auteur de Qatar, dominer par le sport (Éditions Bréal). C'est à celui qui aura le meilleur football et les retombées qui vont avec.»* Le 22 novembre dernier à Doha lors de la victoire saoudienne contre le futur champion du monde argentin, un geste symbolique a surpris tout le monde avec l'émir du Qatar Tamim Ben Hamad al-Thani portant le drapeau de son voisin et ex-ennemi du Golfe. **«Le Mondial a permis aux deux pays de valider leur rapprochement sur la scène internationale,** abonde Chaudel en écho à la fin du blocus diplomatico-commercial imposé par Riyad sur son voisin. **L'Arabie saoudite a validé le fait que la stratégie d'investissement dans le sport du Qatar était la bonne et se l'applique à elle-même.»**

Toujours plus de démesure

Pour parvenir à ses fins et obtenir l'adhésion de la jeunesse du pays (**70 % des Saoudiens ont moins de 35 ans**) qui rêve devant les exploits des stars occidentales, l'État pétrolier dépense sans compter. Avec des salaires impossibles à refuser pour les footballeurs, **à l'image d'une offre de 400 millions d'euros par saison adressée à Lionel Messi. Des chiffres qui font tourner la tête, agacent, irritent et plongent ce sport encore un peu plus dans la démesure.** *«Je vais peut-être choquer, mais offrir ces salaires à Ronaldo ou Benzema, ce n'est pas cher pour eux, plante Jean-Baptiste Guégan. Une campagne traditionnelle de communication mondiale peut coûter 100 millions de publicité et personne n'en parlera, ce sera oublié assez vite. Là, pour la même somme, tu as du buzz et tout le monde va parler de toi. Tu es gagnant à coup sûr.»*

«Le sport joue un rôle essentiel dans la transformation de notre pays, et le football en est le fer de lance », assurait d'ailleurs en janvier dernier Yasser al-Misehal, le président de la Fédération saoudienne de football (SAFF).

Avec Karim Benzema (35 ans) et Cristiano Ronaldo (38 ans) en emblèmes et la possibilité de réunir tous les Ballons d'Or depuis 2008 en cas d'arrivée de l'Argentin Lionel Messi (35 ans) et du Croate Luka Modric (37 ans), **l'Arabie saoudite entend rivaliser sur la scène footballistique mondiale. Tout en rêvant d'organiser un jour une Coupe du monde, voire des Jeux olympiques.** Un défi ultime par excellence mais encore lointain malgré une possible candidature pour les Mondiaux 2030 et 2034. *«Les Saoudiens, quand ils se posent des questions, sortent le chéquier... Mais autant vous pouvez récupérer l'organisation du Dakar assez facilement, des combats de boxe, la Super Coupe d'Espagne ou d'Italie, le golf, mais pour avoir des JO ou une Coupe du monde, c'est une autre histoire,* assure Vincent Chaudel. *Il y a le mécanisme des candidatures, c'est plus long, la rotation des continents, la politique anticorruption avec une pression sociétale sur les instances... Le Qatar a su intégrer les institutions internationales bien avant l'Arabie saoudite. Elle les aura, mais dans un délai plus long. Il va falloir lui apprendre la patience.»*

7 juin 2023 (The Economist)

[Huge explosions breach the Kakhovka dam in southern Ukraine \(economist.com\)](https://www.economist.com)

Dam busted

Huge explosions breach the Kakhovka dam in southern Ukraine

Mass evacuations are under way as downstream villages are threatened



Jun 6th 2023 | KYIV

The explosions in the early morning were so strong that windows trembled a full 80km away. By daybreak on June 6th the impact was clear: blasts had punched a large hole in the Nova Kakhovka dam in southern [Ukraine](#), and there had also been severe damage to the hydro-electric station that it powers. The bridge alongside the dam was gone; and the fierce waters of the Dnieper were racing downstream. The consequences may turn out to be catastrophic. Several towns and villages in both Russian-occupied and Ukrainian-controlled parts of the [Kherson area](#) are now at acute risk of flooding. The governor of the province, Oleksandr Prokudin, said that the water level in those areas would become critical by midday local time. The power station's operators have confirmed that the now-submerged hydro-electric station is probably damaged beyond repair.

Given its expected ramifications, the deliberate destruction of the Kakhovka dam may be deemed by lawyers to be a [war crime](#). The president of the European Council, Charles Michel, said on Twitter that the dam's rupture "clearly qualifies" as one. Pro-Russian voices are already claiming, improbably, that this was a Ukrainian operation—supposedly to wash away Russian-held positions on the eastern bank of the Dnieper river. Puppet officials loyal to the Kremlin reported that the dam had been hit by Ukrainian Olkha multiple-launch rockets. Ukraine has long asserted, far more plausibly, that Russian forces had mined the dam and were preparing a man-made disaster. Also, the bridge alongside the dam offered a route for a possible Ukrainian counter-offensive action.

Western military sources say they believe the Russians were "almost certainly" responsible. A breach of this size would require the pre-positioning of explosives, and the Russians have been in control of the dam since the early days of the war.



The Economist

Built in 1956, the 3.2km-wide Kakhovka hydro-electric station is one of Ukraine's largest energy facilities, providing electricity for more than 3m people. It has been of strategic value for the Russians since the first days of the war, as its reservoir is a critical source of water for Crimea. But in the run-up to the incident, Russian military bloggers had hinted that the military value of destroying the dam could be greater, as a way to make any Ukrainian operation to cross the Dnieper and push east much more difficult. **The blowing up of the dam, if indeed it was by Russia, would also signal desperation on the Russian part, suggesting that it has no capability or intent of moving its troops in the opposite direction to retake Kherson. Water-level reports show that the dam may have been kept unusually full just before the incident.**

Fears were also raised about the possible consequences for the [Zaporizhzhia nuclear power plant](#) upstream, which draws on water from the Kakhovka reservoir to cool its reactors. A statement released by the International Atomic Energy Agency, which has monitors at the plant, said there was no immediate safety risk. A spokesman for Ukraine's atomic agency said the situation was "under control", with the plant in cold shutdown mode. "There is still enough water," he said.

Eyewitnesses say that much of Nova Kakhovka, the Russian-occupied settlement immediately downstream from the dam, has already been flooded. Mass evacuations carried out by the Russians in the lead-up to Ukraine's long-awaited counter-offensive meant that few civilians were living there at the time of the incident. It is unclear how many civilians remain in the most vulnerable sections further downstream. Mr Prokudin, the provincial governor, said that approximately 16,000 people were immediately at risk in Ukrainian-controlled areas on the western bank. Emergency evacuation has begun in the nearest towns and villages. Mobile networks are down across much of the region.

The dam's destruction will reshape the military geography of southern Ukraine at a crucial time, the onset of Ukraine's counter-offensive. Russian forces on the Dnieper's eastern bank will have to abandon some of the positions which they took up in November, after withdrawing from Kherson city. Ukraine, which had been conducting small-scale raids over the river in recent weeks, possibly to tie down Russian forces in the area, will find it much harder to threaten a full-scale push over the now-flooded area.

Such an operation was always unlikely, says John Foreman, who served as Britain's defence attaché in Kyiv and Moscow, because of Ukraine's lack of amphibious craft and expertise. "Wet-gap" crossings are among the most demanding of all military operations. But if Russia did destroy the dam, he says, it might have hoped to protect its western flank by complicating Ukraine's offensive moves. "We know the Russians have form for this sort of thing," he argues, pointing to Stalin's destruction of the Dnieper dam at Zaporizhzhia in 1941. But back then Russia was not the aggressor.

6 juin 2023 (FAZ)

[Warum die CDU gegen das Selbstbestimmungsgesetz der Ampel ist \(faz.net\)](#)

SELBSTBESTIMMUNGSGESETZ :

Paradestück einer fragwürdigen Identitätspolitik

VON DOROTHEE BÄR

-AKTUALISIERT AM 06.06.2023-10:49



Der Christopher Street Day in Berlin am 23. Juli 2022 Bild: dpa

Die Ampelkoalition möchte die Änderung des Geschlechtseintrags erleichtern. Aus der Sicht der Union ist der Gesetzesentwurf verantwortungslos. **Ein Gastbeitrag der stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion.**

Der gesellschaftliche Umbau, den der Koalitionsvertrag der Ampelparteien ahnen ließ, ist in vollem Gange. Statt Familienpolitik an vermeintlich neue Realitäten anzupassen, schaffen die Koalitionsparteien neue Realitäten für Familien, ideologisch geprägt durch Partikularinteressen der queeren Ränder neuer Lebensentwürfe und fernab jeglicher Mitte. **Unter dem Leitmotiv der „Entbiologisierung der engagierten Zivilgesellschaft“ beobachten wir eine Dekonstruktion von Identität und Familie.** Ein solches Entbiologisierungsprojekt, das nur einen sehr kleinen Teil der Bevölkerung betrifft, aber als Paradestück der fragwürdigen Identitätspolitik der Ampel gelten darf, ist das sogenannte **Selbstbestimmungsgesetz**.

Der Gesetzesentwurf sieht vor, dass jede und jeder einmal jährlich ohne weitere Voraussetzungen den Geschlechtseintrag im Personenstandsregister und den Vornamen wechseln kann. Für Kinder bis 13 Jahren geben die Eltern die Erklärung ab. Ab 14 stellen die Betroffenen den Antrag mit Zustimmung der Eltern. Wenn diese die Zustimmung versagen, kann sie durch das Familiengericht ersetzt werden. **Die Bundesregierung will damit biologisches und soziales Geschlecht entkoppeln. Das Gesetz suggeriert eine vermeintliche Freiheit, „selbstbestimmt“ entscheiden zu können, welchem Geschlecht man denn nun angehören möge.**



Dorothee Bär (CSU) :Bild: Reuters

Die geltenden Regelungen des **Transsexuellengesetzes**, insbesondere die verpflichtende Einholung von Gutachten, **werden von einigen Betroffenen als diskriminierend wahrgenommen. Als Union erkennen wir den Reformbedarf an.** Der Staat muss die besonderen Lebenssituationen von transgeschlechtlichen Menschen berücksichtigen.

Wenn biologisches Geschlecht und geschlechtliche Identität abweichen, braucht es für **die Betroffenen – 2020 waren es 2700 Menschen in Deutschland** – einen verlässlichen Rechtsrahmen. **Allerdings hat das Bundesverfassungsgericht 2011 klargestellt, dass Dauerhaftigkeit und Eindeutigkeit des Personenstands berechnigte Anliegen des Gesetzgebers sind und dass deshalb ein Auseinanderfallen von biologischer und rechtlicher Geschlechtszugehörigkeit möglichst vermieden werden sollte. Eine Änderung des Personenstands will gut begründet sein. Wie sollten sonst verfassungsrechtlich verbürgte Rechte hinreichend gewahrt werden, wie Missbrauch verhindert werden?** Bräuchten staatliche Behörden überhaupt Geschlechtereinträge vornehmen? Macht es noch Sinn, Rechtsfolgen an das eingetragene Geschlecht zu knüpfen?

Die Interessen der großen Mehrheit

Auf diese Fragen liefert der Referentenentwurf der **Ampel** keine zufriedenstellenden Antworten. Die Rechtslage für transgeschlechtliche Menschen ist zu verbessern, aber nicht um den Preis, den **die große Mehrheit der anderen Menschen zahlen müsste, die ihre Interessen nicht mehr gewahrt sieht, etwa beim Frauenschutz oder bei den Gefahren für die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen.**

Der Gesetzentwurf der Ampel ist familien- und jugendpolitisch verantwortungslos. Kinder und Jugendliche sind während der Pubertät einem großen Risiko von Manipulation hinsichtlich der Geschlechtsidentität ausgesetzt. **Kinder- und Jugendpsychiater beobachten eine Art Trend, wonach trans zu sein „in“ ist. Die Zahlen sind in den letzten Jahren stark gestiegen. Davon sind 85 Prozent biologische Mädchen.** Besorgniserregend ist dies, weil das Selbstbestimmungsgesetz diese vulnerable Gruppe der vermeintlichen Transkinder und -jugendlichen ermuntern dürfte, vorschnell ein anderes als das ihnen angeborne Geschlecht zu „wählen“. **Wir wissen aber, dass sich die meisten später mit ihrem Geburtsgeschlecht identifizieren.**

Der extreme Ansatz der Ampel leistet der Gefahr einer „Dynamik“ bei Kindern und Jugendlichen Vorschub, altersbedingte Persönlichkeitszweifel und Pubertätsphasen der Sexualentwicklung mit einem rechtlichen Geschlechtswechsel zu begegnen. **Dieser wiederum könnte als früher Weichensteller den Weg zu medikamentösen oder operativen geschlechtsangleichenden Maßnahmen ebnen.** Wenn Jugendliche ab 14 ihr Geschlecht auch ohne Zustimmung der Eltern bestimmen können, sind **Zerwürfnisse in den Familien vorprogrammiert.** Geholfen ist damit den Betroffenen nicht.

Selbstbestimmung wird ad absurdum geführt, wenn es grenzenlose Beliebigkeit wird. Die Zugehörigkeit zu einem Geschlecht wird in der Debatte derart überhöht, dass **die vermeintliche Lösung lautet, die geschlechtliche Identität sei beliebig auszulegen.** Es mag Gründe geben, sich dem zu entziehen. Dann sollte dies weiter möglich sein. **Aber nicht zum Preis der Beliebigkeit von Tatsachen.** Bleiben muss die Überprüfung der Realität zumindest in Form einer Beratung. Bei Minderjährigen sollte auch die Gutachtenpflicht beibehalten werden, schon aus Fürsorge. Als Mutter würde ich mir gerade beim sensiblen Thema der geschlechtlichen Identität eine Familienpolitik wünschen, die mehr auf ein vertrauensvolles Miteinander der Generationen setzt als juristisch den Einfluss der Eltern auf ihre Kinder auszuhebeln.

6 juin 2023 (FAZ)

[DDR: Warum Bücher über Ost-Identität gerade so erfolgreich sind \(faz.net\)](#)

BESCHÖNIGENDE DDR-STUDIEN:

Hört ihr uns denn zu?

VON MATTHIAS JÜGLER

-AKTUALISIERT AM 06.06.2023-11:42



Behaglich war's in der Diktatur: eine ostdeutsche Familie 1975 im damaligen Karl-Marx-Stadt, dem heutigen Chemnitz. Bild: FOTOFINDER

Bücher über eine selbstbewusste Ost-Identität stürmen die Bestsellerlisten. Das jüngste Beispiel ist „Diesseits der Mauer – Eine neue Geschichte der DDR“ von Katja Hoyer. Wieso sind solch beschönigende Bücher so erfolgreich?

Als ich vor einigen Jahren mit der Arbeit an meinem Roman „Die Verlassenen“ begann, waren die Kommentare von Autorenkollegen eher verhalten: „Die DDR, die Nachwendzeit, das ist doch Schnee von gestern“, so ihr Tenor. **Als der Roman 2021 erschien, zeigte sich schnell, dass das komplizierte Erbe, das die DDR unserer Gesellschaft hinterlassen hat, auch mehr als dreißig Jahre nach dem Mauerfall viele Menschen umtreibt.** Nach der Veröffentlichung bekam ich reihenweise Leserpost. **Der Ton dieser Mails glich sich in den meisten Fällen: Ziehen Sie, verdammt noch mal, unsere DDR nicht in den Dreck! Ein Jungspund wie Sie sollte nicht über die DDR schreiben! Und so weiter. Absender waren allesamt älteren Semesters, hatten also einen Großteil des Lebens in der DDR verbracht – ich bin 1984 in Halle/Saale geboren.**

Wie wenig der Umbruch von '89/'90 und dessen Folgen Schnee von gestern sind, zeigt die aktuelle Entwicklung rund ums Thema: **Hätten Sie vor ein paar Monaten darauf gewettet, dass Sachbücher über die DDR zu Bestsellern werden? Dass eine neue Ost-West-Debatte deutschlandweit die Feuilletons beherrscht?**

Als ich damals die wütende Leserpost erhielt, **dachte ich, dass das Verklären einer Diktatur – genau das taten diese Mails – mit dem Alter der Absender zu tun haben musste. Umso überraschter war ich, als ich kürzlich Katja Hoyers Sachbuch „Diesseits der Mauer – Eine neue Geschichte der DDR 1949–1990“ las, zurzeit ganz oben auf der Bestsellerliste.** Die Historikerin wurde 1985 in Guben unweit von Cottbus geboren, fast mein Jahrgang. Beide gehören wir zu jener Generation, die zwar Erinnerungen an die DDR hat, aber im wiedervereinigten Deutschland sozialisiert wurde.

Was mich an Katja Hoyers Buch überrascht hat

Überrascht war ich deshalb, weil sich während der Lektüre Fragen aufdrängten, mit denen ich nicht gerechnet hatte: Macht da jemand genau das, was die wütenden Leserbriefschreiber sich von mir gewünscht hatten? **Verharmlost da jemand eine Diktatur? Warum werde ich beim Lesen den Eindruck nicht los, eine Flucht in den Westen zwischen 1952 und 1961, also vor dem Bau der Mauer, wäre bloß ein**

Zeichen von Habgier gewesen? **Im Text heißt es: „Viele junge Menschen, die gerade einen der erstklassigen neuen Ausbildungsgänge oder ein Studium absolviert hatten, verließen die DDR, weil sie mehr Geld verdienen, einen höheren sozialen Status erreichen oder ein größeres Angebot an Konsumgütern zur Verfügung haben wollten.“** Sechs von sieben Flüchtlingen (im Buch werden sie in Anführungszeichen gesetzt – warum habe ich hier plötzlich einen ironisierenden Ton im Ohr?) seien lediglich „in der Hoffnung ausgereist, dass sich dadurch ihr Lebensstandard verbessern würde“. Und war es wirklich eine Kleinigkeit, dass **der Karrieresprung eines Spielzeugdesigners in der DDR vom Austritt aus der Kirche abhängig war? „Dies war die einzige Bedingung, die die Behörden an seinen neuen Job knüpften“, heißt es bei Hoyer. Die „einzige Bedingung“? Hier wird ein unverschämter Eingriff ins Privatleben bagatellisiert.**

Überhaupt liest sich das Buch immer wieder so, als wäre die DDR nichts als eine Erfolgsgeschichte gewesen, immer wieder stößt man auf Sätze wie diesen: „Im Jahr 1958 waren in der DDR bereits 300.000 Fernsehgeräte registriert.“ Was soll man dazu sagen? Glückwunsch? Oder besser noch: Die Leute hatten es halt richtig gut in der DDR? An anderer Stelle heißt es mit Blick auf die Vertragsarbeiter aus Kuba, Vietnam oder Mosambik, sie „wurden weder aufgrund schierer wirtschaftlicher Notwendigkeit ins Land geholt noch blieben sie aus zynischen oder gar fremdenfeindlichen Gründen weitgehend isoliert, wie man gelegentlich behauptet“. Dabei wurden Gastarbeiter nachweislich isoliert; wer von ihnen sexuelle Beziehungen einging, konnte jederzeit abgeschoben werden.

Warum erwähnt der Text in diesem Zusammenhang nicht den ersten Nachkriegspogrom, der nicht in der BRD, sondern in der DDR stattfand, als 1975 in Erfurt an die 300 deutsche Jugendliche über drei Tage hinweg Algerier und Ungarn durch die Stadt jagten? Lese ich diese „Neue Geschichte der DDR“, entsteht der Eindruck, dass es Fremdenfeindlichkeit in der DDR nicht gab. Teil des Pogroms von 1975 war der Angriff auf ein Wohnheim ausländischer Arbeiter, einer von insgesamt 39 bis zum Fall der Mauer. Ist das wirklich nicht der Rede wert? **Warum fällt nie in Hoyers Buch das Wort Jugendwerkhof, warum lesen wir nichts vom Frauengefängnis Hoheneck oder von Zwangs-adoption?** Dass der Text das Unrecht der SED-Diktatur gar nicht benannte, kann man ihm nicht vorwerfen. Aber es macht einen bemerkenswert kleinen Teil aus.

Der Erfolg beruht auf ostdeutschem Minderwertigkeitsgefühl

Warum nun ist dieses Buch, das darum bemüht ist, die dunklen Seiten der DDR zugunsten von Grillfeiern und ausgelassenen Urlaubsreisen zu verdecken, gerade so erfolgreich? Um diese Frage zu beantworten, hilft es, einen Blick auf **das ebenfalls derzeit heftig diskutierte Sachbuch „Der Osten: eine westdeutsche Erfindung“ von Dirk Oschmann** zu werfen. Der 1967 in Gotha geborene Professor für Neuere deutsche Literatur an der Universität Leipzig **zeigt, wie der „Osten“ aus dem öffentlichen Diskurs ausgeschlossen wird und mit welcher Dominanz und Diskurshegemonie der „Westen“ ein oft rein negatives und pauschalisierendes Bild von Ostdeutschland zeichnet.** Auch ich frage mich, warum nur ein Bruchteil der Spitzenpositionen in Ostdeutschland mit Ostdeutschen besetzt ist, warum mich Freunde aus dem Westen immer wieder mit Bananen-Sprüchen aufziehen müssen, um mir – vermutlich, ohne es zu merken – zu zeigen, wie armselig meine Herkunft doch ist. **Auch Hoyer geht zu Beginn ihres Buchs darauf ein, dass sich die Mehrheit der Ostdeutschen als „Bürger zweiter Klasse“ betrachtet. Vermutlich entstand aus diesem Empfinden heraus ihr Wunsch, ein anderes Bild der DDR zu zeigen, und dies ist wohl auch der Grund dafür, warum ein (nach meiner Lesart) beschönigendes Sachbuch über das Leben in der DDR sich nun verkauft wie warme Semmeln: Die Menschen im Osten haben den Wunsch, sich die Deutungshoheit über ihr Leben in der DDR zurückzuholen.**

Kürzlich wunderte sich Carsten Schneider, der Ostbeauftragte der Bundesregierung, zu Recht darüber, dass von den ungefähr achtzig neuen Attachés des Auswärtigen Amtes pro Jahrgang nur drei oder vier aus Ostdeutschland kommen. Diese westdeutsche Dominanz gibt es in vielen Bereichen: Wem gehören die Immobilien im Osten? Wer darf Professuren an ostdeutschen Hochschulen antreten? Es geht mir nicht um Infragestellung einzelner Positionen. **Warum aber erlauben es die Strukturen im Jahr 2023, dass Ostdeutsche so selten berücksichtigt werden?**

Zur ganzen Wahrheit dieser neuen Ost-West-Debatte gehört auch, dass sich viele Westdeutsche nicht dafür interessieren. Von den dreizehn kommenden Lesungen Oschmanns, die aktuell auf der Homepage seines Verlags zu finden sind, findet eine einzige in Westdeutschland statt. Der Großteil der Westdeutschen, die ich in den letzten Tagen auf diese so intensiv geführte Debatte angesprochen habe, wusste gar nichts davon. **Eine Debatte, die nur einseitig geführt wird, ist nicht viel wert.** Dabei müssten selbst diejenigen, die sich nicht für Ostbiographien interessieren, sich eingestehen, dass die Wahlergebnisse im Osten auch Auswirkungen auf sie selbst haben, denn jedes Bundesland ist durch Mitglieder seiner Landesregierung im Bundesrat vertreten. Laut einer aktuellen Umfrage des ARD-Deutschlandtrends **haben zwei Drittel der AfD-Wähler angegeben, aus Enttäuschung gegenüber den anderen Parteien rechts gewählt zu haben. Wenn Ostdeutsche auch in Zukunft das Gefühl haben, nicht gehört und nicht repräsentiert zu werden, wird sich das weiterhin an Wahlergebnissen zeigen.**

Was eine ernstzunehmende Debatte bräuchte

Anzunehmen ist auch, dass der Blick auf die eigene Vergangenheit, auf das Leben in der DDR, immer weiter relativierend schwimmt, man denke bloß an die Corona-Proteste im Osten, an die Rufe, wir befänden uns wieder in einer Diktatur. Wenn viele weiterhin das Gefühl haben, permanent abgewertet und verlacht zu werden, **steigt der Wunsch nach Selbstermächtigung, nach Befreiung aus dem westdeutsch geprägten Narrativ** – da scheint es mir naheliegend, dass ein beschönigendes Buch wie das von Katja Hoyer gerade so gefragt ist. Offensichtlich sind viele Ostdeutsche bereit, ein Auge zuzudrücken, wenn es um die Bewertung einer Diktatur geht, weil dies – neben dem Wahlverhalten – momentan das Einzige ist, was sie einer beständig empfundenen Abwertung durch Westdeutsche entgegensetzen können. **Dabei müsste man ihnen doch nur zuhören: Das wäre die Voraussetzung für eine erfolgreiche Debatte.**

Lesen kann dabei ein guter Anfang sein: **Wer wissen möchte, wie es war, in den Neunzigern im Osten aufzuwachsen, dem empfehle ich nachdrücklich die Lektüre von Daniel Schulz' Roman „Wir waren wie Brüder“.** Ebenso verhält es sich mit **Anne Rabes soeben erschienenem Roman „Die Möglichkeit von Glück“, der unter anderem davon erzählt, wie sich ideologische Prägungen in einer Familie fortschreiben und so eine ganze Generation beeinflussen. Das Gefühl, das viele Ostdeutsche haben, ist dieses: Ihr hört uns nicht zu. Ist es nicht an der Zeit, das endlich zu ändern?**

Matthias Jügler ist Schriftsteller und lebt in Leipzig. Zuletzt erschien sein Roman „Die Verlassenen“ (Penguin).

5 juin 2023 (FAZ)

[Adam Smith, der Missverständene \(faz.net\)](#)

VATER DER VWL:

Adam Smith, der Missverständene

VON KAREN HORN

-AKTUALISIERT AM 05.06.2023-15:45



Zu Recht auf dem Sockel: Adam Smith in Edinburgh Bild: Depositphotos

Vor 300 Jahren wurde Adam Smith geboren. Zwei neue Bücher versuchen sein Denkgebäude unter dem Schutt der Missbräuche und Missverständnisse freizulegen. Sie gehören zum Besten, was die Forschung in den vergangenen Jahren über Smith hervorgebracht hat.

Im Juni jährt sich die Geburt des schottischen Moralphilosophen und Ökonomen [Adam Smith](#) zum dreihundertsten Mal. Mit einer Fülle von Veranstaltungen wird nun des Gelehrten gedacht, dank dessen Schrift über den „Wohlstand der Nationen“ sich die Volkswirtschaftslehre als separate Disziplin etablierte. So viel Ehre ihm nun zuteil wird, so gründlich ist Smith fehlinterpretiert worden, häufig von Wissenschaftlern, die mit seinem Werk nur oberflächlich vertraut waren, allen voran Ökonomen. Als angeblichen Erfinder der Metapher der „Unsichtbaren Hand“, aufgebauscht zum Sinnbild für den Glauben, der Markt Sorge automatisch für den Einklang von Eigennutz und Gemeinwohl, hat man ihn zudem trivialisiert und in der politischen Debatte missbraucht.

Dieser Zustand indes hat eine Phalanx von Forschern verschiedener Disziplinen auf den Plan gerufen, die Smiths Denkgebäude unter dem Schutt der Missbräuche und Missverständnisse freizulegen sucht. So sind kürzlich zwei politikwissenschaftliche Monographien erschienen, die zu dem Besten zählen, was die ideengeschichtliche Forschung in den vergangenen Jahren über Smith hervorgebracht hat – und zugleich sind sie mit leichter Hand geschrieben, sodass die Lektüre eine wahre Freude ist.

Das erste dieser Bücher stammt von Paul Sagar (King's College London), der Smith als Vertreter eines realistischen, von philosophischer Skepsis getragenen Blicks auf die Politik skizziert. Zentral ist für Sagar Smiths historische Analyse, wie sich jene Institutionen allmählich ausgeformt haben, die einen verbreiteten Wohlstand erst möglich machen. Dass in Westeuropa der Feudalismus überwunden wurde und dass es zur Herrschaft des Rechts und zur Gewaltenteilung gekommen ist, schildert Smith in der Tat als Glücksfall der Geschichte. Macht und Ausbeutung seien der traurige Normalfall, verankert im Wunsch des Menschen, andere zu beherrschen, und auf die Spitze getrieben in der Sklaverei, moralisch so unerträglich wie ökonomisch unsinnig.

Den Begriff „Kapitalismus“ kannte er noch gar nicht

Erst vor diesem Hintergrund lässt sich nach Sagar auch Smiths Liberalismus richtig verstehen, weitab irgendwelcher Laissez-faire-Dogmen: Freiheit bedeute für Smith Unabhängigkeit. Wenn die Menschen als soziale Wesen nun einmal aufeinander angewiesen seien, dann sollten sie sich trotzdem nicht der Willkür anderer unterwerfen müssen. Das sei für ihn ein moralisches Gebot. Das setzt voraus, dass sie

von der Bedrohung ihrer physischen Sicherheit (einschließlich ihres Eigentums) erlöst sind. Die Voraussetzungen dafür sind freilich vom jeweiligen historischen Kontext abhängig.

Weil das so ist, hält Sagar es für verfehlt, bei Smith nach detaillierteren Definitionen der Freiheit oder auch nur nach festen Urteilen über die Marktgesellschaft zu suchen – abgesehen davon, dass der Schotte den „freien Markt“ oder den „Kapitalismus“ noch gar nicht kannte. Dass aber die sozialen Beziehungen von jener Nützlichkeit gesteuert seien, die Marktbeziehungen sowohl erforderten als auch erbrächten, sei für Smith ohne Alternative, wenn es darum gehe, einen zivilisierten Lebensstandard zu sichern. Die große Herausforderung bestehe darin, einen Ordnungsrahmen zu erreichen, der Stabilität biete und gewährleiste, dass alle Menschen ihr Los bessern könnten. Mit Sorge sehe Smith vor allem den Einfluss von Interessengruppen auf die Regierenden.

Wie das Werk instrumentalisiert wurde

Das zweite Buch ist der Smith-Rezeption in den Vereinigten Staaten gewidmet. Darin vollzieht Glory Liu (Harvard University) nach, wie Generationen von Amerikanern das Smith'sche Werk gelesen, uminterpretiert und als politische Waffe gebraucht haben. Sie hält sich nicht damit auf, dies zu bedauern, sondern sucht aufzuklären, wer ein Interesse an der Instrumentalisierung hatte. Sie schildert, wie die Smith-Wahrnehmung im ersten Vierteljahrhundert nach Erscheinen des „Wealth of Nations“ noch ziemlich werkgetreu war, weil Smiths Theorien über die soziale Wirksamkeit der Empathie, die Arbeitsteilung und das Finanzwesen den „Founding Fathers“ entgegenkamen.

Doch schon im 19. Jahrhundert habe sich dies geändert; während der Zollstreitigkeiten im Aufgallopp zum Sezessionskrieg sei Smith zur Wappenfigur der Südstaaten geworden, wo man ihn als Freihändler feierte. Dies wiederum habe dem Norden einen Anlass gegeben, Smiths Lehre insgesamt zu verteufeln, schließlich erwirtschaftete der Süden seine Handelsgewinne auf dem Rücken der Sklaven (was Smith gerügt hatte).

Im 20. Jahrhundert blieb nur noch ein Zerrbild übrig. Paul Samuelson verbreitete in seinem Lehrbuch „Economics“ das Klischee von Smith als Anwalt des Egoismus und der mystischen „Unsichtbaren Hand“; Vertreter der jüngeren Chicago-Schule nutzten Smith als Chiffre für die wissenschaftliche Rationalität von Märkten im Gegensatz zur unheilbaren Irrationalität der Politik. Je stärker jedoch Smiths ökonomisches Werk zur politischen Waffe degenerierte, desto größer wurden in der Öffentlichkeit auch die Zweifel an der Objektivität und Relevanz der Wissenschaft, als deren Gründer er gilt. Adam Smith zu ideologisieren, erwies der Volkswirtschaftslehre einen Bärendienst.

Paul Sagar: Adam Smith Reconsidered: History, Liberty, and the Foundations of Modern Politics, Princeton University Press, Princeton 2022, 248 Seiten, 34 Euro.

Glory M. Liu: Adam Smith's America: How a Scottish Philosopher Became an Icon of American Capitalism, Princeton University Press, Princeton 2022, 384 Seiten, 34 Euro.

5 juin 2023 (FAZ)

[Nach Tag X in Leipzig: Auf dem linken Auge blind \(faz.net\)](#)

NACH „TAG X“ IN LEIPZIG:

Auf dem linken Auge blind

EIN KOMMENTAR VON [PHILIP EPPELSHEIM](#)

-AKTUALISIERT AM 04.06.2023-15:08



Barrikade im Leipziger Stadtteil Connewitz am Wochenende nach der Verurteilung von Lina E. Bild: dpa

SPD und Grüne sehen den größten Feind rechts. Den Feind links aber sehen sie lieber nicht. Stattdessen wird immer wieder weggeschaut oder auch offen mit Gewalttätern sympathisiert.

Es klingt wie ein wirklich schlechter Scherz: **Politiker setzen sich für die Freiheit einer Frau ein, die mit ihrer Gruppe auf Menschenjagd gegangen ist. Sie fordern #FreeLina, obwohl die Gruppe mit äußerster Brutalität vorging und ihre Opfer übel zurichtete. Ein Mann erlitt schwerste Kopfverletzungen und ist für sein Leben gezeichnet, nur weil die Linksextremisten ihn für einen Nazi hielten. Aber an den Sympathiebekundungen für Lina E. ändert selbst das nichts. Als sei sie eine Widerstandskämpferin in einem Nazistaat. Nur ist sie das natürlich nicht. Sie ist schlicht und einfach eine Gewalttäterin, deren Verbrechen sich durch nichts entschuldigen lassen.**

Aber leider ist es nicht einmal überraschend, dass für die Kriminelle und ihre Taten stattdessen Verständnis aufgebracht wird. **Die Mär, dass linke Gewalt eigentlich nur „Gegenwehr“ ist, eine gute Gewalt, mit der die Freiheit vor Neonazis verteidigt werde, wird schon lange verbreitet – und mindestens ebenso lange scheuen sich Politiker des linken Spektrums davor, Linksextremisten und die von ihnen ausgehende Gewalt zu verurteilen und als die Gefahr zu sehen, die sie ist. Stattdessen wird sich lieber mit den Autonomen verbrüderd und weggeschaut, wenn mal wieder steinewerfende Vermummte ihren Hass auf Polizei, Staat und alles, was sie für rechts halten – da reicht schon eine andere Meinung oder eine falsche Kleidermarke –, frei ausleben.**

Sympathien für Linksextreme

Der Fall von Lina E. zeigt dabei besonders deutlich, wie groß das Sympathisantenfeld im linken Milieu ist. Es gibt viele schützende Hände. **Rechtsfreie Rückzugsräume, wie sie in Berlin und Leipzig existieren, werden oftmals mit Wohlwollen betrachtet.** So wird auch akzeptiert, dass Linksautonome beispielsweise Leipzig-Connewitz als ihr Viertel und ihr Wohnzimmer betrachten, in dem Fremde und „Bullen“ nichts zu suchen haben.

Dass die **Linkspartei** derart agiert und in steter Realitätsverweigerung reflexhaft der Polizei an jeder Eskalation die Schuld gibt, versteht sich von selbst. Die Partei ist schließlich seit Langem das Sprachrohr der Szene, ja eigentlich ein Teil von ihr. **Allein steht die Linkspartei damit allerdings keineswegs. Auch die Grünen haben ein Problem damit, den Linksextremismus klar zu verurteilen und dann vor allem auch dementsprechend zu handeln.** Der Chef der grünen Jugend, Timon Dzienus, hatte nichts Besseres zu tun,

als sich auf die Seite von Lina E. zu schlagen und den Prozess gegen sie als Quatsch und das Urteil als Farce zu bezeichnen.

Zwar denken nicht alle Grüne so wie Dzienus, doch mit seiner Sympathie für eine gewalttätige Linksextreme und der damit einhergehenden Verachtung des Rechtsstaats steht er sicherlich nicht allein. In das Bild passt dann auch, dass **im Wahlprogramm der Grünen für die Bundestagswahl 2021 zwar vom Rechtsextremismus die Rede war, nicht jedoch vom Linksextremismus. „Alles ist drin“ – so lautete der Titel. Wenn man etwas als Farce bezeichnen kann, dann das.**

Auch in der **SPD** tut man sich schwer mit dem Thema Linksextremismus. Allen voran **Bundesinnenministerin Nancy Faeser, die immer wieder den Eindruck erweckt, auf dem linken Auge blind zu sein.** Sie zeigt zwar „klare Kante“ gegen Rechtsextremismus; gegen Linksextremismus bleibt es aber bei sporadischem rhetorischem Engagement – und man darf bezweifeln, dass sich das nun nach den schweren Ausschreitungen am „Tag X“ in Leipzig ändert. Schließlich steht der Feind nach Ansicht von SPD und Grünen vor allem rechts.

Vorbild RAF

Wer diese Einseitigkeit bemängelt, wird belehrt, dass die größte Gefahr für die Demokratie nun einmal vom Rechtsextremismus ausgehe. **Aber warum bedeutet das, dass man nicht trotzdem auch die anderen Gefahren, seien es nun Islamismus oder eben Linksextremismus, ernst nehmen und mit aller Kraft bekämpfen kann?**

Dass die gewaltbereite linke Szene äußerst gefährlich ist, ist nicht erst seit Lina E. klar. **Die Zahl der linksextremen Gewalttaten ist seit Jahren hoch, oftmals gar höher als die der rechtsextremen Gewalttaten.** Laut Verfassungsschutz gibt es nahezu täglich eine Vielzahl schwerer Straf- und Gewalttaten.

Es bildeten sich, so der Verfassungsschutz, klandestine Gruppen, die sich absichern und mit sehr planvoll ausgeführten Attacken und äußerster Brutalität gegen den politischen Gegner vorgehen. **Längst nehmen die Linksextremen in Kauf, dass Menschen durch ihre immer brutaleren Angriffe zu Tode kommen – und es ist lediglich Glück, dass das noch nicht passiert ist. Auch ist nicht auszuschließen, dass sich terroristische Strukturen entwickeln.**

Schließlich wännen sich die linksextremen Gewalttäter in der Tradition der RAF-Terroristen. Der Kampf geht weiter, heißt es auf einschlägigen Internetseiten. Und das kann er eben auch, weil Linksextremismus in weiten Kreisen noch immer und trotz allem als der gute Extremismus gilt. Welch ein Unsinn!

5 juin 2023 (Le Monde)

https://www.lemonde.fr/international/article/2023/06/02/stefan-creuzberger-historien-en-envoyant-des-chars-leopard-2-a-l-ukraine-les-allemands-montrent-qu-ils-ont-tire-les-lecons-de-leur-histoire_6175932_3210.html

Stefan Creuzberger, historien : « En envoyant des chars Leopard 2 à l'Ukraine, les Allemands montrent qu'ils ont tiré les leçons de leur histoire »

Livrer des armes à un pays en guerre contre Moscou va à l'encontre de la relation particulière qu'entretient l'Allemagne avec la Russie depuis les années 1920, explique l'historien dans un entretien au « Monde ». L'agression russe a poussé Berlin à choisir son camp.

Propos recueillis par [Thomas Wieder](#) (Berlin, correspondant)

Publié le 02 juin 2023 à 17h30, modifié le 03 juin 2023 à 13h46

Stefan Creuzberger est professeur d'histoire contemporaine à l'université de Rostock (Mecklembourg-Poméranie-Occidentale). Coéditeur des Documents diplomatiques de la République fédérale d'Allemagne (AAPD) et membre de la Commission historique germano-russe, il a publié *Das deutsch-russische Jahrhundert. Geschichte einer besonderen Beziehung* (« le siècle germano-russe, histoire d'une relation particulière », Rowohlt, 2022, non traduit).

Les premiers chars de combat allemands Leopard 2 ont été fournis à l'Ukraine fin mars, mais leur livraison a fait l'objet de débats très vifs outre-Rhin. Pourquoi ?

Pour l'Allemagne, livrer des armes à un pays en guerre contre la Russie est tout sauf évident. Depuis le tournant opéré par Willy Brandt [1913-1992] et sa « nouvelle Ostpolitik », au début des années 1970, tous les chanceliers ont veillé à entretenir de bonnes relations avec Moscou. Ce fut le cas d'Helmut Kohl [1930-2017]. Malgré la dislocation de l'URSS, en 1991, il était convaincu que la Russie restait une grande puissance, et que l'Allemagne réunifiée avait la responsabilité de tout faire pour l'arrimer à l'Occident. En 1994, il a ainsi plaidé pour que la Russie adhère au « partenariat pour la paix » créé par l'OTAN [Organisation du traité de l'Atlantique Nord] puis, quatre ans plus tard, pour qu'elle rejoigne le G7, qui est alors devenu le G8.

Après lui, Gerhard Schröder [1998-2005] puis Angela Merkel [2005-2021] ont poursuivi dans cette voie. Le premier a lancé avec le président russe, Vladimir Poutine, le « dialogue de Saint-Petersbourg », créé en 2001, pour rapprocher les deux sociétés civiles. La seconde s'est efforcée de maintenir un canal de discussion avec la Russie, quitte à se trouver en désaccord avec certains de ses alliés occidentaux. Par exemple, en 2008, quand elle s'opposa – à l'instar du président français, Nicolas Sarkozy – à l'entrée de la Géorgie et de l'Ukraine dans l'OTAN, contre la volonté des Etats-Unis et des pays de l'est de l'Europe.

Dans votre livre, vous rappelez que cette « relation particulière » entre l'Allemagne et la Russie s'inscrit dans une histoire ancienne...

Il y a d'abord les liens matrimoniaux étroits noués à partir du XVIII^e siècle entre la dynastie impériale russe, les Romanov, et les grandes familles de la noblesse allemande. Il y a ensuite les relations économiques très fortes qui se sont tissées au XIX^e siècle : à la veille de la première guerre mondiale, 60 % de l'industrie électrique russe était contrôlée par les entreprises allemandes Siemens et AEG. L'Allemagne était alors – et de loin – le premier partenaire commercial de la Russie. Cela ne les a pas empêchés de se faire la guerre en 1914, mais il faut garder cela en mémoire pour comprendre, sur la longue durée, leur relation particulière.

Vous insistez sur l'importance du traité de Rapallo signé, en avril 1922, entre l'Allemagne de Weimar et la Russie soviétique. Pourquoi ?

Ces deux grands perdants de la première guerre mondiale étaient isolés diplomatiquement et à terre économiquement. Cette situation de « parias » les a conduits à se rapprocher. Karl Radek [1885-1939], le

« M. Allemagne » du pouvoir bolchevique en Russie, parle alors d'une « communauté de destin ». Et une étroite coopération se noue sur le plan commercial, mais aussi militaire. Ce second volet, resté secret à l'époque, permit à la République de Weimar de contourner les clauses sévères du traité de Versailles [1919], et à de grands industriels allemands de l'armement de développer leur production en URSS, qu'il s'agisse de chars, d'avions ou d'armes chimiques.

Rapallo a marqué les mémoires. Quand Konrad Adenauer [1876-1967] s'est rendu à Moscou en 1955 pour rétablir des relations diplomatiques avec l'URSS, quand Willy Brandt a lancé la « nouvelle Ostpolitik », ou quand M. Schröder a refusé de soutenir les Etats-Unis au moment de la guerre en Irak, en 2003, le précédent de Rapallo a chaque fois été rappelé sur le thème : « De quel côté est l'Allemagne ? Peut-on lui faire confiance quand elle se dit ancrée à l'Ouest alors qu'elle fait les yeux doux à la Russie ? » Ce soupçon est réapparu avec la guerre en Ukraine et les hésitations de Berlin au sujet des livraisons d'armes à Kiev. Le fait qu'après de vifs débats l'Ukraine a finalement reçu des Leopard 2 montre que les Allemands ont tiré les leçons de leur histoire. Alors que, jusqu'en 1945, l'Allemagne avait la réputation d'être une « grande puissance turbulente », elle est, depuis Adenauer, fermement ancrée à l'Ouest.

Le traité de Rapallo rappelle aussi l'importance de l'économie dans les relations germano-russes...

Oui. Si l'Allemagne s'est remise plus vite que l'Angleterre ou la France de la crise financière de 1929, c'est notamment parce que ses industries ont profité des débouchés qu'elle avait déjà en URSS. Au début de la guerre froide, le rétablissement des échanges commerciaux entre la République fédérale et l'Union soviétique, symbolisé par la création, en 1952, du Comité oriental de l'économie allemande [*Ost-Ausschuss der deutschen Wirtschaft*], a préparé le terrain à la reprise des relations diplomatiques, trois ans plus tard, entre Bonn et Moscou.

Cela explique la politique énergétique allemande, depuis la signature du premier contrat de livraison de gaz russe vers l'Allemagne fédérale, en 1970, jusqu'à la construction des gazoducs Nord Stream 1 et 2 dans les années 2010. Beaucoup se demandent comment l'Allemagne a pu se rendre à ce point dépendante du gaz russe. C'est en fait assez simple : puisque, même en pleine guerre froide, Moscou était un partenaire commercial loyal et fiable, il n'y avait pas de raison de s'inquiéter. C'est sans doute l'une des grandes erreurs commises par M^{me} Merkel, mais elle n'est pas seule responsable. Après l'annexion de la Crimée, en 2014, quand la chancelière a réclamé une politique plus dure vis-à-vis de la Russie et poussé pour des sanctions européennes, elle s'est heurtée à de vives résistances, y compris en Allemagne. Je pense par exemple à la sociale-démocrate Manuela Schwesig, qui, à la tête du Land de Mecklembourg-Poméranie-Occidentale, point d'arrivée de Nord Stream, a continué à organiser chaque année une Journée de la Russie [*Russlandtag*], menant une sorte de quasi-diplomatie parallèle en contradiction avec la fermeté prônée à Berlin...

Dans cette complaisance vis-à-vis de la Russie, notamment depuis l'arrivée de M. Poutine au pouvoir, en 1999, quelle responsabilité portent les sociaux-démocrates ?

Le SPD est le parti de Willy Brandt, le père de la « nouvelle Ostpolitik », ce qui explique bien des choses. Outre Manuela Schwesig, il y a Gerhard Schröder, qui, après son départ de la chancellerie, en 2005, fut nommé au conseil de surveillance du géant gazier russe, Gazprom. Et on pourrait en citer d'autres. Mais il ne faut pas être caricatural : il existe plusieurs tendances au sein du SPD, qui tiennent en partie à une question de génération. Contrairement aux plus anciens, souvent nostalgiques de l'Ostpolitik et qui considèrent la Russie d'aujourd'hui comme l'URSS des années 1970-1980, nombre de plus jeunes responsables du parti avaient, dès avant la guerre en Ukraine, des positions plus dures vis-à-vis de Moscou. C'est par exemple le cas de Heiko Maas, ministre des affaires étrangères de 2018 à 2021, qui a critiqué le néo-impérialisme de Poutine et plaidé pour que les inquiétudes des Européens de l'Est soient prises au sérieux. Mais il a été sanctionné et marginalisé par le comité directeur de son propre parti. Dans le contexte du *Zeitenwende* [« changement d'époque »] annoncé par Olaf Scholz au lendemain de l'invasion de l'Ukraine, c'est cette tendance qui paraît peser le plus au sein du SPD. Reste à voir si cela durera.

En 2021, le président Frank-Walter Steinmeier avait défendu le gazoduc Nord Stream 2, qualifié de « dernier pont entre la Russie et l'Europe », et justifié sa construction au nom des

vingt millions de morts soviétiques de la seconde guerre mondiale. L'Ukraine s'était alors indignée de propos réduisant l'URSS à la seule Russie...

L'opinion publique allemande a sans doute pris conscience un peu tard que les ex-républiques soviétiques – comme la Biélorussie et l'Ukraine – étaient des Etats à part entière. Jusqu'à récemment, elles étaient surtout perçues comme la frange occidentale de l'URSS, ces « terres de sang » étudiées par l'historien américain Timothy Snyder, disputées et dévastées par les Allemands et les Soviétiques entre 1941 et 1945.

Au niveau politique, on ne peut pas dire cela. Dans les années 1990, même si Kohl souhaitait rapprocher la Russie des Occidentaux, l'Allemagne n'était pas uniquement fixée sur Moscou. Au contraire : lui et son ministre des affaires étrangères, Hans-Dietrich Genscher [1927-2016], ont œuvré pour que les ex-pays communistes d'Europe de l'Est et les nouveaux Etats issus de l'éclatement de l'URSS – dont l'Ukraine – soient intégrés dans le Conseil de coopération nord-atlantique créé par l'OTAN, en 1991. Dans ces années-là, l'Allemagne a aussi contribué à ce que l'Ukraine, en échange du renoncement à son arsenal nucléaire, voie sa souveraineté reconnue par Moscou – y compris sur la Crimée, dont personne n'imaginait que la Russie l'annexerait illégalement vingt ans plus tard.

Quel est l'avenir des relations germano-russes ? L'Allemagne jouera-t-elle de nouveau un rôle de médiateur entre Russie et Occident, ou l'invasion de l'Ukraine a-t-elle durablement coupé les ponts entre Berlin et Moscou ?

C'est difficile à dire. En livrant des chars de combat à l'Ukraine, en participant au renforcement du flanc est de l'OTAN et en annonçant des investissements massifs et inédits dans sa défense, l'Allemagne a choisi son camp. Les attentes exprimées à son endroit, notamment de la part de la Pologne et des Etats baltes, font que j'ai du mal à envisager l'avenir des relations entre Berlin et Moscou. D'un autre côté, la Russie, par son immensité, ses ressources et son poids géopolitique, ne pourra être définitivement ignorée. Dans le contexte de la guerre en Ukraine, une réconciliation est difficilement imaginable, et encore moins avec Vladimir Poutine, mais, à un moment donné, il faudra bien apprendre à coexister de nouveau avec les Russes. Les Allemands en savent quelque chose. Qui aurait pu imaginer, en 1945, que les pays ayant combattu l'Allemagne lui reparleraient, alors qu'elle avait déclenché la pire guerre d'extermination de l'histoire et était responsable de la mort de six millions de juifs européens ? Pourtant, dix ans après la capitulation de la Wehrmacht, la République fédérale entrait dans l'OTAN. Le cours de l'histoire peut s'inverser très vite et de façon inattendue.